

Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten
Deutschlands e.V.

2–3/16

Juli 2016 · 69. Jahrgang
Einzelverkauf 7,- €

Gedenkstätten und -zeiten für Hoffnungsträger

Luther und die Juden

„Der Überläufer“ von S. Lenz (1926–2014)

15 Jahre Krieg gegen den Terror ...

Frauenrechte sind Menschenrechte

Brot und Rosen

Arbeit. Der Begriff in der Bibel

Sozial-ökologische Gerechtigkeit

Der aufhaltsame Aufstieg der AfD

Das Sevcio Cristiano in Rieti

Neue Christologie in Korea ...

Straßenkinder in Peru

Rezensionen

Bundesnachrichten

**CHRISTIN
CHRIST UND
SOZIALISTIN
SOZIALIST**

CUS

KREUZ UND ROSE



IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**
Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., gegründet 1919/1926

Vorstand:

Michael Distelrath, Reinhard Gaede,
Jürgen Gorenflo, Dieter Hönerhoff,
Anneke und Florian Ihlenfeldt, Jens-
Eberhard Jahn, Thorsten de Jong,
Alois Schwarz

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P.)
Wiesestr. 65, D-32052 Herford
Tel. 0 52 21/34 25 56
cus@brsd.de, reinhard-gaede@gmx.de
Dieter Hönerhoff
Allensteiner Str. 4, 33605 Bielefeld
DieterHoe@t-online.de

Redaktions-Beirat:

Friedrich-Wilhelm Bargheer, Blomberg
Doris Gerlach, Herford
Jürgen Gorenflo, Norderstedt
Dietlinde Haug, Bad Oeynhausen
Fritz Hufendiek, Berlin
Jens-Eberhard Jahn, Leipzig
Thomas Kegel, Hannover
Elmar Klink, Bremen
Helmut Pfaff, Frankfurt

CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

Webmaster:

Darius Dunker, Aachen
Thorsten de Jong, Aachen

Erscheinungsweise:

Vierteljährlich

Abonnements:

Michael Distelrath
Görlinger Zentrum 3, D-50829 Köln
m.distelrath@netcologne.de

Preise:

Einzelheft: € 7,-, Jahresabonnement,
Inland: € 20,-, Welt: € 30,-, Förder-
abonnement € 25,- oder mehr.
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam. Bitte überweisen Sie den
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an
den BRSD e.V., KD-Bank,
IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10,
BIC GENODE1DKD

Gestaltung & Layout:

Kreativ-Schmiede, Hamburg
www.kreativ-schmie.de

Druck:

satz- und druckprojekte TEXTART ver-
lag, Solingen, textart@t-online.de

ISSN 0945-828-X

Christ und Sozialist / Christin und Sozialistin

INHALT

Editorial	1
Dietrich von Bodelschwingh, Rainer Wilmer et al.	
Hoffnungsträger	3
Winfried Eisenberg	
5 Jahre Fukushima	8
Ulrich Peter	
Die religiösen Sozialisten im Dritten Reich, Teil III	10
Helga Kohne	
Wilhelm Max Oberhaus, Priester, Märtyrer im KZ Dachau	16
Stefan Meißner	
„Luther und die Juden“	20
Theodor Weißenborn	
Besuch in der Gedenkstätte	24
Helmut Donat	
Doch noch ein Bestseller von Siegfried Lenz?	26
Elmar Klink	
15 Jahre „Krieg gegen Terrorismus“.	30
Helga E. Hörz	
Frauenrechte sind Menschenrechte, Teil II	34
Anneke Ihlenfeldt	
Brot und Rosen	37
Barbara Rauchwarter	
Arbeit macht Sinn – zum biblischen Arbeitsbegriff	39
Silke Ötsch	
Sozial-ökologische Gerechtigkeit	41
Elmar Klink	
Der aufhaltsame Aufstieg der rechten Protestpartei AfD	45
Rafael Dreyer	
Das Servizio Cristiano in Rieti/Sizilien	50
IN, Myung-jin	
„Meet me in Galilee – trifft mich in Galiläa“	53
Helmut Kaiser	
Peru – das Leben auf der Straße ist die Hölle	60
Matthias Hui	
Gelebter religiöser Sozialismus – Willy Spieler †	66
Willy Spieler (6.8.1937–23.2.2016)	
Nicht mit dem Strom schwimmen	67
Leserbrief	72

Rezensionen

Elmar Klink	
Historische Verantwortung – Armenien	73
Reinhard Gaede	
Der Friedenssonntag	79
Franz Segbers	
Für eine arme und dienende Kirche	82

Bundesnachrichten

Einladung zur Jahrestagung	84
Bilder und Fotos	85
Autorinnen und Autoren	85

Editorial

Gedenkstätten und -zeiten für Hoffnungsträger ist das Thema dieses Heftes. Es übernimmt damit Gedanken aus dem Evangelischen Gottesdienst in der Pauluskirche Bünde vom 17.4.2016, übertragen auch im ZdF. Das Gedenken an die Katastrophe von Tschernobyl führt zu Mahnung und Warnung, natürliche, nicht gefährliche Energien zu fördern und zu nutzen. Das vierte Windrad in Weißrussland ist ein „unübersehbares Zeichen gegen die tödliche Atom-Energienutzung“. Ebenso Häuser in gesunder Umgebung, die neues Leben ermöglichen. *Rainer Wilmer* sagt in der Predigt: Die Begegnung mit dem Leid, hat Menschen motiviert, angetrieben durch Hoffnung, etwas zum Guten wenden zu können. Die Initiativen von *Dietrichs von Bodelschwingh* und von *Heimstatt-Tschernobyl* können ein Vorbild sein, nicht aufzugeben, sondern zu handeln, ihrer Hoffnung folgend.

Die Folgen der Katastrophe von *Fukushima* beschreibt *Winfrid Eisenberg*. Seine Ergebnisse sind eine Warnung, die jetzt ganz dringlich ist. Denn Kommissionsbeamte der EU haben vorgeschlagen, mit Geld

aus europäischen Förderprogrammen den Bau neuer Atomkraftwerke voranzutreiben.

Der Platz des Europäischen Versprechens, gestaltet von dem Künstler Jochen Gerz, ist ein Kunstwerk über die Vision der europäischen Idee der Stadt Bochum und der evangelischen Christuskirche Bochum. Der Einladung aus Bochum folgten 14.726 Menschen aus mehr als 1300 Städten Europas. Jeder Name steht für ein stilles geheimes Versprechen. Sechs Jahre später schreibt *Annette Muhr-Nelson*, Vorsitzende des Amtes für *Mission, Ökumene und Weltverantwortung* (MÖWE) der Ev. Kirche von Westfalen: „Das ist nicht mehr mein Europa, das war nicht die Idee hinter dem Versprechen! Das Versprechen, das ich gegeben habe, galt einem offenen, fairen und solidarischen Europa, keinem Europa der Abschottung! Dass die Menschenrechte dem politischen Kalkül geopfert werden, ist skandalös. Und dass unser wirtschaftlicher Vorteil mit allen Mitteln verteidigt wird gegen die, die jetzt endlich auch ihren Teil einfordern, beschämt mich. Die weltweiten Flüchtlingsströme und das Erstarken des Extremismus brechen nicht über uns herein wie Naturgewalten. Sie waren vorhersehbar. Sie sind logische Konsequenzen eines globalen ausbeuterischen Wirtschaftssystems, von dem wir in Europa lange genug profitiert haben. „Kehret um, kehret um zum Leben!“ möchte ich da laut und unüberhörbar rufen. Aber auch wenn der Ruf nur leise ist, gilt ihm die Verheißung „Ihr seid das Salz der Erde. Ihr seid das Licht der Welt.“



10.10.2015, l.v.u.: Doris Gerlach, Jürgen Gorenflo, Reinhard Gaede, Dietlinde Haug,, Dieter Hönerhoff, Helmut Pfaff, Elmar Klink

Elmar Klink sieht in seinem Beitrag über 15 Jahre Krieg gegen den Terror beispiellose Fluchtbewegungen als Folge militärischer Aktionen ebenso wie eine Stärkung terroristischer Bewegungen. Welche Folgen Fluchtbewegungen für Deutschland und das Parteien-System hat, zeigt er in seinem Beitrag über die AFD.

Über „Anpassung, Bekennende Kirche und politischen Widerstand – die religiösen Sozialisten im Dritten Reich“ hatte *Ulrich Peter* auf der Jahrestagung in Erfurt referiert. Wir lesen jetzt den dritten Teil. Einer der im KZ Dachau ermordeten Katholischen Priester war *Wilhelm Oberhaus*. *Helga Kohne* setzt ihm ein Denkmal. In CuS 4/2009 hatten wir bereits den Leidensbericht des Katholischen Priesters *Eduard Farwer* (1901-1971) dokumentiert. Beim Jubiläum im Jahr 2017 ‚500 Jahre Reformation‘ wird der Reformator Martin Luther sehr gerühmt werden. *Stefan Meißner* bringt es der Gemeinde einfühlsam bei, dass *Luther* judenfeindlich war, gefangen im Kontext seiner eigenen Zeit. So müssen wir den Juden wieder gerecht werden, denn sie wollen einfach nur den Bund halten, den Gott in seiner Gnade ihnen anbietet, und wir lernen im interreligiösen Gespräch: Religion betrifft den ganzen Menschen und seine Art zu leben. *Theodor Weißenborn*, Verfasser von Erzählungen, Lyrik, Essays und Satire, berichtet auf seine Weise über seinen „Besuch in der Gedenkstätte“, sc. Dachau.

„Da sorgt also ein ehemaliger Vertreter der Waffen-SS im Hoffmann und Campe Verlag federführend dafür, den Antikriegsroman eines deutschen Autors und Deserteurs zur Strecke zu bringen“ – und der Mantel des Schweigens wird im Verlag darüber gebreitet, als das Buch endlich nach 25 Jahren erscheint – der damals jugendliche Autor ist inzwischen verstorben. *Helmut Donat* ehrt den verkannten jungen Autor *Siegfried Lenz* für die Zeit, in der noch nicht berühmt war und deckt „Ungereimtheiten“ auf.

Bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin hat *Helga E. Hörz* ihren Vortrag gehalten: Frauenrechte sind Menschenrechte. Wir lesen den zweiten Teil. *Anneke Ihlenfeldt* hat für Konfirmand(inn)en eine Geschichte über die Textilarbeiterinnen in den USA 1912 geschrieben und das Lied ‚Brot und Rosen‘ ihnen nahe gebracht.

Barbara Rauchwarter und *Silke Ötsch* hatten beim Kongress der ILRS 18.-20. Sept. in Innsbruck referiert, vgl. CuS 4/2015. Sie schreiben über den biblischen Begriff von Arbeit und über sozialökologische Gerechtigkeit.

Drei Beiträge verfolgen religiös-sozialistische Intentionen weltweit: *Rafael Dreyer* berichtet über das *Agape-Zentrum Rieti* der Waldenser auf Sizilien. Christliche Verantwortung für die Gesellschaft im Kontext Koreas wird uns gezeigt. *Pfarrer In* ist durch die Demokratiebegegnung der 1980er Jahre, die Arbeiter- und Menschenrechtsbewegung der 1970er und 1980er Jahre sowie seine Engagements für Wiedervereinigung und interreligiösen Dialog sehr bekannt.

Auf die Situation der Straßenkinder in Lateinamerika, besonders in Peru, macht *Helmut Kaiser* aufmerksam durch sein Interview mit *Enrique M. Jaramillo Garcia*.

Georg Pape möchte einen Austausch über Gemeindekonzeptionen anregen. *Matthias Hui* würdigt das Leben von *Willy Spieler*, vgl. CuS 1/2016. Wenige Tage vor seinem Tod hat uns *Willy* den Rückblick auf sein Leben geschickt.

Elmar Klink hat drei Bücher aus dem Verlag *Helmut Donat* rezensiert. Der Verlag hat sich um Aufklärung über das Schicksal des armenischen Volkes verdient gemacht. Nach der Armenien-Resolution des Deutschen Bundestags vom 2.6.2016 und den Protesten und

Drohungen der türkischen Regierung und türkischer Verbände in Deutschland geben die Bücher wichtige Berichte von Zeitzeugen wieder, welche die „fast vollständige Vernichtung der Armenier im Osmanischen Reich“ (Resolution) und die Mitschuld durch schweigende Untätigkeit der verbündeten kaiserlich-deutschen Regierung belegen.

Das Lesebuch von *Karlheinz Lipp* über den Friedenssonntag habe ich rezensiert. Und die Rezension des Buchs über den Katakombenpakt von *Franz Segbers* hat den Ti-

tel „Für eine arme und dienende Kirche“. Prof. *Jürgen Moltmann* gratulieren wir zum 90. Geburtstag.

Bei der Jahrestagung anlässlich des 90jährigen Bestehens unserer Bewegung hoffen wir, viele Bundesgenoss(inn)en wiederzusehen.

Mit Wünschen für schöne Sommertage
Euer/Ihr

Reinhard Gaede

Reinhard Gaede

Statements und Predigt aus dem Evangelischen Gottesdienst, Pauluskirche Bünde, 17.4.2016

Hoffnungsträger

Willi Fleddermann, Hinführung

Von *Dietrich von Bodelschwingh, Rainer Wilmer et al.*

Pfarrer Rainer Wilmer

Guten Morgen und willkommen in Bünde! Schön, wenn das Leben kinderleicht ist. Alles geht von der Hand. Projekte klappen, sogar in der vorgesehen Zeit. Man blickt erwartungsvoll in die Zukunft. Und dann das! Alles wird zerstört.

Für Alma war es ein Sandhaus. Sie konnte lächeln und weiterbauen. Aber was, wenn Menschen vor den Trümmern ihrer Existenz stehen?

Vor dreißig Jahren ereignete sich in Tschernobyl eine Katastrophe.

Der Supergau im Kernkraftwerk.

Weite Gebiete für immer verstrahlt. Wie schafft man es, dann noch Lebensmut zu behalten?

Darum soll es heute in unserem Gottesdienst gehen. ...

Wissen Sie noch, was Sie am 26. April 1986 gemacht haben? Damals, als plötzlich lauter Begriffe durch die Nachrichten geisternten: Bequerel. Strahlung, Supergau in Tschernobyl ...

Willi Fleddermann

Manche wiegelten ab, das sei alles nicht gefährlich. Andere hatten große Zukunftsangst. Seltsamerweise nicht die Menschen, die am nächsten dran lebten:

Alla Karol, Lesung

Nadeschda Petrowna Wigowskaja, eine Zeitzeugin berichtet aus Tschernobyl:

„Noch heute sehe ich den himbeerfarbenen Schein vor mir, der Reaktor leuchtete irgendwie von innen. Es war kein gewöhnliches Feuer, sondern so ein Glühen. ... Ich hatte so etwas noch nie gesehen, nicht mal im Kino. Abends strömten die Leute auf die Balkons. Wir wohnten im neunten Stock, hatten beste Sicht. Kleine Kinder wurden auf den Arm genommen. „Guck mal! Das musst

Du gesehen haben ... Wir standen im schwarzen Staub ... Bewunderten das Schauspiel ...

Wir wussten nicht, dass der Tod so schön sein kann.

Aber ich würde nicht sagen, dass er ohne Geruch war. Es war kein frühlingshafter und kein herbstlicher Geruch, da war etwas anderes, es war auch kein Erdgeruch ... Es kratzte im Hals, und die Augen tränkten. Die ganze Nacht konnte ich nicht schlafen.

Am Morgen spürte ich: ... Etwas hat sich verändert ... Ist anders geworden ... Ganz anders.“ aus: Swetlana Alexijewitsch: „Tschernobyl - Eine Chronik der Zukunft“, Aufbau Taschenbuch Verlag Berlin.

(Gekürzte Fassung: S.175 ff: „Monolog darüber, was wir nicht wussten: Der Tod kann so schön sein.

Willi Fleddermann, Kommentar

Der Supergau in Tschernobyl markierte eine Zeitenwende, jedenfalls bei uns in Deutschland. Vermeintliche Sicherheiten waren plötzlich erschüttert. Die friedliche Nutzung der Atomenergie war höchst riskant. Das lag jetzt auf der Hand.

Aber auch manche Glaubensgewissheit geriet ins Wanken. Uns wurde damals bewusst: Wir überschätzen uns, wenn wir meinen, wir seien die „Krone“ der Schöpfung. Wir dürfen uns die Erde nicht unterwerfen. ...

Dietrich von Bodelschwingh, Erfahrungsbericht

„Ich bin Dietrich von Bodelschwingh und erinnere mich noch genau: Es war im Frühjahr 1990. Wir hatten eine verwegene Urlaubs-Idee: Mit dem Fahrrad durch Weißrussland, auf den Spuren der Deutschen Armee. Wegen Tschernobyl. Darauf besuchten wir ein Krankenhaus in der Hauptstadt Minsk. Ich sprach dort mit einem Soldaten.

Vier Wochen lang musste er in Tschernobyl aufräumen. Dann erkrankte er an Krebs. Benommen hörten wir zu.

Schweigend stiegen wir auf unsere Räder, fuhren davon.

Unterwegs holte uns die Gegenwart ein:

Wir hörten, dass die Menschen starben.

Sehnsüchtig blicke er uns nach. Seinen Blick werde ich nie vergessen.

Nach diesem Gespräch war an Urlaub nicht mehr zu denken. Wir fühlten uns ohnmächtig.

Und dachten gleichzeitig: Wir müssen etwas tun. Aber was?“ ...

Hubert Heinrichs, Statement

„Ich bin Hubert Heinrichs, Zimmermeister, befreundet mit Irmgard und Dietrich.

Ich bekam natürlich mit, was sie erlebt haben.

Und ich dachte: Die Menschen in der verstrahlten Zone, sie müssen raus, weit weg, für immer. Der weißrussische Staat hatte zwar schon über hunderttausend Menschen umgesiedelt, aber noch Tausende blieben zurück. Mir fielen die Lehmhäuser ein.

Gustav von Bodelschwingh, der Großonkel von Dietrich, war Missionar und hatte diese Baumethode zu uns gebracht. Diese Bautechnik hat mich von Anfang an fasziniert. Damit haben wir ein Umsiedlungsprogramm begonnen. Ich zeige Ihnen das mal an diesem Modell: Die Holzkonstruktion – ein Ständerwerk – erstellen wir als Fachleute. Inzwischen haben wir dazu auch eine Gruppe von Umsiedlern ausgebildet. Wenn diese Konstruktion steht, kommen Freiwillige aus Deutschland und verfüllen die Wände und Decken mit einem Gemisch aus Holzhäcksel und Lehm. Auch der Verputz der Wände außen und innen ge-

schiebt immer zusammen mit den Umsiedlern.

Eine Fachkraft leitet auf diese Weise zwanzig Laien an, alles unerfahrene Kräfte, Frauen und Männer, Alte und Junge, aus den unterschiedlichsten Berufsschichten: Studenten und Hausfrauen, Pensionäre, Praktiker und Intellektuelle. Sie alle errichten immer zusammen mit den Umsiedlern jeweils einen Rohbau – innerhalb von drei Wochen. In Selbsthilfe. Das macht Spaß. Für den folgenden Innenausbau haben wir Umsiedler ausgebildet, so dass man nach einem Jahr umziehen kann. ...

Theresa von Bodelschwingh, Statement

Mittlerweile haben wir mit über 2000 freiwilligen Helfern aus Deutschland an den Baucamps teilgenommen. Drei Wochen dauern die immer. Und jeder Einsatz ist ein großes Erlebnis. Zwei Siedlungen mit 60 Wohnhäusern haben wir gebaut, dazu zwei Kirchen, zwei Gemeindehäuser, Werkstätten. Gesundheitszentren. Für die Familien beginnt dort ein neues Leben – in gesunder Umgebung, ohne Strahlen.

Im Jahr 2000 haben wir zusätzlich das erste Windkraftwerk errichtet, das erste überhaupt in Weißrussland. Ein unübersehbares Zeichen gegen die tödliche Atom-Energie-nutzung.

In diesem Jahr entsteht das vierte Windkraftwerk.

Klar, die Aufgabe ist immer noch gewaltig.

Schließlich wurde durch den Reaktorunfall eine riesige Fläche verseucht. So groß wie Bayern. Aber wir alle – Christen und Nicht-Christen – folgen dabei dem Motto:

Wer handelt, kann hoffen. Die Kinder haben das sehr schön auf diese Leinwand gemalt:

Träume vom neuen Leben,

auch wenn vieles verwüstet ist. ...

Pfarrer Rainer Wilmer, Predigt I

Gnade sei mit euch und Friede von dem, der da ist und der da war und der da kommt. Amen.

Liebe Gemeinde,

was wir da über das Engagement von Heimstatt Tschernobyl gehört haben, macht Mut. Eine Erfolgsgeschichte. So vieles ist passiert: Häuser sind gebaut worden, Mutter-Kind-Freizeiten, erste alternative Energiegewinnung in Weißrussland mit den Windrädern.

Wenn man sich einsetzt und etwas bewegen kann, dann zieht das mit, zieht Kreise. Menschen wurden aus der Schreckensstarre nach der Katastrophe herausgerissen. Sie konnten beginnen, ihr Leben wieder selbst in die Hand zu nehmen. Merkten auf einmal: ich kann selbst etwas tun, ich übernehme Verantwortung für mich und mein Leben. Der Zimmermann Hubert Heinrichs hat es treffend zusammengefasst: das macht Spaß.

Vielleicht haben die Erzählungen vom gemeinsamen Aufbau in Ihnen Erinnerungen geweckt, wie Sie selbst ihr eigenes Haus gebaut haben, wie man gemeinsam mithilfe von Freunden ein Projekt ins Leben rufen kann: Einer half dem Andern. Natürlich war das auch anstrengend. Es war eine Herausforderung. Im wahrsten Sinne des Wortes. Ich war gefordert. Aber ich kann es auch schaffen.

Dietrich von Bodelschwingh:

Häuser sind gebaut worden. Menschen haben sich eine neue Heimat geschaffen. Also: Ende gut – alles gut?

Leider nicht. Während wir mit der Vorbereitung dieses Gottesdienstes befasst waren, bekamen wir eine schlechte Nachricht: Russland plant mit chinesischer Finanzhil-

fe 50 Kilometer vom ersten Umsiedlungsdorf Drushnaja entfernt ein neues Atomkraftwerk. Der erste Kühlturm

Der erste Kühlturm ist weithin sichtbar drohend.

Wir überlegen, wie es weitergeht.

Pfarrer Rainer Wilmer, Predigt II

Diese Nachricht hat richtig „runtergezo-gen“. Und wütend gemacht. Weil sie ignoriert, wie verletzlich wir Menschen sind. Und mit einem Federstrich jahrzehntelange Arbeit in Frage stellt. Das frustriert und macht müde. Sehr müde. Unser Handeln kommt hier nicht zu einem happy end. Und so steht die Frage im Raum: Macht das alles noch Sinn?

Der Prophet Jesaja – wir hörten ihn eben – forderte seine Zuhörer in einer für sie ähnlich aussichtslos scheinenden Situation auf: Harrt auf den Herrn! Ein altes Wort „harren“, das gewöhnlich mit „warten“ übersetzt wird.

Wartet auf den Herrn, das klingt nach frommer Passivität. Die Hände in den Schoß legen, man kann ja eh nichts machen? Gott wird's schon richten. Eine solche Frömmigkeit wäre fatal und wird mit Recht kritisiert. Doch diese Haltung meint Jesaja nicht. Harrt auf den Herrn – das heißt: Wartet wie eine Spinne in ihrem Netz wartet. Wach und aufmerksam, gespannt auf die leiseste Bewegung ausgerichtet.

So sollen Jesajas Zeitgenossen, so sollen wir auf Gott warten. Wer so wartet, wer so harrt, rechnet mit Veränderung. Bleibt widerständig. Erklärt sich nicht mit den Zuständen einverstanden. Besteht darauf, dass die Dinge sich ändern. Auch, wenn die eigenen Kräfte nicht reichen. Wenn es nur an uns und unseren Möglichkeiten läge, dann müssten wir verzweifeln.

„Männer werden müde und matt, und Jünglinge straucheln und fallen ...“ sagt Je-

saja mit leiser Ironie. Der Prophet aber rechnet mit Gott und hofft auf ihn. „Harrt auf den Herrn“ ruft er seiner Gemeinde zu. „Die Welt muss nicht so bleiben, wie sie ist. Die Zukunft schreibt die Gegenwart nicht einfach weiter. Sie steht offen. Die Welt ist Gott noch nicht los.“ Natürlich schützt einen das nicht vor Zweifeln. Enttäuschungen können nunmal hart treffen und jeden Lebensmut rauben.

Selbst wer auf Gott wartet, kennt Erschöpfung. Und Zeiten, in denen die „Flügel“ matt herunter hängen. Da nützt es dann auch nichts, dass andere auf die Schulter klopfen, und fröhliche Sprüche machen, die wie Durchhalteparolen klingen. Von Kummer auf Freude umschalten – das funktioniert nicht.

Der Prophet Jesaja weiß das wohl und wählt darum ein wunderbares Bild. Im Hebräischen, der Sprache der Bibel, sagt er wörtlich:

Die auf den Herrn harren, „mausern“ sich. (Rolf Wischnath, Predigt vom 17.12. 2006) Gewiss: Ein Vogel in der Mauser ist ja erstmal ein trauriger Anblick. Und entspricht dem Zustand der Kraftlosigkeit, die oft mit Schicksalsschlägen und Enttäuschungen einhergeht. Was bisher schützte und schmückte, muss man ablegen. Eine Mauser macht müde und matt, sie ist eine Kraftanstrengung des ganzen Wesens. Das Hoffnungsvolle an dem Bild aber ist: die Mauser ist ein Durchgangsstadium. Die Mauser geht vorbei. Es wird wieder besser werden.

Geistlich in der Mauser sein, meint einen inneren Prozess. Ich harre aus, ich halte aus, weil ich darauf hoffen kann, dass Gott mit dieser Welt noch etwas anderes vorhat und sie nicht unseren Un-Taten überlässt. Diese Hoffnung lässt uns weiter machen – so wie Alma vorhin ein neues Haus baute, denn sie war ja noch nicht fertig.

Mir helfen dazu solche Hoffnungstexte

wie dieser von Jesaja. Worte, die auf der Hoffnung auf eine andere Welt bestehen, sie aufrechterhalten oder manchmal auch erst wecken. Die sich nicht zufrieden geben mit der Welt, wie sie ist.

Von dieser Hoffnung können wir hören und wir können sie besingen: „Herr, du bist die Hoffnung, wo Leben verdorrt, auf steinigem Grund, wachse in mir, sei keimender Same, sei sicherer Ort, treib Knospen und blühe in mir“. Für mich sind diese Worte wie Treibstoff, der in Bewegung setzt.

Der Verein Heim-Statt-Tschernobyl hat das eindrucksvoll gezeigt: Die Begegnung mit dem Leid durch den GAU in Tschernobyl hat Menschen motiviert. Sie handelten und konnten Dinge bewegen, angetrieben durch die Hoffnung, etwas zum Guten wenden zu können.

All das, was sie erreicht haben, wird durch die neuen Pläne nicht überflüssig. Schon gar nicht ihre Erfahrung, wie Menschen, die sich vorher nicht kannten, miteinander neue Lebenshäuser bauen. Was da Hand in Hand ging, wird nicht ausgelöscht. Es ist nicht vergeblich. Es zeigt beispielhaft: Wir können etwas bewegen, können Verantwortung übernehmen für uns und manchmal auch für andere, die es jetzt eben nicht mehr können. Wir können an der Lösung von Problemen arbeiten. Und es ist gut zu erfahren, dass wir dabei nicht alleine sind.

Wir sind gemeinsam unterwegs in Süd und Nord und Ost und West und von Generation zu Generation.

Wie das gemeinsame Festhalten an der Hoffnung aussehen kann, hat Joachim Gauck in einem Brief an seine Enkelin – wie ich finde – wunderbar in Worte gefasst: „Liebe Josefine, es ist ein großes Geheimnis, dass, wenn wir selber verzagt sind, oft Menschen da sind, die einen stabileren Grund unter den Füßen haben oder einen Kern in sich,

dem sie trauen. Die Menschen, denen ich nachlebe, hatten ihn aus ihrem Glauben. Zu hören, zu glauben, sich darauf zu verlassen, dass wir ganz zuletzt, vielleicht ganz am Ende (oder auch ganz plötzlich) nicht mehr unserer Angst gehören, sondern Gott, dass eine stärkere Liebe existiert als die, die wir Menschen zustande bringen, das, Josefine, lässt Menschen Hoffnung finden, wenn andere aufgeben. Es lässt sie Schritte machen, wenn andere schon liegen geblieben sind. Wir können Angst nicht aus der Welt vertreiben. Aber Gott und Menschen sei Dank – sie bleibt nicht unsere Herrin. Das wollte ich Dir heute sagen, liebe Josefine. Und wahrscheinlich sage ich es auch mir selber noch einmal. Weit wird das Land, wenn Menschen das glauben, und ruhig unser ängstliches Herz. Das meint, darauf hofft und das glaubt Dein Großvater

(Aus: Klaus Möllering (Hg), Worauf du dich verlassen kannst, Prominente schreiben ihren Enkeln, Ev. Verlagsanstalt, Leipzig 2011, 11. Auflage)

Festhalten an der Hoffnung und Harren auf den Herrn. Wir sind noch nicht fertig. Gott hat noch etwas mit uns vor. Er führt uns in eine Zukunft, die er werden lässt. Wenn wir mit unseren Ideen am Ende sind, hat er immer noch eine Idee für das, was kommt. Damit wir dann Schwingen treiben wie Adler, dass wir laufen und nicht matt werden, dass wir wandeln und nicht müde werden. Amen.

Und der Friede Gottes, der höher ist als unsere Vernunft erfassen kann, bewahre Herzen und Sinne in Christus Jesus. Amen. ...

Ein Video des Gottesdienstes vom 17.04.2016 ist zu sehen unter <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/hauptnavigation/sendung-a-bis-z#/suche/Gottesdienste>.

Folgen der Katastrophe für Mensch und Natur

5 Jahre Fukushima

Von Winfrid Eisenberg

Wenn große Mengen radioaktiver Substanzen in die Biosphäre gelangen, wie heute vor 5 Jahren im Nordosten Japans, kann man Menschen evakuieren, aber in der freien Natur lebende Tiere und Pflanzen bleiben da, wo sie sind. Sie werden der Strahlung gnadenlos ausgesetzt.

An der japanischen Momi-Tanne findet man seit der Wachstumsphase im Frühjahr 2012 horizontale Gabelungen der Haupttriebe. Je näher die Tannen an den explodierten Reaktoren stehen, desto zahlreicher und ausgeprägter sind diese Defekte, so dass eine Dosis-Wirkungsbeziehung wahrscheinlich ist.

Timothy Mousseau, Biologe an der Universität von South Carolina, hat bei zahlreichen wissenschaftlichen Expeditionen in den Todeszonen von Tschernobyl und Fukushima Insekten, Vögel, Säugetiere und Pflanzen untersucht. Seine wichtigsten Ergebnisse: Sowohl die Zahl der Tiere einer Art („abundance“) als auch die Zahl der Arten („biodiversity“) weisen einen alarmierenden Rückgang bis hin zum Aussterben z.B. der Schwalben in der Umgebung von Tschernobyl auf.

Ende Februar fand in Berlin unser Kongress „5 Jahre Leben mit Fukushima - 30 Jahre Leben mit Tschernobyl“ statt. Dort zeigte Mousseau Fotos mit Fehlbildungen, Tumoren, Katarakten (grauer Star) bei Vögeln und Säugetieren. Insekten, z.B. Schmetterlinge und Libellen, hatten groteske Asymmetrien und andere Fehlbildungen.

Die alljährlich um die Tschernobyl-Zeit im Fernsehen gezeigten Filme vom ange-

blich paradiesischen Leben des Wildes in der Todeszone verwies Mousseau in das Reich der Märchen und der gezielten Desinformation.

In Nordost-Japan sind auch bei den Menschen schon mehrere die Gesundheit betreffende Strahleneffekte deutlich, z. B. Geburtenrückgang und Erhöhung der Säuglingssterblichkeit.

Von Strahlung verursachte Krebserkrankungen haben beim Menschen in der Regel lange Latenzzeiten. Nach Hochrechnungen mit offiziellen Strahlendaten muss mit ca. 80.000 Krebserkrankungen aufgrund erlittener äußerer Strahlenbelastung und mit ca. 40.000 aufgrund innerer Strahlenbelastung nach Verzehr kontaminierter Nahrungsmittel gerechnet werden.

Die strahlenbedingte Krebserkrankung mit der kürzesten Latenzzeit ist das Schilddrüsenkarzinom, das bevorzugt Kinder und Jugendliche betrifft, die in den ersten Wochen nach der Katastrophe radioaktives Jod-131 eingeatmet oder mit der Nahrung aufgenommen hatten. Die rechtzeitige Verteilung von stabilem Jod zum Schutz der Schilddrüse wurde versäumt.

Reihenuntersuchungen der Schilddrüse bei Kindern werden nur in der Präfektur Fukushima durchgeführt. Das normalerweise im Kindesalter äußerst seltene Schilddrüsenkarzinom tritt seit 2015 oft auf.

Es bestätigt sich demnach die Erfahrung von Tschernobyl, dass ab dem 4. Jahr nach der Katastrophe die Zahl der bösartigen Schilddrüsenerkrankungen steil ansteigt.

Die zweite strahlenbedingte Krebserkrankung mit relativ kurzer Latenzzeit

von 5–10 Jahren ist die Leukämie, der Blutkrebs. Leider gibt es zur Früherkennung dieser Erkrankung bisher in Japan kein Screeningprogramm, so dass der jetzt zu befürchtende Beginn des Anstiegs statistisch nicht erfasst werden kann.

Seit Tschernobyl ist bekannt, dass auch Nichtkrebs-Erkrankungen durch Radioaktivität ausgelöst werden können, insbesondere solche des Herz-Kreislauf-Systems, der innersekretorischen Drüsen, des Gehirns und der Augen. Auch für diese Erkrankungen wurde kein Screeningprogramm aufgelegt.

Eine besondere Situation besteht für die in Fukushima-Dai-ichi tätigen Arbeiter, die mit den Tschernobyl-Liquidatoren vergleichbar sind. Tag für Tag arbeiten mehr als 6000 Menschen im Schichtdienst in Fukushima-Dai-ichi. Insgesamt wurden bis jetzt ca. 30.000 dort eingesetzt. Nur 15 % von ihnen sind direkt von TEPCO angestellt, bei den meisten handelt es sich um Leiharbeiter und Mitarbeiter von Subunternehmen ohne Ausbildung für den Umgang mit Gefahrstoffen. Diese Arbeiter berichten von unzuverlässigen oder manipulierten Dosimetern, unzureichender Schutzkleidung und fehlenden medizinischen Untersuchungen.

Berechnungen der Strahlenbelastung der Arbeiter durch die WHO beziehen sich ausschließlich auf die von TEPCO zur Verfügung gestellten Messdaten. TEPCO erhebt regelmäßige Daten allerdings nur bei den fest angestellten Mitarbeitern.

Nach Yablokov waren von den 800.000 Tschernobyl-Liquidatoren bis 2005 schon 125.000 gestorben. Wenn man das auf 30.000 Fukushima-Arbeiter überträgt, müsste bis 2030 mit ca. 4.500 - 5000 strahlenbedingten Todesfällen bei diesen Arbeitern gerechnet werden.

Zum Schluss eine Anmerkung zu den

Evakuierten: Zusätzlich zu den Folgen der vor der Evakuierung erlittenen Verstrahlung sind diese ca. 200.000 Menschen aufgrund des Verlustes ihrer gewohnten Umgebung und der Unterbringung in Containern starken psychischen Belastungen ausgesetzt. Dazu kommt ihre soziale Ächtung – sie werden wie die Hiroshima-Überlebenden als Hibakusha bezeichnet und gemieden. Die Regierung fordert viele Evakuierte jetzt auf, in ihre angeblich erfolgreich dekontaminierten früheren Wohngebiete zurückzukehren. Nach all den offiziellen Falschmeldungen und Lügen haben die Betroffenen aber zu Recht große Zweifel an der Ungefährlichkeit der Rückkehr.

Dass die mit der Atomindustrie verquickte japanische Regierung die abgeschalteten Atomkraftwerke im ganzen Land nach und nach wieder anfahren will, ist eine ungeheuerliche Missachtung der eigenen Bevölkerung, die mit großer Mehrheit aus der Atomenergie aussteigen will.

Stärken wir der japanischen Antiatombewegung den Rücken, wo immer es möglich ist!

Herford, 11.3.2016

Winfried Eisenberg, Dr. med., Kinderarzt, geb. 1937, ist in seinem Ruhestand aktiv bei der IPPNW (Internationale Ärzte gegen den Atomkrieg / Ärzte in sozialer Verantwortung) und dem Arbeitskreis Flüchtlinge/Asyl



Winfried Eisenberg

Die religiösen Sozialisten im Dritten Reich¹, Teil III

Anpassung, Bekennende Kirche und politischer Widerstand

Von Ulrich Peter

9. Kontakte mit der „Religiös-sozialistischen Internationale“

Die RS-Internationale war ein lockerer Zusammenschluss von nationalen Organisationen Frankreichs, Hollands, Deutschlands², Österreichs, der Schweiz und weiterer, kleinerer Organisationen aus anderen Ländern. Präsident und Geschäftsführer der RS-Internationale war der Züricher Theologe Leonhard Ragaz, der wohl bekannteste religiöse Sozialist unseres Jahrhunderts. In seinem Haus, in der Züricher Gartenhofstraße, liefen die Informationen aus den nationalen Organisationen zusammen, und hier war auch die Anlaufstelle für die illegalen Gruppen des BRSD.³ Sehr früh erhielt die Internationale Informationen über die deutschen Konzentrationslager, u.a. durch eine Erhebung, die Ernst von Harnack bereits im Juni 1933 durchführte. Vertrauenswürdige BRSD-Genossen bekamen von ihm einen Fragebogen zugeschickt, in dem es unter anderem hieß:

„Bitte nehmen Sie sich des beifolgenden Fragebogens an, setzen Sie sich mit allen Ihnen erreichbaren Persönlichkeiten in Verbindung, die Bescheid wissen könnten. Es liegt mir sehr daran, schon bis Freitag, den 16. VI. einiges Material in die Hand zu bekommen. ... 1.) Wo sind Schutzhäftlinge in der dortigen Gegend untergebracht? Angabe der betr. Konzentrationslager und Gefängnisse mit Belegungsstärke, Aufglei-

derung der Häftlinge nach Geschlecht, Konfession und polit. Parteien“.⁴

Bereits Mitte 1933 veröffentlichte die RS-Internationale Berichte aus den deutschen Konzentrationslagern, die sie aus Kreisen des BRSD bekam.⁵ Bei der internationalen Konferenz der religiösen Sozialisten, die vom 11.-15. August 1933 im holländischen Bentveld stattfand, standen die „Ereignisse in Deutschland und ihre internationalen Folgen ... im Mittelpunkt der Beratungen“.⁶ An dieser Tagung nahmen Vertreter des BRSD teil und berichteten über die Lage in Deutschland.⁷

„Die Organisation ist in Deutschland zerschlagen, aber die Sache lebt und die, die sich zu ihr bekennen, finden sich in neuen Formen zusammen. Führende Genossen des deutschen Bundes, die zugleich Pfarrer waren, haben auch auf der Kanzel mutig standgehalten. ... Unsere deutschen Genossen unterhalten auf mancherlei Weise die Verbindung aufrecht, versorgen sich mit Schriften, Aufrufen, Briefen und dergleichen“.⁸

Die Unterstützung seitens der Schweizer religiösen Sozialisten war vielfältig. Sie reichte von materieller Unterstützung, damit z.B. der kranke Bernhard Göring zu einem Kuraufenthalt in die Schweiz fahren konnte⁹, bis zur Sammlung von Informationen über die Lage in Deutschland.¹⁰ Göring nutzte einen illegalen Aufenthalt in Kopenhagen 1936, um unzensuriert den im Schweizer Exil lebenden Karl Thieme zu informieren.

„Hier bin ich noch mit Rackwitz, Fuchs und Francke zusammen. Unsere Stimmung

ist sehr gedrückt. Keiner sieht auf absehbare Zeit einen Lichtblick. Die Herren sitzen zu fest im Sattel“.¹¹

Ein weiterer wichtiger Bereich war die Aufnahme und Versorgung deutscher Flüchtlinge, vor allem aus den Bereichen des BRSD und seines Umfeldes. Diese Aufnahme war bereits seit Anfang 1933 vorbereitet. Paul Piechowski hatte z.B mit Ragaz vereinbart, dass dieser im Falle von Piechowskis Verhaftung dessen Tochter aufnehmen würde. Die Tochter wurde entsprechend instruiert.¹² Die Flüchtlinge wurden im Gartenhof¹³ bei Ragaz, im Züricher Pfarrhaus des führenden Schweizer religiösen Sozialisten Lejeune und im Pfarrhaus des Ragaz-Freundes Trautvetter in Höngg untergebracht.¹⁴ Die Kontaktleute beim BRSD waren vor allem Rackwitz und Emil Fuchs, die schriftlich den Kontakt hielten, wie, als ein Beispiel von vielen, die folgende Briefpassage vom Januar 1934 illustriert.

„3. Wir haben hier einen Freund, der sich verleiten ließ, einem bekannten Nazi ein kommunistisches Flugblatt, das er gerade auf der Straße bekommen hatte, zu zeigen. Er war dafür 5 Monate in Untersuchungshaft, ist momentan frei, aber angeklagt, und der Rechtsanwalt rechnet mit einem Jahr Zuchthaus. ... Er war Bureauangestellter, spricht englisch und französisch ... möchte er mit Frau und 3 Kindern hinaus. Es müsste natürlich illegal sein. ... Hier wäre die Frage wichtig, ob Lejeunes Boot jetzt geht. Die Frau mit den Kindern müsste auf andere Weise hinüber. ...

4. Ein uns nahe stehender junger Gefängnispfarrer ist unerwarteter Weise entlassen worden. Er ist außerdem Barthianer. Ist die Möglichkeit einer Anstellung in der Schweiz noch da und an wen müsste er sich da wenden?“¹⁵

In die Schweiz emigrierten u.a. Burchard

Michaelis¹⁶, Gefängnispfarrer in Cottbus, Karl Thieme und Albert Böhler¹⁷, der die Studentenarbeit des BRSD organisiert hatte. Nach den Nürnberger Gesetzen und der zunehmenden Judenverfolgung wurden diese Strukturen für das Ausschleusen von Juden aus Deutschland benutzt.¹⁸

Aber auch in die Gegen-Richtung funktionierten diese Kontakte. Aus der Schweiz wurden religiös-sozialistische Schriften ins deutsche Reich geschmuggelt. Es handelte sich um Predigten von Leonhard Ragaz und Paul Trautvetter, die vorher oder zeitgleich in der Zeitung der schweizerischen religiösen Sozialisten *Neue Wege* erschienen¹⁹. In Deutschland waren die *Neue Wege* im Juli 1933 verboten worden.²⁰ Diese Predigten sind dem Impressum nach in der Zeit zwischen Juni 1937 und Februar 1938 im „Predigtverlag Inselhof“ in Zürich-Riesbach erschienen. Dieser Verlag hat niemals existiert, und die zeitgenössischen Zürcher Adressbücher und Branchenverzeichnisse weisen ihn nicht aus.²¹ Gedruckt wurden sie vielmehr im Verlag „Reutimann & Co.“ in Zürich²², der auch die Zeitschrift *Neue Wege* druckte. Die Predigten wurden von diesem Verlag an ein Basler Mitglied der Schweizerischen religiösen Sozialisten²³ übersandt. Dort übernahm sie Pfarrer Ludwig Simon²⁴, der eine Pfarrstelle in der Nähe der Schweizer Grenze hatte, und brachte sie nach Deutschland.

Von Süddeutschland aus sind sie dann an ehemalige BRSD-Funktionäre im Gesamtreich²⁵ weiterverteilt worden.²⁶ Auch in Berlin fanden sie ihre Empfänger, wie ein Brief von Emil Fuchs an Ragaz ausweist: „Rackwitz grüßt und dankt für die Zusage der Predigten. Ich wäre sehr dankbar, wenn ich sie auch haben könnte.“²⁷ Diese Kleinschriften besitzen alle Eigenschaften, die aus der illegalen Widerstandsarbeit zwischen 1933 und 1945 bekannt sind.

„Daraufhin deutet nicht nur die Tatsache des besonders leichten Papiers (sog. Bibel-papier), sondern auch die täuschenden Angaben über den Verlag und die Nummerierung, die die Drucke als Teile einer großen Reihe ausweisen sollen, von der man sonst keine Spur findet.“²⁸

Zu den „Originalausgaben“ in den Neuen Wegen gibt es geringe, aber bezeichnende Veränderungen. So sind die Verfasseramen nicht ausgeschrieben, sondern als „R“ für Ragaz, bzw. als „T“ für Trautvetter²⁹, abgekürzt. Zum anderen wurden konsequent alle Hinweise gestrichen, aus denen sofort zu erkennen gewesen wäre, dass es sich um Predigten religiöser Sozialisten handelte. Dies betraf Hinweise auf sozialistische Literatur, den Ort der Predigten oder den Anlass. Das theologisch ungeübte Auge der deutschen Zöllner sollte so getäuscht werden.

Eine illegale Struktur des BRSD, die diese Predigten vertreiben konnte, hat zumindest noch Ende 1937 existiert, da Ragaz in einem Brief vom 22.12. an den tschechischen religiösen Sozialisten Frantisek Linhart explizit neben verschiedenen europäischen Gruppen des Internationalen Bundes religiöser Sozialisten „ferner ‚illegal‘ eine deutsche“ Gruppe³⁰ aufführt.

10. Weitere Widerstandsaktivitäten

In Berlin bestand 1933 eine sozialdemokratische Widerstandsorganisation, die nach ihrer illegalen Zeitung „Der rote Stosstrupp“ genannt wurde. Zu dieser Gruppe gehörten auch „religiöse Sozialisten und andere christlich gebundene Menschen.“³¹

Mindestens ein Mitglied des Neuköllner BRSD beteiligte sich an der Arbeit des „Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD)“. Siegfried Winter, Sohn des BRSD-Funktionärs Franz Winter und in der Neu-

köllner BRSD-Jugendgruppe groß geworden³², geriet an der Ostfront in Gefangenschaft und wurde im NKFD aktiv.³³

11. Blick in die Zeit³⁴

Im Juni 1933 erschien 1933 in Berlin ein neues Wochenblatt. Das als Pressespiegel konzipierte Periodikum erschien bis 1935 in einer Auflage von bis zu 112.000 Stück. An Redaktion und Vertrieb dieser Publikation mit politisch-oppositioneller Ausrichtung waren eine Reihe religiöser Sozialisten aus dem Kreis der „Neuen Blätter für den Sozialismus“ beteiligt. So August Rathmann³⁵, Rolf Bathe und Rudolf Küstermeier. Weitere Personen aus dem religiös-sozialistischen Milieu waren am Vertrieb beteiligt. Der „Blick“ veröffentlichte ausschließlich Meldungen aus der in- und ausländischen Presse und stellte sie so zusammen, dass die deutschen Leser „zwischen den Zeilen“ mitbekamen, was tatsächlich passierte und so eine alternative Informationsquelle zur NS-Propaganda erhielten. Dass der NS-Staat 1935 die Zeitschrift verbot, illustrierte, dass dieses bemerkt worden war und nicht geduldet werden konnte.

12. Aufrechterhaltung der Kommunikationsstrukturen

Wenn unter „Widerstand“, auch die „weltanschauliche Dissidenz“³⁶ gefasst werden kann, ist die nach 1933 weitergehende Kommunikation zwischen vielen ehemaligen BRSD-Funktionären hier darzustellen. Viele Briefe wurden zwischen Rackwitz und Eckert gewechselt, wobei dem heutigen Betrachter die geringe Vertrautheit mit den Regeln der Konspiration auffällt.³⁷ Der Kontakt Görings mit Hans Francke und Emil Fuchs war auch 1936 noch sehr eng, wie er Karl Thieme schrieb.³⁸

Ebenfalls versuchten diejenigen, die materiell gut situiert waren, den anderen zu helfen.³⁹ So unterstützte z.B. Karl Thieme den Not leidenden Bernhard Göring.

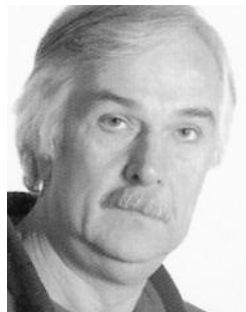
Anmerkungen

- 1 Diesem Aufsatz lag ein Vortrag zugrunde, der am 20.1.2002 im Rahmen des Bochumer Forums frei anhand weniger Folien gehalten wurde. Über Kritik, Anregungen und Kooperationen zu diesem Aufsatz und zum Thema würde ich mich freuen. Meine E-mail: UPeter2964@aol.com oder FAX 030/863 931 06.
- 2 In Nr. 35 v. 30.8. 1935 der Wochenschrift *Der Aufbau*, herausgegeben von den schweizerischen religiösen Sozialisten, erschien ein Aufruf des internationalen Bundes „Ein letzter Appell an die Christenheit“, der u.a. die „deutschen und österreichischen Gruppen“ als Unterzeichner aufführte. Offensichtlich bestand (zumindest für die Internationale!) noch 1935 eine Struktur der religiösen Sozialisten in Deutschland! Eine Exilorganisation des BRSD hat mit Sicherheit nicht bestanden.
- 3 Ragaz führte nach 1933 eine intensive Korrespondenz mit Karl Thieme, der wiederum mit einigen alten Freunden aus dem BRSD wie Bernhard Göring intensiv korrespondierte. Im IFZ finden sich viele diesbezügliche Briefe.
- 4 Der Fragebogen stammt aus dem Besitz von Prof. Erich Hertzsch, der bis 1933 zur Leitung des thüringischen BRSD gehörte. (in: PAB, Ordner 4b.)
- 5 Die erste Publikation erfolgte in *Neue Wege*, Heft 4/1933 auf den S. 175/176 und in Heft 7/8- 1933 auf den Seiten 336 ff. Diese Berichterstattung wurde in den folgenden Jahren fortgesetzt. Als ein Beispiel sei der Artikel „Kirche unterm Ge-
- richt. Von einem deutschen Theologen“ im *Aufbau* Nr. 31 v. 4.8. 1939 genannt.
- 6 *Menschheitskämpfer*, Nr.10 v. Oktober 1933, S. 15/16. Der Konferenzbericht von Leonhard Ragaz in *Neue Wege*, Nr. 10 v. Oktober 1933, S. 460/61 gibt an, dass nur 12-15 Teilnehmer aus 7 Ländern anwesend waren. Zu Deutschland schweigt sich Ragaz fast völlig aus. Auch in einem Brief vom 27.8. 1933 an seine Tochter berichtet er über Bentveld viel, über den eigentlichen, „offiziellen“ Schwerpunkt dagegen fast nichts. (Vgl. M.Mattmüller et al „Hg.“ Ragaz-Briefe Bd. III, S. 37-41.)
- 7 An der folgenden internationalen Konferenz, die vom 11.-16. Juli 1938 in Bad Eptingen/Schweiz stattfand, nahmen keine deutschen Vertreter teil. Siehe *Neue Wege*, Heft 7/8-1938, S. 334-340 und Leonhard Ragaz, *Mein Weg II*, S. 224-226.
- 8 *Menschheitskämpfer*, Nr. 10/1933, S.16.
- 9 Brief Göring an Karl Thieme vom 28.5. 1935, in: IFZ, 163/11 und Brief Clara Ragaz an Pfarrer Liechtenhan, in: IFZ 163/64. Aufschlussreich für die Sozialstruktur der schweizerischen religiösen Sozialisten ist, dass Clara Ragaz „Herrn Pfarrer Thieme“ mitteilt, dass die Finanzierung des Aufenthaltes „von Herrn Pfarrer Göring“ gesichert sei. Im Gegensatz zu Deutschland waren in der religiös-sozialistischen Organisation der Schweiz die Pfarrer sehr stark vertreten. Dies mag Clara Ragaz veranlasst haben, Thieme und Göring, die beide keine Pfarrer waren, als solche anzureden.
- 10 Diese Informationen liefen z.T. über Kanäle der illegalen Gewerkschaften, wie ein Brief des ehemaligen Sekretärs der Angestelltengewerkschaften Hans Gottfurcht belegt. (in: IFZ, 163/23.)
- 11 Brief Göring an Thieme, datiert Kopenhagen den 18.8. 1936, in: IFZ, 163/11.

- 12 Mitteilung von Piechowskis Tochter, Frau Dr. Güntherth.
- 13 Das Haus in der Gartenhofstraße 7 in Zürich beherbergte die Geschäftsstelle der Schweizer rel. Sozialisten. Hier war auch die Privatwohnung von Leonhard Ragaz. Der von M. Mattmüller herausgegebene Bd. III der Ragaz-Briefe enthält mehrere Hinweise auf diese Arbeit. So z.B. auf S.63 und ebd. Anmerkung 3 sowie S. 178-180.
- 14 Diese Informationen verdanke ich der Schwiegertochter von Leonhard Ragaz, Frau Ragaz-Fricker. Paul Trautvetter berichtet hierüber in seinen Erinnerungen Abschied und Rückschau auf den Seiten 113 - 118.
- 15 Staatsarchiv Zürich, Bestand 67/97, Brief Fuchs an Ragaz vom 12. Januar 1934.
- 16 Er wurde Pfarrer in Feldis und engagierte sich in der religiös-sozialistischen Bewegung der Schweiz. So publizierte er noch 1968 in Nr. 45 der religiös-sozialistischen Zeitung Der Aufbau. (Vgl. auch Paul Trautvetter, Abschied, S. 116.)
- 17 Albert Böhler blieb ebenfalls in der Schweiz und engagierte sich in der religiös-sozialistischen Bewegung der Schweiz, in deren Vorstand er 1950 gewählt wurde. (Neue Wege, 1950, S. 267)
- 18 Auskunft von Pfr. Aurel von Jüchen, der dies von seinem Freund Arthur Rackwitz erfuhr.
- 19 In der Sammlung Peter befinden sich im Original folgende „Inselhof“-Predigten (in Klammern der Fundort in Neue Wege): „No.36 Juni 1937 Die zwei Methoden“ (Heft 5 v. Mai 1937, S. 193-198); No. 37 v. Juli 1937, „Die beiden Möglichkeiten“ (Heft 6 v. Juni 1937, S. 241-245); No.39 v. Oktober 1937, „Von der Krankheit unseres Glaubens“ (Heft 9 v. September 1937, S. 345-350); No.40 v. Oktober 1937, „Der Bankrott und die Hilfe“ (Heft 10 v. Oktober 1937, S. 401-407); No.41 v. November 1937, „Konfession oder Jüngerschaft“ (Heft 11 v. November 1937, S. 449-457); No.42 v. Februar 1938, „Entscheidung“ (Heft 2 v. Februar 1938).
- 20 Dies teilte Ragaz in der Juli/August-Nummer 1933 auf S. 376 mit.
- 21 Mitteilung von Prof. Markus Mattmüller v. 23.12. 1991.
- 22 Dies weist die Absenderangabe aus, die sich noch am Originalpäckchen befand. (Kopie SP).
- 23 Es war Ernst Maier, „ein alter Basler Genosse“, Mitteilung Professor Mattmüller v. 12.12. 1991.
- 24 Simon war bis 1933 Mitglied des badi-schen BRSD-Vorstandes und Mitglied der „Bruderschaft sozialistischer Theologen“. Er gehörte zu den exponiertesten „Jungen“ im BRSD.
- 25 Der württembergische BRSD-Pfarrer Eberhard Lempp erhielt über Simon derartige Predigten, wie er in einem autobiographischen Manuskript ausführte. (In: SP) .
- 26 Aurel von Jüchen erinnerte sich daran, dass in den informellen Rest-Gruppen des BRSD Ragaz-Predigten zirkulierten.
- 27 Brief Emil Fuchs an Ragaz v. 12.1. 1934. In: STAZ, Bestand 67, Schachtel 97. Es hat also bereits vor 1937 Materiallieferungen nach Deutschland gegeben!
- 28 Mitteilung Prof. Markus Mattmüller v. 23.12. 1991.
- 29 Verfasser von No.39.
- 30 Der Brief ist enthalten in: M. Mattmüller et al. (Hg.) Leonhard Ragaz in seinen Briefen, Bd. III, S. 131.
- 31 Autorenkollektiv der Geschichtskommission des Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer (Hg.) Der antifaschistische Widerstandskampf rund um die Frankfurter Allee 1933-1945, S. 48. Die Darstellung Rudolf Küstermeiers, Der Rote Stosstrupp, erwähnt die Mitarbeit religiöser Sozialisten allerdings nicht.

- 32 Siegfried Winter heiratete während des Krieges Christa Heinrich, die ebenfalls vor 1933 zur Neuköllner BRSD-Jugend gehörte. Die Familie traf ein tragisches Schicksal. Winter geriet in Russland in Gefangenschaft. Als er 1947 zurückkehrte, waren seine Frau und sein Kind tot. Christa Winter hatte sich und das Dreijährige 1945 aus Angst vor dem Einmarsch der Roten Armee umgebracht. (Mitteilung von Frau Brunhilde Winter, Berlin, v. 30.3. 1993.)
- 33 Mitteilung von Frau Dr. Günthert, die mit Winter befreundet war.
- 34 Hierzu: Christoph Hemker, Vor 60 Jahren verboten: Die Wochenzeitschrift *Blick in die Zeit*, in: *Demokratische Geschichte, Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein* Nr. IX, Brodersdorf 1995; Karl Hermann Mendel, *Blick in die Zeit 1933–1935*, Beiträge zum Thema *Widerstand* Nr.24, hg. Von der Gedenkstätte 20. Juli, Berlin 1983 und P.Löschke/M.Scholing, *Solidargemeinschaft im Widerstand. Eine Fallstudie über „Blick in die Zeit“*, in: *IWK* 1983, S.517 ff. 1988 publizierte der Bund-Verlag einen dreibändigen kompletten Reprint von „*Blick in die Zeit*.“
- 35 (1895–1995). Er starb wenige Tage nach seinem 100. Geburtstag. Ich verdanke ihm einige Hinweise zur Widerstandsarbeit religiöser Sozialisten.
- 36 Richard Löwenthal/ Patrick von zur Mühlen, *Widerstand und Verweigerung*, S.14.
- 37 So werden z.B. in einem Brief von Rackwitz an Eckert v. 6.11. 1933 die Namen führender BRSD-Funktionäre so schlecht getarnt, dass sofort zu erkennen war, um wen es sich handelte. So erhielt Karl Kleinschmidt, der Pfarrer in Eisenberg in Thüringen gewesen war, den Decknamen „Eisenberg“; Emil Fuchs firmierte als „Reinicke“; Paul Piechowski wurde nach seiner letzten Pfarrstelle „Britz“ genannt und Heinrich Schwartze „Weiße“. (Der Brief befindet sich in: FMB, Mappe 2/ Kopie SP).
- 38 „Am nächsten steht mir noch immer der alte ehrwürdige Hans und Emil.“ (Brief v. 23.11. 1936, in: IFZ 163/11, Blatt 195).
- 39 Im Thieme-Nachlaß im IFZ weisen dies viele Briefe aus, so z.B. der Brief Görings an Thieme v. 14.12. 1934, in dem er für eine Überweisung zu Weihnachten dankt. (IFZ, 163/11, Blatt 176).

Dr. Ulrich Peter wurde 1952 in Bergkamen/Kreis Unna geboren. Studium der Psychologie, Sozial-, Rechts- und Erziehungswissenschaften in Münster und der Evangelischen Theologie in Berlin.



Ulrich Peter

Er arbeitet als Berufsschulpädagoge in Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Kirchengeschichte der Neuzeit, zur Geschichte des religiösen Sozialismus und der sozialen Bewegungen. Er war Schriftleiter von CuS und Vorstandsmitglied des BRSD.

Priester, Märtyrer im KZ Dachau

Wilhelm Max Oberhaus

Von Helga Kohné

Den Namen kennt in Herford jeder, wohl auch, weil die Grundschule am Wilhelmsplatz seinen Namen trägt.

An seinem 45. Todestag 1987 wurde die Schule auf der Basis eines Herforder Ratsbeschlusses in die Grundschule „Wilhelm-Oberhaus-Schule“ umbenannt.

Den Antrag hatte der aus Herford stammende, in Berlin wirkende evangelische Pfarrer Wilfried Heidemann gestellt.

Doch wer war Wilhelm Oberhaus?

Welche Rolle spielte er im Nationalsozialismus?

Warum wurde die Schule nach ihm benannt?

Wilhelm Oberhaus wurde am 31. Januar 1902 als Sohn des Fabrikanten Eduard Oberhaus und seiner Frau Friederike geboren. Sein Geburts- und Elternhaus steht an der Veilchenstr. 12 in Herford.

Er war das älteste Kind. Seine Zwillingsschwester starb mit 4 Monaten.

1903 wurde seine Schwester Elfriede geboren, die ihn zeitlebens betreute und seine Haushälterin war. Sie starb als letzte der Familie 1982.

Sein Bruder wurde 1907 geboren. Er starb mit 35 Jahren, wenige Monate vor Wilhelm Oberhaus.

Die Mutter starb 1911, sie war 35 Jahre alt. Nun war der Vater der Mittelpunkt der Familie.

Wilhelm Oberhaus wuchs in Herford auf und war auch Schüler der katholischen Grundschule, die damals an der Komturstraße zu Hause war.

Anschließend ging er zur Realschule am Münsterkirchplatz, die später zum Ra-

vensberger Gymnasium wurde. Danach wechselte Oberhaus an die Oberrealschule in Bielefeld und später an das Bischöfliche Knabenseminar in Heiligenstadt, wo er 1927 das Abitur machte. Sein Entschluss, Priester zu werden stand für ihn lange fest. Er studierte Theologie in Paderborn, Freiburg und Graz.

Im April 1933 wurde er in Paderborn zum Priester geweiht. Das war für Oberhaus ein verhängnisvolles Jahr. Die Tragweite konnte er nicht einmal erahnen. 1933 war die Machtübernahme der Nazis, und 1933 wurde auch das KZ Dachau eröffnet.

Die ersten Konflikte waren vorprogrammiert. Denn als Christ und Priester lehnte er den Nationalsozialismus ab, was keineswegs selbstverständlich war.

1935 kam es zu einem ersten Zusammenstoß mit dem Nazi-Regime. Oberhaus soll den Leiter der Staatspolizeistelle Dortmund beleidigt haben.

Er kam mit einer Verwarnung davon.

Ganz so glimpflich verlief der nächste Vorfall nicht. Oberhaus hatte einen Hirtenbrief vorlesen, in dem gesagt wurde, dass bei der Erziehung von Kindern und Jugendlichen in erster Linie das christliche Elternhaus und die konfessionellen Schulen berufen seien.

Das wurde Oberhaus zum Verhängnis. Denn auch in Dortmund saßen Spitzel in jedem Gottesdienst. Das waren oft Leute aus den eigenen Reihen. Einer dieser Spitzel hatte zu Protokoll gegeben, dass der Vikar gerufen habe: „Wer gut katholisch sein will, der muss wissen, wohin er seine Kinder zu schicken habe“.

Die Predigt von Oberhaus wurde als heimtückischer Angriff auf den Staat bezeichnet und Anzeige erstattet.

Am 7. Februar stand Wilhelm Oberhaus wegen eines „Vergehens § 2 des Heimtückegesetzes“ vor Gericht“.

Die Ankläger warfen ihm vor: „Seine Ausführungen verfolgten die hetzerische und aus Gehässigkeit entsprungene Absicht, die Kinder von dem Eintritt in die vom Staat geschaffenen Einrichtungen der Hitlerjugend und des Landjahres abzuhalten.“

Vikar Oberhaus versuchte, sich zu verteidigen, doch am Ende stand eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Dieses Urteil hatte Folgen. Nach Verbüßen der Strafe wurde er nach Bockwitz in Sachsen versetzt.

Bis 1941 versah Oberhaus seinen Dienst in der Diaspora-Gemeinde, ohne aktenkundig in Erscheinung zu treten, bis es zu einem Zwischenfall kam, der dem Nazi Regime ein willkommener Anlass war, den verhassten katholischen Priester unschädlich zu machen. Zu dieser Zeit bedurfte es keiner besonders spektakulären Vorfälle, um als Gegner der NS- Machthaber ausgemacht zu werden. Da reichte schon eine unbedacht geäußerte Kritik oder Geste.

Diese unkontrollierte Geste war bei Oberhaus eine Ohrfeige.

Was war passiert?

Ein 13 jährigen Hitlermädchen seiner Gemeinde hatte den staatlich genehmigten Religionsunterricht geschwänzt und besuchte stattdessen eine BDM-Veranstaltung, die im gleichen Schulgebäude statt fand. Der Priester forderte das Mädchen auf, die BDM-Veranstaltung zu verlassen und in den Religionsunterricht zu kommen. Daraufhin bekam er eine so freche Antwort, dass ihm die Hand ausrutschte.

War dies ein letzter, hilfloser Versuch, das Mädchen vor dem nationalsozialistischen Verderben zu retten? Oder einfach nur eine Affekthandlung? Priester sind ja auch nur Menschen.

Oberhaus war sofort klar, dass es für ihn

keine politische, sondern eine pädagogisch unkluge Reaktion war. Kurze Zeit später besuchte Oberhaus die Familie des Mädchens, um sich zu entschuldigen.

Vergeblich. Es kam zu einer Anzeige wegen Körperverletzung. Oberhaus wurde am 26. Februar 1941 in Schutzhaft genommen.

3 Monate später fand die Gerichtsverhandlung wegen 'Körperverletzung' statt.

Bei der Gerichtsverhandlung ging es kaum noch um Körperverletzung durch eine Ohrfeige.

Das Gericht gelangte nämlich zu der Überzeugung, dass die Ohrfeige gar nicht dem Verhalten des Kindes galt, sondern die Einstellung des Angeklagten zur Hitlerjugend und hier dem BDM verdeutlicht werden sollte.

Es heißt: „... in den Schlägen brachte er seine, der weltlichen Erziehungseinrichtung, feindliche Einstellung zum Ausdruck.“

Das Gericht hätte eine Geldstrafe verhängen können, berücksichtigte aber die Vorstrafen, die ebenfalls aufgrund staatsfeindlicher Aktivitäten verhängt worden waren.

Wilhelm Oberhaus wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Pfarrer Karl Joseph Eckhard war bei der Verhandlung zugegen und berichtete: „Der Ankläger machte die Handlung des Vikars zu einem Kapital- und Staatsverbrechen, weil das Mädchen beim Empfang der Ohrfeige 'Hitlers Kleid', also die BDM - Uniform trug.“ Damit hatte Oberhaus die nationalsozialistischen Embleme geschändet und den Führer und die Partei beleidigt. Wilhelm Oberhaus verbüßte die Strafe unter Anrechnung der Schutzhaft und hätte am 26. August 1941 entlassen werden sollen. Seine Schwester Elfriede wartete am Gefängnistor, um ihren Bruder abzuholen. Vergeblich. Sie erhielt die Nachricht, dass ihr Bru-

der in Schutzhaft genommen worden sei. In diesem Moment war klar, er sollte den NS-Machthabern nicht mehr entkommen.

Am 10. Oktober 1941 wurde Oberhaus in das KZ Dachau eingeliefert. Kurz vor dem Abtransport kam es noch zu einer Begegnung zwischen Pfarrer Eckhard und Oberhaus. Seine letzten Worte notierte er: „... Ich gehe den Weg, den Gott mir diktiert, mehr tue ich nicht! Betet für mich, dass Gottes Wille an mir geschehe und sein Reich, auch in Ungerechtigkeiten!, sich weiter mehre!“

Das KZ-Dachau, in das Oberhaus eingeliefert wurde, war das erste Konzentrationslager der Nazis 1933. Bis 1938 wurde es voll ausgebaut.

Von 1933 - 1945 wurden dort 206.200 Häftlinge registriert. (Zahlen schwanken) 180.000 stehen auf einer Todesliste.

Auch Wilhelm Oberhaus war darunter.

Von 12 Priestern, die mit Oberhaus nach Dachau kamen, sind sieben gestorben. Vier durften die Heimat wiedersehen, und einer wurde entlassen.

Wilhelm Oberhaus starb am 20. September 1942 um 9. 20 Uhr.

Über seinen Tod erhielt der Vater folgende Nachricht des Lagerführers:

Dachau, 3K. den 25. September 1942

Sehr geehrter Herr Oberhaus!

Ihr Sohn Wilhelm Oberhaus, geb. am 31.1.1902 zu Herford, meldete sich am 13. 9. 1942 krank und wurde daraufhin unter Aufnahme im Krankenhaus in ärztliche Behandlung genommen. Es wurde ihm die bestmögliche medikamentöse und pflegerische Behandlung zuteil. Trotz ärztlicher Bemühungen gelang es nicht, der Krankheit Herr zu werden.

Ich spreche Ihnen zu diesem Verlust mein Beileid aus.

Ihr Sohn hat keine letzten Wünsche geäußert.

Ich habe die Gefangenen - Eigentums-

verwaltung meines Lagers angewiesen, den Nachlass an Ihre Anschrift zu senden.

Gez. Unterschrift

SS- Sturmbannführer

Das ist Hohn, wenn man diesen Brief dem des Mithäftlings, Priester Maurus Münch, vom 17. Januar 1946 gegenüber stellt.

Am 24. September 1942 wurde Wilhelm Oberhaus im Krematorium Dachau eingäschert. Die Urne wurde dem Vater übersandt.

Er ließ die Urne in einen Eichensarg stellen. Die Beerdigung fand am 24. Oktober 1942 nach einem feierlichen Gottesdienst statt.

Ein großer Trauerzug begleitete Wilhelm Oberhaus zum Friedhof an der Hermannstrasse.

Wie es im Konzentrationslager Dachau wirklich zugeht, sollen Auszüge eines Briefes des Mitgefangenen, Priesters Maurus Münch, Subprior der Abtei St. Matthias, zeigen.

Trier 17. Januar 1946

Sehr geehrter Herr Oberhaus!

Herzlich gerne beantworte ich Ihren Brief vom 5. Januar dieses Jahres. Nehmen Sie zunächst meine innigste Teilnahme an, zu all dem Schweren, was Sie im Laufe der Jahre durch die Haft und den allzu frühen Heimgang Ihres guten Sohnes durchmachen mussten.

Wilhelm kam mit mir am gleichen Tag nach Dachau. Wir trafen uns zu 12 Priestern in Nürnberg am Bahnhof ... In Dachau wurden wir recht übel von der SS empfangen, mit Schimpfen und Fußtritten. Wie Vieh, eng in einen dunklen Lastwagen gepfercht, fuhren wir vom Bahnhof ins Lager. Am 2. Oktober kamen wir in den Priesterblock ... wo wir täglich der heiligen Messe beiwohnen konnten. Zelebrieren konnten wir nie ...

Der Winter 1941/42 war bitter kalt. Wir

waren schlecht gekleidet und schwach genährt. Stundenlang standen wir auf dem Appellplatz und froren dabei fürchterlich. Auch mussten wir damals viel Schnee schippen und den Schnee auf Türplatten wegtragen. Willi war aber immer guter Dinge und uns allen ein lieber Kamerad ...

Anfang März 42 bekamen wir einen neuen Lagerführer, Hoffmann mit Namen, ein Sadist, im Zivilberuf Metzgerbursche, der uns Priester hasste. Bald wurde die Kost immer magerer – es begann der bittere Hunger. Er zwang die abgemagerten Geistlichen zur Arbeit in der Plantage. Hier machte Wilhelm ein furchtbares Martyrium durch. Lang war die Arbeit von morgens 5.00 Uhr bis abends 7.00 Uhr. Streng und brutal war die Aufsicht. Was aber schlimm war: Frühjahr und Sommer waren kalt und nass. Man musste bei Wind und Wetter draußen sein in den dünnen, nassen Häftlingskleidern. Dazu die Unterernährung. Das führte zu Hungerruhr; Beine und Glieder schwellen an, weil das Herz den Blutkreislauf nicht mehr regeln konnte, und so waren die Leute vom Wasser fürchterlich entsetzt. ... Lange kämpfte er mit der Hungerruhr. Als Heilmittel gab es nur einfach Kohle, sonst nichts. Dann kamen die Herzschwächen und Phlegmone an den Beinen, die ein einziger roher Eiterbrand waren. Lange Zeit war sein Gesicht so angeschwollen, dass man ihn kaum noch erkannte. Fast vier Wochen weilte er noch im Block unter uns, ein vom Tode gezeichneter Mann! Was sollte er tun? Man riet ihm, ins Revier zu gehen. Doch das war ein Wagnis, da man nicht wusste, wie weit man da durch Spritzen noch schneller dem Tod ausgeliefert würde. Dann machte man im Revier mit den Kranken so schauderhafte Versuche, und man brachte so viele Kranke in den berüchtigten Invalidentransporten zum Vergasen nach Auschwitz, sodass

unser Freund lieber bei uns auf dem elenden Block im Kreis der Mitbrüder sterben wollte. So war Willy in größter Not, wochenlang. Aber ich habe mich täglich neu an ihm erbaut. Kein Wort der Klage kam über seine Lippen. ... Oft sagte er: „Das ist zwar furchtbar, was wir hier durchmachen müssen, aber es ist nicht umsonst ...“ Dieser heroische Starkmut Ihres lieben Sohnes hat mich immer erschüttert. ... So gehen Heilige in den Tod.

Dann kam das Sterben. Wilhelms Schwächezustand wurde immer elender. Schließlich musste er doch ins Revier. Er nahm Abschied von uns allen, Abschied für immer! Weil im Krankenrevier keine religiöse Betreuung möglich war, ging Wilhelm Oberhaus in die Kapelle und empfing die heiligen Sakramente. ..Gestärkt und gesalbt mit Kraft von oben, ging er nun von lieben Mitbrüdern geleitet, von uns fort in das Revier. Schon am folgenden Tag kam die Kunde von seinem Tod ... In den Monaten Juli, August, September haben wir viele Priester verloren, die auf gleiche Weise hinüber schlummerten. Sie alle waren körperlich entkräftet ...

So war Dachau: Himmel und Hölle. Hölle, ob all des Satanischen, das sich dort austobte;

Himmel, denn Dachau war auch voll tiefen Glaubensgeistes und heroischer Selbsthingabe ...“

gez. P. Maurus Münch O.S.B.

Zur den Ausgangsfragen:

Wer war Wilhelm Oberhaus?

Der vorliegende Text beantwortet diese Frage weitgehend.

Welche Rolle spielte er im Nationalsozialismus?

Wilhelm Oberhaus verhielt sich seiner christlichen Einstellung entsprechend, er lehnte den Nationalsozialismus ab und handelte in seinem Umfeld entsprechend

und entsprach damit nicht dem, was das NS- Regime erwartete. Er widersetzte sich zwar durch sein Handeln, aber als Widerstandskämpfer hätte er sich selbst wohl nicht betrachtet.

Warum wurde die Grundschule am Wilhelmsplatz nach Wilhelm Oberhaus benannt?

Auch hier sagen es die Ausführungen.

Die Stadt Herford würdigt Wilhelm Oberhaus für seine Haltung unter dem NS- Regime und will in Wertschätzung an diesen vorbildlichen Geistlichen aus Herford erinnern.

An Oberhaus erinnert auch eine Gedenktafel am Geburtshaus und ein Stolperstein vor seinem Geburtshaus an der Veilchenstr. 12 in Herford.

Jedes Jahr an seinem Todestag, dem 20. September besuchen Schülerinnen und Schüler in Begleitung der Lehrkräfte das Grab von Wilhelm Oberhaus auf dem Friedhof an der Hermannstrasse in Herford. (Foto: NW- Herford)

Weitere Ehrungen:

- Wilhelm Oberhaus gehört zu den 20 Märtyrern der Verfolgung durch die Nazis der Erzdiözese Paderborn.
- In Dortmund- Hombruch ist eine Straße und ein Pfarrheim nach ihm benannt.
- Die Stadt Lauchheim hat eine Straße in Wilh. Oberhausstr. umbenannt. (Quelle: Wilhelm Oberhaus - Wikipedia)

Literarische Würdigungen:

- Helmut Moll, Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts
- Elisabeth Tillmann, Dortmunder Katholiken unter dem Hakenkreuz- Erinnerungen von Zeitzeugen.
- Ulrich Wagner, Zeugen für das Reich Gottes- das Lebensopfer Paderborner Priester und Ordensleute in der NS-Zeit. Zudem gibt es eine Reihe von Weblinks zu Wilhelm Oberhaus.

Text - Quelle:

Veröffentlichung: Pastoralverbund Herford
Maria Frieden

St. Paulus St. Johannes Baptist
www.kath-kirche-herford.de

Ich bin 78 Jahre alt, habe Sozialpädagogik und Soziologie studiert und war 22 Jahre lang Päd. Leiterin und Geschäftsführerin bei „Arbeit und Leben DGB/ VHS im Kreis Herford“. Arbeitsschwerpunkt in der Erwachsenenbildung war politische Bildung und Geschichte im Nationalsozialismus.



Helga Kohne

„Luther und die Juden“*

Von Stefan Meißner

Liebe Brüder und Schwestern, liebe Gemeinde! Sie haben es gemerkt: Kein Predigttext heute. Keine Bibel

am Anfang. Und das in einer protestantischen Kirche?

In der Tat: Was Sie erwartet, ist eine Themenpredigt: Es geht um das Thema der Ausstellung, die derzeit in ihrer Gemeinde gezeigt wird: „Luther und die Juden“.

Und doch wird sich diese Predigt auch – ja ganz wesentlich – um die Bibel drehen. Denn von Luther kann man gar nicht anders sprechen, als ihn als Ausleger der Heiligen Schrift in den Blick zu nehmen. Er selbst verstand sich immer als Bibelausleger, als Exeget.

Schaut man sich Luthers Lebenswerk genauer an, erkennt man sehr schnell: Luther war v.a. Alttestamentler. Über drei Jahrzehnte seiner Tätigkeit als Universitätslehrer beschäftigte er sich mit der hebräischen Bibel. Auch bei seinen Predigten überwiegt der Anteil alttestamentlicher Predigten bei weitem. Ganze sechs Jahre predigte er in Wittenberg allein die fünf Bücher Mose – die Schriften also, die die Juden als ‚Tora‘ bezeichnen. Wir haben guten Grund also, uns Luther als Schriftausleger näher zu betrachten, um uns dem Thema „Luther und die Juden“ anzunähern.

„Sola scriptura – die Schrift allein!“ – das ist einer der vier Grundsätze, mit denen man die Theologie Luthers zusammengefasst hat. Die Heilige Schrift, so will uns diese Formel klar machen, ist der entscheidende Maßstab christlichen Redens und Handelns (norma normans). Kirchliche Bekenntnisse sind nicht wertlos, sie sind aber doch nur insoweit verbindlich, als sie schriftgemäß sind (norma normata). Hier sehen wir: Luther betonte das „sola scriptura“ primär gegen den Anspruch der katholischen Kirche, sie allein sei in Besitz der rechten Schriftauslegung. Diesem Besitzanspruch hielt der Reformator entgegen: Jeder Christ, jede Christin kann die Schrift verstehen, denn (so Luther) „die Schrift legt sich selbst aus“. Das ist das Befreiende von Luthers „sola scriptura“: Es wertet den Normal-Christen auf, die vermeintlichen Experten werden in die Schranken gewiesen. Niemand darf sich das Recht anmaßen, sein

Verständnis der Schrift sei das allein seligmachende.

Wenn der Reformator doch nur sich selbst einbezogen hätte in diese Warnung! Gerade gegenüber seinen Erzfeinden – den Papisten, aber eben auch den Juden – beansprucht er immer wieder ein Deutungsmonopol. Die rabbinische Auslegung des Alten Testaments? Ein absolutes „No-Go“ für den Reformator, alles nur Menschenwort. Ebenso wie der Koran, den er übrigens wie die jüdische Schriftauslegung nur vom Hörensagen kannte. Aber offenbart sich das Wort Gottes denn nicht immer verpackt in menschlichen Begriffen? Gott hat sich bei seiner Menschwerdung nicht gescheut, Menschengestalt anzunehmen. Warum also kann das Gotteswort uns nicht auch in „menschlicher Hülle“ begegnen? Zeitlose Wahrheiten eingebettet in – und manchmal auch vermischt mit – historischen Zufälligkeiten. Kein leichtes Geschäft, das eine vom anderen zu unterscheiden.

Luthers Bibelübersetzung ist ein Meilenstein der Kirchengeschichte. Ähnlich wie die Humanisten seiner Zeit greift er konsequent auf den Urtext der Schrift zurück. Er will so den Weg zu den verschütteten Quellen des Glaubens wieder frei legen. Auch das hat ein emanzipatorisches Moment, gerichtet gegen die Kirchenfürsten seiner Zeit. Trotz allem wird man sagen müssen: Die Schrift allein gibt es nicht. Luther greift genauso auf nichtbiblische Traditionen zurück genau wie seine Gegner. Glaubte der Wittenberger denn wirklich, er (und nur er) könne die 2000 Jahre, die uns von der Bibel trennen, einfach überspringen? Es scheint ihm nie richtig bewusst geworden zu sein, dass jeder von uns ein gewisses Vorverständnis an die Texte heran trägt.

Auch wenn es uns als Protestanten peinlich ist – peinlich sein muss: Luthers eige-

nes Vorverständnis war und blieb bis zu seinem Tod jüdenfeindlich: Die Juden, so sagt er, sind von Gott verworfen, weil sie Christus abgelehnt haben. Die Kirche ist das neue Israel, das als Gottesvolk an deren Stelle getreten ist. Mit dieser Enterbungslehre folgt Luther ganz der katholischen Tradition. Wo bleibt hier sein „sola scriptura“? Hätte der Reformator den Bibeltext wirklich ernst genommen, hätte er bei Paulus die Zusage finden können, dass ganz Israel gerettet werden wird (Röm 11,25). Ganz Israel, also auch diejenigen, die Jesus nicht als Messias annehmen. Schon in einer Tischrede (1532) gibt der Wittenberger zu, dass dieser Spruch aus dem Römerbrief ihn quält. Er passt ihm nicht ‚in den Kram‘, passt nicht zu seinem Vorverständnis.

In seinem berühmten Ölbaumgleichnis betont Paulus, dass das Judentum die Wurzel ist, die uns als Christen trägt. Die Verstockung Israels ist zeitlich befristet. Das jüdische Volk wird mit von Gott Blindheit geschlagen – aber nur deshalb, damit auch die Heiden, damit auch wir, eine Chance bekommen, Zugang zum Gott Israels zu bekommen. Wir sind, wie es in der Präambel unserer Kirchenverfassung so schön formuliert ist, „hineingenommen in die Verheißungsgeschichte Gottes mit seinem auserwählten Volk Israel“. Luther aber leugnet den klaren Sinn der Schrift, wenn er über die Juden sagt: „Wie viel weniger ist’s möglich, diese Teufelskinder alle zu bekehren. Denn dass etliche aus der Epistel zu den Römern im 11. Kapitel solchen Wahn schöpfen, als sollten alle Juden bekehrt werden am Ende der Welt, damit ist nichts. Sankt Paulus meint in jeder Hinsicht etwas anderes“ (WA 53,580).

Wir sehen hier an diesem Beispiel: Martin Luther, sonst ein innovativer Querdenker, bleibt gefangen im Kontext seiner eigenen Zeit. Er wird seinen eigenen Grund-

sätzen untreu, wenn sie zu Konsequenzen führen, die sein Weltbild erschüttern. Er verleugnet die Schrift, wenn er darin etwas findet, das seiner tief sitzenden Judenfeindschaft widerspricht. Das „sola scriptura“ gilt bei Luther selbst nur mit Einschränkungen.

Auch dass Luther das Heil ausschließlich an Jesus Christus bindet, sein „solus Christus“, ist auch nur mit Einschränkungen und Präzisierungen aufrechterhalten. Zwar kann sich der Reformator auf das Johannes-evangelium stützen, wo Jesus sagt: „Niemand kommt zum Vater denn durch mich“ (14,6). Aber in einer Welt, in der durch die Globalisierung ganz unterschiedliche Weltdeutungen aufeinander treffen, ist für exklusive Wahrheitsansprüche kein Platz mehr.

Immerhin, an einer Stelle bricht Martin Luther mit der Lehre der Alten Kirche: Bei der Forderung, dass Heil und Erlösung ausschließlich im Raum der Kirche zu finden seien. Auch hier relativiert er die Bedeutung der Institution Kirche. Sie ist zwar eine Stiftung Christi, aber in ihr gibt es nicht nur Gerechte, sondern eben auch Sünder. Wo er aber nicht mit sich handeln lässt, ist das christologische Nadelöhr. Durch dieses Nadelöhr nötigt er jeden hindurch, egal ob er als Hindu, Jude oder Muslim aufgewachsen ist. Gleichgültig, ob dieser Mensch im Leben überhaupt je die Chance hatte, Christus zu begegnen.

Es mutet heute etwas kurios an, dass Luther alttestamentliche Figuren wie Abraham, Moses oder David immer wieder als „rechte Christen“ bezeichnet. Es ist aber in gewisser Hinsicht vielleicht auch ein Lichtblick. Das, wofür der Würdetitel „Christus“ steht, nämlich eine bessere Welt nach Gottes Willen, das haben diese Figuren des Alten Bundes offensichtlich schon ein Stück weit vorweggenommen. Der Reformator scheint hier vor dem Hintergrund seiner

christologischen Schriftauslegung eine Art strukturelle Christologie ohne Christus zuzulassen. Lange bevor Christus geboren wurde, gab es schon im jüdischen Volk Väter und Mütter des Glaubens, denen er den Ehrennamen „Christen“ zugesteht. Schade, dass er dann doch immer wieder in das stereotype Schema von Verheißung und Erfüllung zurückfällt.

Mit Luther über Luther hinaus denken – das müssen wir auch bei einem anderen reformatorischen Grundsatz: dem „sola gratia“ („allein durch die Gnade“). Sie will uns Christenmenschen einschärfen: Das Wichtigste im Leben gibt es geschenkt. Ein gelingendes Leben – so könnte man heute vielleicht den etwas abgegriffenen Begriff „Heil“ umschreiben – wird nur der führen können, der nicht ständig versucht, durch eigene Leistung zu punkten. Das mag eine Weile gut gehen, das mag sich auch ganz gut einfügen in die von der Wirtschaft heute an uns gestellten Erwartungen. Doch dieses selbstgerechte Streben nach der eigenen Gerechtigkeit führt schnell zur Selbstüberforderung. Der ichbezogene Egomane, der Macher, läuft stets Gefahr in ein Loch zu fallen, wenn’s mal nicht so läuft. Wenn uns nichts weiter bleibt, als unsere Grenzen zu akzeptieren.

Leben ist ein Geschenk. Das hat Luther in stetiger Beschäftigung mit der Bibel für sich selbst entdeckt. Erst meinte er wie viele seiner Zeitgenossen, es Gott mit guten, frommen Werken recht machen zu können. Doch wir müssen es Gott überhaupt nicht recht machen – Er macht es uns recht. Gott rechnet uns die Gerechtigkeit Christi als unsere eigene an. Dieser „fröhliche Wechsel“, wie Luther das nennt, das ist die unabgeholte Pointe der Rechtfertigungslehre. Sie hat er nicht nur für sich selbst, sondern auch für uns neu entdeckt.

Fragt sich nur: Wie kommen wir an die-

ses Geschenk eigentlich dran? Wie wird man glücklich? Oder etwas traditioneller formuliert: Wie geschieht die Aneignung des Heils?

Auch auf diese Frage antwortet Luther wieder mit einem „sola“: allein durch den Glauben (sola fide). Keine frommen Werke, keine Ablassbriefe, auch keine noch so verlockenden Konsumartikel garantieren unser Glück – auch wenn die Werbung das naturgemäß anders sieht. Das Entscheidende hat Gott bereits für uns getan, damals auf Golgatha. Wenn wir darauf vertrauen – und nichts anderes bedeutet „glauben“ im biblischen Sinn –, dann haben alles getan, was uns als Christen abverlangt ist. Vertrauen, mehr nicht!

Doch lässt sich Glaube anderen Menschen verordnen, lässt sich Gnade andemonstrieren? Was mir selbst als Ermutigung gut tut, läuft ins Leere, wenn ich es anderen Menschen, den „Ungläubigen“, als Kampfbegriff um die Ohren haue. Leider war auch in dieser Hinsicht Luther alles andere als zimperlich: Die Juden galten ihm immer als Inbegriff der Selbstgerechtigkeit. Ich fürchte, hier hat der Reformator seine eigene Vergangenheit als Mönch auf andere projiziert, um seine tief sitzenden Selbstzweifel los zu werden. Er selbst war doch das beste Beispiel jenes frommen Übereifers, den er später an den Juden kritisiert. Nicht nur als Reformator, sondern schon als Katholik war der Wittenberger ein 120%iger Christ. Um nun seine früheren Irrtümer abzuschütteln, hängt er sie anderen an. Sein ganzes Leben lang, immer wieder: den Juden.

Heute wissen wir, dass sich Juden mit ihrem Toragehorsam nicht den Himmel verdienen wollen. Sie wollen einfach den Bund halten, in den sie Gott gnadenhalber hineingenommen hat. Wer einmal das jüdische Fest der Torafreude erlebt hat, erahnt etwas von der „Lust am Gesetz“, die der

Psalmist besingt (Ps 1). Schade, dass Luther nur selten Juden begegnet ist in seinem Leben. So blieb er gefangen in dem Jahrhunderte alten Stereotyp vom Judentum als einer verknöcherten Gesetzesreligion.

Die Wiederentdeckung des gnädigen Gottes durch Luther war sicher eine wichtige Korrektur des mittelalterlichen Gottesbildes. Und doch wird man fragen dürfen: Ist die Formulierung von der „Gnade allein“ vielleicht doch eine Überpointierung? Weiß Luther denn nicht, dass Gottes Zuspruch natürlich auch einen Anspruch beinhaltet? Wenn wir ganz vom Tun des Menschen absehen, laufen wir Gefahr, den Glauben zu spiritualisieren. Von Juden, aber auch von Muslimen können wir heute im interreligiösen Gespräch lernen: Religion ist ein „way of life“, eine Angelegenheit für den ganzen Menschen. Auch das verdient Beachtung, wenn sich unser Glaube nicht noch mehr vom Leben entkoppeln soll, als das heute ohnehin schon oft der Fall ist. Auch in dieser Hinsicht ist Luthers Erbe Inspiration und Last zugleich: Inspiration, weil es der modernen Leistungsgesellschaft kritisch den Spiegel vorhält. Last aber, weil es zu einer Vergeistigung des Glaubens und damit zu seiner Verflüchtigung führen kann.

Martin Luther ist gewiss eine der wichtigsten Figuren der Kirchengeschichte. Gerade wir als Protestantische Kirche verdanken ihm viel. Und doch dürfen wir aus Luther keinen Heiligen machen. Protes-

tanten verehren keine Heiligen, sie vertrauen allein dem Wort Gottes.

Mit Luther über Luther hinaus – das ist die Aufgabe die angesichts des bevorstehenden Reformationsjubiläums vor uns liegt. Denn die Geschichte bleibt nicht stehen, unsere Kirche muss sich ständig neu erfinden. Oder mit den Worten Luthers – zum Abgewöhnen noch einmal auf lateinisch: „Ecclesia est semper reformanda.“

Amen.

**Predigt, gehalten am 21.02.2016 in der Friedenskirche in Ludwigshafen-Friesenheim anlässlich einer Ausstellungseröffnung.*

Dr. Stefan Meißner, geboren 1964, ist Pfarrer im Schuldienst in Bad Bergzabern und religionspädagogischer Berater der Evang. Kirche der Pfalz. Als Leiter des Arbeitskreises Kirche und Judentum ist er seit Jahren



Stefan Meißner

im christlich-jüdischen Gespräch aktiv. Nach dem Theologiestudium in Heidelberg Forschungsaufenthalt in New York, Promotion über moderne jüdische Paulusrezeption. Zahlreiche Veröffentlichungen im Bereich der Religionspädagogik und des interreligiösen Dialogs.

Besuch in der Gedenkstätte

Von Theodor Weißenborn

Siehst dich in Dachau. Hörst die Stimme im Verkehrsbüro in München, die dir abriert: da sei nichts zu sehn, ungünstige

Verkehrsverbindung, besser zum Lenbachhaus, Pinakothek empfehlens-, sehenswert. Fuhrst doch nach Dachau, Sommer '78, Obststände allerwegen, die Kirschen kosten heuer das Pfund zweizwanzig, sahst die Ba-

racken, längst erneuert, starrend vor Sauberkeit, drei Bußkapellen, säuberlich getrennt nach Konfessionen, sahst die Verbrennungsöfen, warst umringt von Schülergruppen, lauschtest den Kommentaren der Touristen – und erschrakst zutiefst, da ein Kanadier erklärte: Alles Lüge! Die Öfen habe man erst '45 auftrags der Siegermächte installiert, Bromberger Blutsonntag, auch Dresden nicht vergessen, die Juden selber schuld, ihren Reichtum provokant zur Schau gestellt, mit Dumpingpreisen Volkswirtschaft geschädigt, Schmarotzer, Giftpilze ..., er sprach zu Frau und Kind, sprach englisch, du verstandest kaum die Hälfte und hörtest hinter dir die Stimme eines Sergeants, lachend: „I killed lots of people during last war.“ Und du erzittertest, gingst taumelnd aus dem Krematorium ins Freie, fühltest deine Finger sich zur Faust verkrampfen, dass die Nägel in die Daumenballen schnitten. Zwischen Büschen längs des Wegs stand eine Bank, zwei Ladies, milde lächelnd, alte Damen, nickten freundlich, du setztest dich und hörtest, wie sie sich auf Englisch unterhielten – über Strickmuster. Und du erhobst dich, abermals vertrieben, gingst zurück zum Hauptgebäude – ehemals Kommandantur, Casino und Bordell –, schrittest inmitten Stimmen, die von Wänden hallten, durch die Räume, Folterkammern, lasest Tabellen, Karten, Zahlen, sahst die Bilder aus Auschwitz, Warschau, Majdanek – vor einem Foto standest du sekundenlang erstarrt: es zeigte Teddybären, große, kleine, alte, oft liebkoste mit verrenkten Gliedern, gehäuft, geschichtet wie Gebein, nichts sonst, nur einen Berg von Teddybären. Du sahst sie, fühltest abgeschatbten Flausch an deinen Händen, hörtest ihre Namen, gerufen, oft und oft gehaucht voll Zärtlichkeit, sahst wie durch einen Schleier dunkle Augenknöpfe, fadenscheinige und dünne Wangen, fühltest

die weichen, warmen, kühlen, starren Leiber, umhalst, geküßt, benetzt mit Tränen, gewiegt in dünnen Armen, tröstend getröstet und beweint, ans Herz gedrückt in Not und Liebe, sahst aller Kindheit Leid und Glück so aufgestapelt im Gebeinhaus, wahllos aufgehäuft, entrissen warmen oder kalten Händen, wie Schutt gehäuft des Liebsten Inbegriff, wie Müll – und taumeltest zur Seite, warst umkreist von Wänden, suchtest, ins Knie gezwungen, Halt im Leeren, dann an einer Wand, da es aufbrach in dir, aus deines Herzens Mitte, dir die Glieder schüttelte, dein Haupt verneinend schleuderte nach rechts und links, vergaßest die Umgebung, bargst dein Antlitz in den Händen, decktest dein Haupt mit Armen, knietest erstickten Schreis und bebtest, war die Mauer vor dir Klagemauer, war Jerusalem, war Auschwitz, Dachau, Buchenwald, Majdanek, war Theresienstadt ...

Dachau nicht sehenswert, killed lots of people, die Kirschen kosten heuer das Pfund zweizwanzig.

Ach, aller Kindheit Schmerzen, Qual der Menschen, vergessen, doch vorhanden, nie zu tilgen, nie, verdrängt, verpackt, verschnürt, versiegelt, eingeschlossen, so unauslöschlich wahr und wirklich, wirksam bewirkend neues Unheil fort und fort, verschwiegen, nie bewältigt, unerhörten, unerlösten Schreis gelallt, gestammelt, erstickt in Kissen, Puppen anvertraut, Madonnen, Kreuzen, heiligen Gebeinen, gesüht von Schuldlosen, beweint, geflüstert im Gehäus, dass Not gewendet, Schmerz gestillt, ein Ohr, zu hören, wäre, einmal der Stein erweichte, Wasser spränge, zu lindern alle Qual, so ohne Macht ins Schweigen sich verschließend, flehend doch um Erlösung, eingeritzt in Wände, mit Blut geschrieben auf Beton, aufs Blech getrommelt, eingebissen ins zerknüllte Lagen, ins Bett gekotet, ejakuliert im Augenblick des Todes

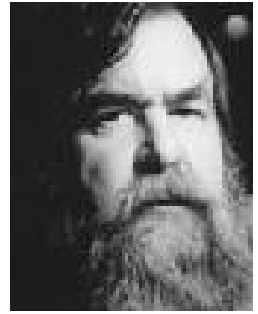
durch Erdrosselung, gewürgt von Schrauben, erbrochen und gegessen in der Folter, und allen Lebens Hoffnung so zernichtet wie des Liebsten Schreie in der Zelle nebenan, im Angesicht des Kreuzes,

Eli, Eli!

Die Kirschen kosten heuer das Pfund zweizwanzig.

Theodor Weißenborn ist Mitglied des Verbands Deutscher Schriftsteller und des PEN-Zentrums

Deutschland. Er ist Verfasser von sozialkritischen Erzählungen und Hörspielen, ist Lyriker, Essayist und Satiriker. Seine Texte wurden in 26 Sprachen übersetzt. Er bekam zahlreiche Auszeichnungen.



Theodor Weißenborn

Zum neuen Roman „Der Überläufer“ von Siegfried Lenz + sowie zu einigen damit zusammenhängenden Ungereimtheiten

Doch noch ein Bestseller?

Von Helmut Donat

Überraschend brachte der Verlag Hoffmann und Campe Ende Februar 2016 den Roman „Der Überläufer“ des 2014 verstorbenen Siegfried Lenz heraus. Die Startauflage von 50 000 Exemplaren und die Vorankündigung mit einer dpa-Meldung deuten auf den Versuch hin, aus dem Buch einen Bestseller zu machen. Lenz hat mit dem Schreiben des Romans im März 1951 begonnen. Schon Ende des Sommers lag die erste Fassung als Typoskript vor, doch dann geriet es unter die Räder – aus politischen Gründen. Otto Görner, einer der Gutachter und Lektoren bei Hoffmann und Campe und zunächst Feuer und Flamme, riet nach der ersten Lektüre zu Änderungen, „das Technische und Handwerkliche“ angehend.

Nach der Wiedervorlage des Manuskriptes im Januar 1952 hatte sich der Wind gedreht und Görner verlangte von Lenz, sein Werk umzuarbeiten und hielt ihm zudem vor, ein solches Buch „hätte 1946 erscheinen können. Heute will es bekanntlich keiner gewesen sein.“ Zudem würde Lenz

sich mit einer Veröffentlichung nur selbst „maßlos schaden, da helfen Ihnen auch Ihre guten Beziehungen zu Presse und Funk nicht.“ Schließlich die Drohung: „Erwägen Sie nicht, etwa eine wütende Geste zu machen und ein neues Buch schreiben zu wollen.“ Da der seinerzeit noch wenig bekannte Autor nicht zu substantiellen Änderungen und einer Verwässerung der Überläufer-Problematik bereit war, lehnte der Verlag das Erscheinen der Publikation ab. Lenz akzeptierte den Nichtdruck bzw. nahm ihn mit nobler Geste hin – und der Roman verschwand in der Versenkung. Was aber haftete dem Roman so Schlimmes an, dass es 65 Jahre gedauert hat, bis er – vom selben Verlag! – endlich veröffentlicht wird?

Im zweiten Teil des Romans geht es um zwei deutsche Wehrmachtssoldaten, die im Sommer 1944 an der in Auflösung begriffenen Ostfront in die Hände von russischen Partisanen fallen und sich deren Kampf gegen die deutschen Eindringlinge anschließen. Zunächst nicht ganz freiwillig, ansonsten droht ihnen, am nächsten Mor-

gen am Bahndamm erschossen zu werden. Doch mehr und mehr betrachten sich die beiden als überzeugt, bei den Partisanen das Richtige zu tun. Wolfgang alias „Milchbrötchen“, ein blasser, schwächlicher, eher zum Nachdenken neigender und moralisch argumentierender Soldat, überzeugt schließlich auch Walter Proska, den „Held“ der Geschichte, sich ganz auf die andere Seite zu schlagen. Er vollzieht den Schritt, als Deutscher gegen Deutsche zu kämpfen, früher als sein Weggefährte Proska. Mit anderen Worten: Lenz' Protagonist desertiert nicht eigentlich, doch drängt es sich ihm als notwendig auf, aus freien Stücken gegen die „Klicke“, gemeint ist Hitler und dessen Führungsriege, die Waffe in die Hand zu nehmen. Mit anderen Worten: der „Herrenmensch“ verbrüdet sich – im deutschnationalen bzw. Nazi-Jargon – mit jenem „Abschaum“, der alles tut, um die Welt vor den Faschisten zu retten. Das alles war 1951/52, im Unterschied zu 1946 – nicht mehr gefragt und zudem noch „schädlich“, so die Behauptung im Hause Hoffmann und Campe. War das wirklich so?

Zweifellos warf der „Kalte Krieg“ mehr als nur seine Schatten voraus. Doch es gab in der Bundesrepublik zu Beginn der 1950er Jahre noch eine große Mehrheit, die mit der von Adenauer auf den Schild gehobenen Wiederbewaffnung nicht einverstanden war, ablesbar an der Rede des Bundeskanzlers, die er am 28. November 1950 in Berlin gehalten hat und in der er dem Erfinder des Wortes Remilitarisierung „lebenslängliches Zuchthaus“ wünschte. Zu berücksichtigen ist des Weiteren, dass das von Bastian Müller 1947 veröffentlichte, stark autobiografisch geprägte Werk „Hinter Gottes Rücken“ mit vier Auflagen der erfolgreichste Roman der ersten Nachkriegsjahre überhaupt gewesen ist (Neudruck 2014 im Donat Verlag). In ihm schil-

dert Müller, wie es ihm bzw. seinem Protagonisten Wilhelm gelungen ist, den Zweiten Weltkrieg zu überstehen, ohne jemals, auch als Soldat nicht, eine Waffe gegen einen anderen Menschen zu richten oder zu töten.

Mag sein, dass Lenz' Partisanen-Roman Schiffbruch erlitten hätte. Aber es spricht auch viel dafür, dass er von heftigen, massenwirksamen Diskussionen begleitet worden wäre. So hat selbst die trivialisierende, zum Teil ins Anekdotische, Derbe und Unpolitische abrutschende Roman-Trilogie „08/15“ von Hans Helmut Kirst 1954 zu heftigen Kontroversen geführt. Und obwohl Franz-Josef Strauß, damals Bundesminister für Sonderaufgaben, zum Boykott des Buches aufrief und viele Buchhandlungen dem folgten, wurde die Trilogie zum Bestseller und noch im selben Jahr verfilmt. Nicht auszudenken, was der Roman von Lenz bewirkt hätte. Doch Hoffmann und Campe wollte nicht anecken und ließ den Autor im Stich. Von Courage und Entschlossenheit, gegen den Strom und Regierungskurs zu schwimmen, keine Spur.

Und heute? Nachdem es in Deutschland einen grundlegenden Wandel der Mentalität zugunsten von Deserteuren oder „Wehrkraftzersetzer“ gegeben hat, die dem blutigen und mörderischen Wahnsinn die Gefolgschaft verweigerten, sucht der Verlag von der neuen Lage und dem Fortschritt, den er vor 65 Jahren behindert hat, zu profitieren.

Dazu passt, dass Günter Berg, vormalig Lektor bei Hoffmann und Campe und nunmehr Vorsitzender der Siegfried-Lenz-Stiftung, in seinem Nachwort mit keiner Silbe auf den politischen und gesellschaftlichen Hintergrund eingeht, in dem Lenz' Roman unterdrückt worden ist.

Nicht einmal findet Erwähnung, dass der promovierte Germanist Otto Görner,

Schüler des Nazi-Volkskundlers André Jolle und Mitglied der SS, dem NS-Regime willfährig gedient hat, so seit Ende 1937 als hauptamtlicher Referent für das gesamte Gebiet der Volkskunde im nationalsozialistischen „Heimatwerk Sachsen“ in Dresden. Da sorgt also ein ehemaliger Vertreter der Waffen-SS im Hoffmann und Campe Verlag federführend dafür, den Antikriegsroman eines deutschen Autors und Deserteurs zur Strecke zu bringen – und Günter Berg geht darüber hinweg? Wer sucht hier, wen oder was zu schützen und den Mantel des Schweigens über einen handfesten Skandal auszubreiten, über deren Aufklärung die deutsche Öffentlichkeit und nicht zuletzt Siegfried Lenz selbst einen Anspruch haben?

Doch das ist noch nicht alles. So sucht man in Bergs Darlegungen nach einem Hinweis auf Wilhelm Lehmanns Roman „Der Überläufer“ vergeblich, obwohl dieser haargenau denselben Titel trägt wie der von Siegfried Lenz, was Berg seit langem wissen konnte. Mehr noch. Die beiden Schriftsteller kannten sich gut und hegten große Sympathie füreinander. Zweifellos hat auch Lenz den vor allem als Lyriker bekannt gewordenen Lehmann, der in den 1950er Jahren als Antipode Gottfried Benns galt, sehr geschätzt. 1882 geboren, in Wandsbek bei Hamburg aufgewachsen und 1905 zum Dr. phil. promoviert, unterrichtete Lehmann 1912-1917 als Lehrer an reformpädagogischen Schulen sowie 1923-1947 am Gymnasium in Eckernförde, wo er bis zu seinem Tod im Jahre 1968 lebte. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg machte er mit Erzählungen, später mit Romanen auf sich aufmerksam. Gemeinsam mit Robert Musil erhielt Lehmann 1923 aus der Hand von Alfred Döblin den Kleist-Preis. Zwischen 1927 und 1932 veröffentlichte er sein „Bukolisches Tagebuch“, welches an das Nature

Writing der angelsächsischen Literatur anschließt. Ab 1930 publizierte er ein reiches lyrisches Werk, das ihn, so der Literaturwissenschaftler Wolfgang Menzel, zum bedeutendsten Vertreter der „naturmagischen Schule“ machte und starken Einfluss auf die jüngere Lyriker-Generation wie Günter Eich, Elisabeth Langgässer und Karl Krolow ausübte. Obwohl selbst ein Zeitgenosse wie Siegfried Lenz von Lehmanns Werk und Haltung beeindruckt war, geriet letzterer in den 1970er und 1980er Jahren in Vergessenheit.

Seit etwa zehn Jahren wird es durch die Wilhelm-Lehmann-Gesellschaft in Eckernförde wiederbelebt, u.a. mit dem Wilhelm-Lehmann-Preis für Lyrik und Essayistik. Preisträger waren bisher: Jan Wagner, Nico Bleutge, Ann Cotten und Stefan Wackwitz. Das Gesamtwerk von Wilhelm Lehmann ist in acht Bänden im Verlag Klett-Cotta erschienen.

Lehmanns Roman „Der Überläufer“, 1925-1927 entstanden, erzählt die Geschichte eines deutschen Deserteurs aus dem Ersten Weltkrieg. Das Manuskript konnte erst 1962 gedruckt werden. Über das Buch sagte der israelische Publizist Emanuel bin Gorion: „Ich kenne, aus der Literatur, keinen radikaleren Gegner des Krieges und des Kriegsterrors als Wilhelm Lehmann im ‚Überläufer‘.“ In der Tat ist Lehmanns Schilderung einzigartig. Es gibt keine vergleichbare Darstellung, die im deutschen Sprachraum einem Deserteur-Schicksal des Ersten Weltkriegs gewidmet ist. Gleiches gilt für den „Überläufer“- bzw. „Partisanen“-Roman von Lenz, der allerdings im Zweiten Weltkrieg spielt und nicht nur vom Erzählduktus Lehmanns stark abweicht. Inwieweit Lenz sich an einer realistischen Vorlage orientierte, ist bislang nicht bekannt. Doch wie Lehmann desertierte auch Lenz gegen Ende des Krieges. Beide gerieten je-

weils in englische Kriegsgefangenschaft, der eine 1918, der andere 1945.

Anders als Lenz greift Lehmann auf seine Tagebuchaufzeichnungen zurück. Er berichtet von seiner militärischen Ausbildung, den Kämpfen an der Front, seiner Haltung zum Krieg, von der Desertion und seinen Erlebnissen in der Gefangenschaft. Mit seiner klaren pazifistischen Haltung und unbestechlich nüchternen und zugleich poetischen Sprache nimmt sein Roman eine herausragende Stellung in der Kriegsliteratur ein. „Das Unvereinbare, Grauen und fast Normale“ – so Günter Kunert in seinem Geleitwort „Der Deserteur“ zu dem im Donat Verlag 2014 erschienenen Roman „Der Überläufer“ von Wilhelm Lehmann – „drängt sich dem aufmerksamen Beobachter wie selbstverständlich auf.“ Und: „Als ein Leser mit einiger Erfahrung kann ich Lehmann nur bestätigen.“ Ähnlich dürfte Lenz geurteilt haben. Wie Heinrich Böll, Günther Grass und auch Lehmann stand er der deutschen Nachkriegsentwicklung und Behandlung des Holocausts durch die deutsche Politik und Geschichtsschreibung kritisch gegenüber. Die neue Ostpolitik von Willy Brandt fand in ihm einen engagierten Befürworter. Als man ihm in den 1970er Jahren das Bundesverdienstkreuz verleihen wollte, lehnte er die „Ehrung“ mit dem Bemerkten ab, Bürger einer Hansestadt zu sein, die sich mit Orden nicht schmücke. Der wahre Grund jedoch war – wie Grass in den Lübecker Nachrichten vom 8. Oktober 2014 versicherte –, dass viele ehemalige Nazis den Orden erhalten hatten. Stattdessen nahm Lenz im Oktober 2011 die Ehrenbürgerschaft seiner inzwischen polnisch gewordenen Geburtsstadt an.

Auch Lehmann fand – wie Lenz – für seinen „Überläufer“ keinen Verlag, was offenbar an der sehr breit geschilderten er-

eignisarmen Nachkriegshandlung lag. Döblin schlug daher umfangreiche Kürzungen vor, wofür Lehmann sich aber nicht erwärmen konnte. Die 2014 von Wolfgang Menzel edierte Auswahl beherzigte den Rat Döblins und beschränkt sich daher auf die Teile „Krieg“ und „Gefangenschaft“ in der Fassung von 1927. Die Botschaft lautet – wie bei Lenz: „Krieg ist etwas, das nicht mehr sein darf!“

Beider Desertion und deren literarische Verarbeitung gehören zu den wenigen Ausnahmen. Viele mögen im Schlamm und in den Unterständen, neben sich die zerfetzten Leiber ihrer Kameraden, mit dem Gedanken gespielt haben, aber die persönliche Konsequenz, sich dem Völkermorden zu entziehen, sich davor zu bewahren, andere zu töten oder selbst draufzugehen, haben nur Wenige gezogen. Dazu gehörte nicht nur Mut, denn wer das tat, begab sich nicht nur in Gefahr; er verließ nicht einfach seinen Graben, sondern er wandte sich auch dagegen, seinem „Vaterland“ weiter zu dienen. Und das war mehr als nur ein Schritt von dem einen zum anderen Frontabschnitt. Er brach damit die Verbindung zu seinem Heimatland zunächst vollends ab, ohne zu wissen, was die Zukunft für ihn bereithalten würde. Es war ein Weg ins Ungewisse. Wer desertierte oder die Partisanen unterstützte, darf mit Fug und Recht als vorbildhaft bezeichnet werden, zumal das Kaiserreich wie das Dritte Reich keinen Verteidigungs-, sondern einen Eroberungskrieg führten. Lehmann wie Lenz hatten den Krieg satt, hassten ihn und waren sich zu schade, als Kanonenfutter verheizt zu werden.

Es mutet mehr als merkwürdig an, dass all diese Dinge in dem Nachwort von Berg verschwiegen werden und er um Lehmann einen großen Bogen macht. Sollte damit eine wie immer geartete Originalität des „Über-

läufers“ von Lenz unangetastet bleiben? Es wäre ein mehr als schlechtes Argument und sicher nicht im Sinne von Lenz. Denn beide Autoren und Werke können nebeneinander bestehen. Sie sind ein eindrucksvolles Zeichen dafür, wie selbst in mörderischen und verbrecherischen Zeiten Literatur imstande ist, das Leben zu bewahren und die Menschlichkeit in eine neue Zeit hinüberzuretten.

Wie sehr Siegfried Lenz seinen älteren Kollegen geschätzt hat, dafür legt Lehmanns letztes Gedicht vom 4. Oktober 1968 ein beredtes Zeugnis ab:

Letzte Tage

*Ausgelaufen ist der Krug.
Erde spricht, es ist genug.*

*Chrysanthemen hat ein Freund vors Bett gestellt,
Lockenhäupter, Würzgeruch der Welt.*

*Ehe meine Finger kalten,
Fühlen sie die Lust, die Stengel festzuhalten.*

*Halt ich so das letzte Stück der Zeit noch aus,
Bringt das große Qualenlose mich nach
Haus.*

Der Freund, der die Chrysanthemen vor Lehmanns Krankenbett gestellt hat, war Siegfried Lenz.

*Helmut Donat,
geb. 1947, lebt und
arbeitet in Bremen
als Verleger, Histori-
ker und freier Autor.
Er hat den Arbeits-
kreis Historische
Friedensforschung
mitbegründet und
zahlreiche Veröf-
fentlichungen zu
Pazifismus und Mili-*



Helmut Donat

*tarismus sowie zu geschichtspolitischen Kon-
troversen deutscher Geschichte
herausgebracht. Für sein verlegerisches und
publizistisches Engagement wurde er u.a. mit
dem Carl von Ossietzky-Preis der Stadt Olden-
burg ausgezeichnet.*

15 Jahre „Krieg gegen Terrorismus“. Bilanz: Verheerend!

Von Elmar Klink

Am 7. Oktober dieses Jahres jährt sich zum 15. Mal das denkwürdige Datum, an dem die USA in Vergeltung der terroristischen „Luftangriffe“ auf New York vom 11.9.2001 ihrerseits damit begannen, mit Luftangriffen gegen das Al-Qaida-Netzwerk Osama Bin Ladens in Afghanistan einen global angelegten „Krieg gegen den Terrorismus“ vom Zaun zu brechen. Damals sprach der

US-Kriegsherr George W. Bush davon, dass es ein langwieriger Krieg werden wird, und er brüstete sich mit der trügerischen Prognose, dass am Ende die USA und die ganze „freie Welt“ daraus als „Sieger“ hervorgehen werden.

Im Zuge der ersten Luftangriffe mobilisierten die USA zusammen mit „willigen“ Verbündeten binnen weniger Monate eine riesige Streitmacht von fast 1 Mio. Soldaten samt schwerstem Kriegsgerät zu Luft, Land und Wasser nach Afghanistan,

in den Irak, ins Mittelmeer und den persischen Golf, um letztlich einen „unsichtbaren“ terroristischen Gegner und seine vermeintlichen sichtbaren Helfer wie den irakischen Diktator Saddam Hussein und die afghanischen radikal islamischen Taliban zu treffen und vernichten. Die Taliban-Milizen sind noch immer als asymmetrische Kriegspartei maßgeblich aktiv in Afghanistan, wenn auch noch nicht wieder herrschende Macht im Land, und der Irak ist ein durch zwei US-Weltordnungs- und sich daran anschließende Bürgerkriege infrastrukturell weithin zerstörter, völlig destabilisierter, unter verschiedenen Kriegsparteien geteilter Reststaat. Saddam Hussein wurde schließlich 2003 auf der Flucht von US-Besatzungstruppen gefangen genommen und einem Farce haften irakischen Gerichtsverfahren unter US-Kontrolle überstellt, in dem er 2006 zum Tode durch Erhängen verurteilt und hingerichtet wurde. 2011 tötete ein US-Elitekommando auf Anordnung Barack Husseins Obamas den verhassten radikalen Islamistenführer Bin Laden in seinem festungsähnlichen Domizil in Pakistan, wohin er und sein Familienanhang sich zurückgezogen hatten. Eine durch keinerlei internationales Recht gedeckte staatliche Mordaktion auch gegen unmittelbare Angehörige. Weitere Mordanschläge auf radikal islamistische Anführer folgten mit bewaffneten Drohnen aus der Luft. Die arabisch-islamische Welt wurde dadurch weder befriedeter noch stabiler, ganz im Gegenteil. Solche Aktionen schüren nur noch Gedanken und Pläne Gleichgesinnter nach Rache und Vergeltung.

Der riesige Länderbogen, vom nordafrikanischen Maghreb über Ägypten, Syrien, Türkei, Irak bis nach Afghanistan und zur labilen Atommacht Pakistan, ist inzwischen die am meisten von Konflikten,

Kriegen und Bürgerkriegen heimgesuchte, zusammenhängende Region der Erde mit Hunderttausenden vor allem zivilen Toten und hunderten Millionen davon mehr oder weniger existenziell betroffenen Menschen, von denen ein nicht unbeachtlicher Millionen-Anteil mittlerweile auf der kollektiven Flucht Richtung Norden ins Zentrum Europas ist. Haben die Kriege und Konflikte Europa nicht direkt erreicht, so schaffen das inzwischen ihre unmittelbaren Auswirkungen in Gestalt der seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs beispiellosesten Fluchtbewegungen aus Nah-/Mittelost und Nordafrika über Tausende von Kilometern. Europa droht unter den Anforderungen und der Last der damit verbundenen humanitären Probleme an einer Art Zerreiß- bzw. Zerfallspunkt anzukommen, der seine in Wirklichkeit sehr instabile politische Einheit offen zu Tage fördert und nationale Regierungen vor jeweils kaum noch lösbar scheinende administrative, finanzielle und materielle Aufgaben stellt. Große Länder wie Großbritannien, Frankreich und bedingt auch Deutschland wurden in den 15 Jahren in die kriegerischen Eskalationen im nordafrikanisch-vorderasiatischen Krisengürtel militärisch verwickelt oder ließen sich wie die BRD mit hineinziehen (Verteidigung der Freiheit am Hindukusch). Zuletzt mit einem deutschen Militärkontingent von 1.200 SoldatInnen sowie maritimem Kriegsgerät und Tornado-Aufklärungsjets im Syrienkrieg. In Afghanistan trainieren deutsche Offiziere und Offizierinnen nationale Polizei- und Armeeteile in Sicherheitsfragen und im Kriegsführen. Kurdische Peshmerga-Kämpfer im Nordirak erhalten von deutschen Militärs neben logistischer und Waffenausbildung Militärgerät und leichte Waffen für ihren Krieg gegen den IS. Dabei wird zwischen „guten“

und „schlechten“ kurdischen Verbündeten unterschieden. Das Verbot, keine Rüstungsgüter in Krisen- und Kriegsgebiete zu exportieren, wird dabei einfach willkürlich staatlich ignoriert. Seit der Beteiligung mit zeitweise über 5.000 SoldatInnen und Eliteeinheiten im Afghanistankrieg der USA, ist Deutschland im Antiterrorkrieg von Beginn an Kriegspartei. Auch wenn wir es im eigenen Land nicht direkt bzw. „nur“ an den jetzt in Massen ankommenden Flüchtlingen merken: wir sind als Land im Krieg mit anderen und können potenziell auch jederzeit zu deren Zielscheibe werden, wie nicht zuletzt der vermutlich islamistisch motivierte Terroranschlag in Istanbul im Januar d. J. gegen deutsche Touristen mit zehn Toten und mehreren Schwerverletzten beweist. Die im Januar im Bericht des SPD-Wehrbeauftragten Bartels offen gelegten Mängel der Bundeswehr bei der Beschaffung vor allem im Bereich des Heeres (nur noch etwa zu 70 % einsatzfähig) und des kämpfenden Personals (8.000 SoldatInnen zu wenig), hat fast gleichzeitig, als hätte sie nur darauf gewartet, die Verteidigungsministerin auf den Plan gerufen, um mit einer angekündigten gigantischen Summe von 130 Mrd. Euro in den nächsten 15 Jahren zur Aus- und Aufrüstung der Armee hervorzutreten. Das würde, rechnet man etwa die Hälfte dieser Summe als ohnehin vorgesehene Verteidigungsausgaben mit ein, ungefähr einer jährlichen Steigerung des jetzigen Militäretats (34,4 Mrd.) um mehr als 4 Mrd. Euro entsprechen. Man darf vorsichtig und zurückhaltend mutmaßen, dass, auf mittlere bis längere Sicht gesehen, auch nur ein gewisser Zehntel- oder Fünftel-Prozentsatz dieser Summe ausreichen würde, das wirklich auf friedlich-zivilem Entwicklungs- und Konfliktlösungsweg zu erreichen, was sich die Verantwortlichen

davon im militärischen Sinn versprechen. Militär im Kriegseinsatz, das wissen wir inzwischen, kann mit Waffen konstruktiv keinen Frieden schaffen. Wer den Frieden will, muss ihn – wie es die Parole der Friedensbewegung der 1980er Jahre schon meinte – ohne Waffen schaffen, den Frieden mit Mitteln des Friedens (Verhandlung, Verständigung, Ausgleich, Aussöhnung) vorbereiten, nicht der Gewalt und des Krieges. Eigentlich eine einfache Binsenweisheit gerade im privaten Leben jedes Menschen. Dafür müssten die politisch Verantwortlichen eine Friedens-, keine weitere Kriegsdividende ins Auge fassen. Tun sie letzteres, sind sie auch gleich mitverantwortlich für das Scheitern in Zukunft immer neuer militärischer Einsätze, die nichts als große Scherbenhaufen hinterlassen und neue gefährliche Krisenherde erzeugen. Der Islamkenner und Publizist Michael Lüders hat die Folgen solchen Tuns eindrucksvoll beschrieben und die Ursachen angeprangert in seinem Buch „Wer den Wind sät. Was westliche Politik im Orient anrichtet“ (München 2016, 17. Aufl.). Hierzulande ist die Partei Die Linke die einzige schwache politische Kraft, die sich diese Einsicht wirklich konsequent zu eigen macht und sie aktiv parlamentarisch in der Opposition vertritt. Bei den Grünen mag es noch gewisse am Frieden orientierte minderheitliche Teile geben, aber diese Partei hat schon längst keine/n friedenspolitische/n Sprecher/in und außer realpolitischen keine visionären Vorstellungen mehr. Ähnliches gilt noch weit eingeschränkter für die SPD. Es gibt in diesem Land absehbar offenbar keine reale Chance für eine parlamentarische Friedenskoalition, die in diesen Zeiten so dringend nötig wäre. Nicht, solange sich die SPD einer Koalition zusammen mit den Grünen und der Linken gegen rechts

widersetzt und lieber gemeinsame Sache mit der CDU/CSU macht, die teilweise einer Rechtsentwicklung noch Vorschub leistet, um offenbar eine Große Koalition zur in Reformdingen lähmenden Dauer-einrichtung werden zu lassen. Das aber kommt kaum der Demokratie zugute, wie das gegenwärtige alarmierende Erstarken (letzter ARD-DeutschlandTrend: 12 %!) einer Partei wie der AfD beweist, ohne Konzept und Plan außer dem der populistischen Demagogie.

In einem beachtenswerten Beitrag unter dem Titel „Verhandeln? Vernichten? Austrocknen? Wie umgehen mit dem selbsternannten ‘Islamischen Staat’?“* hat sich der Friedensaktive und UN-Korrespondent Andreas Zumach zu diesen Fragen im Detail kritisch geäußert. Ein Text, den man gerne allen daran Interessierten zur Lektüre empfehlen möchte. Denn es scheint derzeit einer der zentralen Kernpunkte zu sein, wie ein gewiss nicht einfacher Weg gefunden werden kann, sich zu dem Phänomen „IS“ in einem Frieden fördernden und erzeugenden Sinn zu verhalten, der mehr wäre als nur Eindämmung und Bekämpfung. Von der Schwierigkeit, worüber mit dem alles wie eine Art Schwarzes Loch eliminierenden IS zu verhandeln wäre, der selbst keine Forderungen erhebt, sondern strikt sein absurdes Kalifatsziel mit allen brachialen Mitteln im Auge hat und verfolgt, bis zur Forderung nach Entsendung einer „robusten“ Blauhelmtruppe nach Syrien und der Schaffung von positiven existenziellen Lebensperspektiven für die Menschen in Syrien, beinhalten Zumachs Überlegungen bedenkenswerte Ansätze, in diesem scheinbar bodenlosen Konflikt und Bürgerkrieg wieder ersten zivilen Boden unter die Füße zu bekommen. Der gerade erst im November 2015 in Wien beschlossene

Fahrplan für beginnende Friedenskonsultationen unter der syrischen Opposition und die gegenwärtige Syrienkonferenz in Genf geben zu solchen Überlegungen erstmals geringen, aber dennoch begründeten Anlass. Vorausgesetzt ein Waffenstillstand und der Abzug aller ausländischer Kriegsakteure können erreicht werden; vorausgesetzt das Regime Assad sieht ein, dass sein Ende unwiderruflich gekommen ist. Denn nur wenn Krieg aufhört, die scheiternde Fortsetzung einer bereits gescheiterten Politik mit anderen Mitteln zu sein, wird es vielleicht eine Perspektive geben, den unseligen Krieg gegen den Terrorismus eines nicht fernen Tages zu beenden.

*Abgedruckt auch in: PAXPOST. Der Pax Christi-Informationsdienst in den Bistümern Osnabrück und Hamburg, Heft 1/16, S. 8-12 (www.os-hh.paxchristi.de; eMail: os-hh@paxchristi.de)

Bremen, 5.2.2016

Elmar Klink, Jg. 1953; Kriegsdienstverweigerung 1971; Zivildienst

1976/77 im Sozialen Friedensdienst (SFD); Studium der Sozialarbeit und Sozialwissenschaften; verschiedene Erwerbstätigkeiten als Drucker und Bil-

dingsreferent; bis Ende 2008 Verwaltungs- und Beratungstätigkeit bei der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer (EAK); aktiv in gewaltfreien Aktionsgruppen und in der Friedensbewegung; Mitarbeit im Redaktionsbeirat von CuS.



Elmar Klink

Geschlechtergerechtigkeit: Frauenrechte sind Menschenrechte Teil II*

Von Helga E. Hörz

3. Menschenrechtsverletzungen (Fallbeispiele)

In der Programmatik von Peking werden als existierende Fehlleistungen für die Durchsetzung von Frauenrechten als Menschenrechte folgende Tatbestände dargestellt, die auch heute noch existieren: Der Grundsatz der Gleichberechtigung von Frau und Mann ist in fast allen Verfassungen der Welt enthalten (außer in USA). Damit ist er aber noch lange nicht in die gesamte Rechtsordnung der jeweiligen Länder eingegangen. In manchen Ländern gibt es zum Beispiel kein Arbeitsrecht, das gleichen Lohn für gleiche Arbeit verlangt, kein Zivilrecht, das es den Frauen erlaubt, Eigentum zu erwerben, Kredite aufzunehmen, eigene Bankkonten zu haben, kein Familienrecht, das Zwangsehen verbietet und ihnen gleiche Erziehungsrechte, gleiches Recht auf Ehescheidung, Recht auf Verhütungsmitteln oder ein Recht auf Schwangerschaftsabbruch gewährt; kein Strafrecht, das Frauen vor Vergewaltigungen und anderer Gewaltanwendung schützt. Selbst wenn es solche Gesetze gibt, ist ihre Realisierung und Kontrolle damit noch nicht gewährleistet.

Oft sind Frauen in niedrigen Lohngruppen beschäftigt, was niedrige Renten nach sich zieht und Altersarmut vorprogrammiert. In vielen Ländern produzieren Frauen, besonders in Asien, Afrika und Lateinamerika, die Hälfte des Nahrungsaufkommens, aber die meisten von ihnen besitzen kein Land. Nehmen wir dazu ein aktuelles Beispiel. Am

9. Oktober 2015 veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung einen Beitrag mit dem Titel „Frauen hungern öfter.“ Danach leiden zwei Milliarden Menschen unter Mangelernährung, 70 Prozent davon sind weiblich. Ursachen für die Mangelernährung von Frauen sind fehlender Landbesitz, aber auch die Beschäftigung von Frauen in informellen Arbeitsverhältnissen in der Landwirtschaft. „Weltweit befinden sich nach Angaben der UN-Landwirtschaftsorganisation (FAO) nur 20 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen in Frauenbesitz. Nicht einmal zehn Prozent sind es in Nord-, West- und Zentralafrika sowie in Indonesien, Nepal und Bangladesch.“ (Timmler 2015) Zur Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit für Frauen verweist die Autorin auf die 1995 auf der UN-Weltkonferenz in Peking beschlossene Überwindung der Diskriminierung von Frauen als eigenständiges Entwicklungsziel. Das wurde auf dem UN-Welternährungsgipfel in Rom 1996 übertragen auf das „Recht auf Nahrung.“

In der Milleniumserklärung der UN-Vollversammlung wird eindeutig formuliert, dass ohne die aktive Einbeziehung der Frauen in die Entwicklung aller Staaten ein Fortschritt nicht möglich ist. Weiter heißt es: „Die Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Männern und Frauen muss gewährleistet sein.“ (Milleniums-Erklärung 2000, S.7)

Als Milleniumsziele werden benannt: extreme Armut und Hunger um die Hälfte reduzieren; Grundschulausbildung für alle sichern; Geschlechtergleichstellung und Empowerment von Frauen fördern: Säuglingssterblichkeit überwinden; die Gesundheit der Mütter verbessern; HIV/Aids, Malaria u.a. Krankheiten bekämpfen; die Umwelt nach-

haltig schützen. Doch dafür ist noch viel zu tun. Den Millenniumszielen folgte die Agenda 2030 der UN-Vollversammlung mit dem konkreten Ziel der Beseitigung von Hunger in der Welt. Danach soll bis 2030 kein Mensch auf der Erde mehr an Hunger leiden. Aktuell sind es noch 702 Millionen.

Zu den patriarchalischen Fehlleistungen gehört auch nach wie vor, dass selbst in entwickelten Gesellschaften an Frauen andere Leistungsmaßstäbe als an Männern angelegt werden und weniger Lohn bei gleichwertiger Arbeit gezahlt wird. Helfen Frauenquoten dabei? Sicher nur begrenzt. Wenn nicht die gleiche Bildung, von der Vorschulerziehung über die Grund- und Realschulausbildung oder das Gymnasium bis hin zur akademischen Ausbildung und der beruflichen Weiterbildung erfolgt, dann ist m.E. ein nachhaltiger Erfolg durch Quotenregelung fraglich. Zusätzlich hat in Deutschland die massive Ausweitung von Teilzeit- und Niedriglohnbeschäftigung eine neue Abhängigkeit der Frau vom Mann hervorgebracht. Der weltweite Frauenhandel wächst ebenfalls. In vielen Ländern der Welt können Frauen nicht über die Anzahl der Kinder entscheiden, die sie zur Welt bringen wollen. Tradition veranlasst sie zu frühen Eheschließungen, zu entsprechend frühen Geburten, was zu weniger Chancen in der Bildung und Berufswahl und Arbeitstätigkeit und folglich zur ökonomischen Abhängigkeit vom Mann führt.

In der 49. Sitzung 2005 der Kommission „Zum Status der Frau“ forderte der damalige Generalsekretär der UNO Kofi Annan, dass man sich verstärkt den neu herangereiften Problemen nach der Peking-Konferenz stellen müsse. Er nannte die wachsende Militarisierung der Gesellschaft, die Zunahme von Fundamentalismen und die Auswirkungen globalisierter Wirtschaftspolitik auf die Lage von Frauen und warnte vor der Feminisierung der Armut. 2009 wurde zum

ersten Mal der 20. Februar als „Welttag der sozialen Gerechtigkeit“ begangen, beschlossen von der UN-Vollversammlung.

Was ist also zu tun?

4. Gender-Mainstreaming als Aufgabe

Vor allem sind die mit wenigen Fallbeispielen belegten Verletzungen von Frauenrechten als Menschenrechten zu beseitigen, wenn soziale Gerechtigkeit durchgesetzt werden soll. Deshalb wurde schon in Peking auf der Weltfrauenkonferenz „Gender Mainstreaming“ gefordert. Das zieht sich nun als Leitfaden durch alle UNO-Dokumente, in denen Frauenrechte als Menschenrechte Ausdruck sozialer Gerechtigkeit sind. Es bleibt eine wichtige Aufgabe. Es ist die Antwort auf die Frage: Wie weiter? „Gender Mainstreaming“ ist auf allen Gebieten durchzusetzen. Alle der UNO angehörigen Staaten sind verpflichtet, in Gesetzgebung und gesellschaftlicher Praxis Geschlechtergerechtigkeit zu verwirklichen.

Auch in Deutschland hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Gender Mainstreaming“ als Aufgabe für alle Institutionen, Bereiche vorgegeben. Dazu wird festgestellt: „Geschlechtergerechtigkeit bedeutet, bei allen gesellschaftlichen und politischen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern zu berücksichtigen. Dieses Vorgehen, für das sich international der Begriff „Gender Mainstreaming“ etabliert hat, basiert auf der Erkenntnis, dass es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt, und Männer und Frauen in sehr unterschiedlicher Weise von politischen und administrativen Entscheidungen betroffen sein können. Das Leitprinzip der Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet die Politik, Entscheidungen so zu gestalten, dass sie zur Förderung einer tatsächlichen Gleich-

berechtigung der Geschlechter beitragen. Ein solches Vorgehen erhöht nicht nur die Zielgenauigkeit und Qualität politischer Maßnahmen, sondern auch die Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern. ... Verpflichtungen zur Umsetzung einer effektiven Gleichstellungspolitik im Sinne des ‚Gender Mainstreaming‘ ergeben sich sowohl aus dem internationalen Recht als auch aus dem nationalen Verfassungsrecht.“ (BMFSFJ 2014) Doch auch hier erfolgt die Umsetzung schleppend und partiell, denn es hat bisher z.B. nicht dazu geführt, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt wird.

Daraus ergibt sich als Fazit, dass noch viel zu tun ist. Es gibt eine Vielzahl von Programmen, Konventionen und Resolutionen der UNO, die soziale Gerechtigkeit klar definieren, um Frauenrechte als Menschenrechte durchzusetzen. Dennoch ist ihre praktische Umsetzung durch herrschende Interessen, kulturelle Gegebenheiten, Traditionen, Werte und Normen ein schwieriger, langwieriger Prozess, der zwar Erfolge aufweist, doch auch Regressionen und Stagnationen in Abhängigkeit von Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse umfasst. Ein besonders barbarisches Beispiel liefert der „Islamische Staat“ mit der Einführung der Scharia, der Vergewaltigung von Frauen und den Zwangsheiraten. Klar ist: Die Beseitigung jeder Form der Diskriminierung von Frauen als grundlegender Bestandteil der Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit ist eben nicht durch einen einmaligen gesetzgeberischen oder sozialen Akt erreichbar. Es geht um einen zu fördernden Prozess gesellschaftlicher Entwicklung, der historische Dimensionen besitzt und bis ins individuelle Verhalten bei der Überwindung von Rollenklischees reicht.

Die verpflichtende Umsetzung von UNO-Recht in die staatliche Gesetzgebung, die Information der Massenmedien über existie-

rende Probleme und die konkrete Verwirklichung der Rechte sind für jeden Staat durch die politisch Herrschenden und durch die herrschende Werteordnung geprägt, worüber es theoretische und praktische Auseinandersetzungen gab und gibt. Der Realisierungsgrad ist in jedem Land immer konkret-historisch zu bestimmen, um neue Maßnahmen festlegen zu können. Dabei spielen nichtstaatliche Organisationen und Frauenbewegungen eine wesentliche initiiierende und motivierende Rolle, um berechnete Forderungen nationalstaatlich und international durchzusetzen.

Heute sind durch die Destabilisierung ganzer Regionen der Welt, durch regionale Kriege, Terrorismus und massenhafte Flüchtlingsströme Frauen, Kinder, Greise, arbeitsfähige Männer ebenfalls, verstärkt Opfer einer verantwortungslosen Politik der Durchsetzung von Machtinteressen und dem Kampf um Einflussphären in der Welt. Auch auf diese neue Situation muss in neuer Art und Weise reagiert werden. Integrationsprogramme, die Lebenserhaltung, Bildung, auch Berufsausbildung, um im eigenen Land den Wiederaufbau gestalten zu können, Überwindung des Hungers werden gebraucht. Menschen müssen für ein Engagement dafür gewonnen werden. Letztendlich geht es darum, ob wir in Barbarei versinken oder es schaffen, Massen für eine humane Zukunftsgestaltung mit sozialer Gerechtigkeit und damit für die Durchsetzung der Frauenrechte als Menschenrechte zu mobilisieren.

*Vortrag beim Symposium von Rosa Luxemburg Stiftung und Leibniz-Gesellschaft „Weltanschauliche Begründung einer Politik der Gerechtigkeit“ zu Ehren von Emil Fuchs am 8. und 9. Dezember 2015 in Berlin.

Prof. em. Dr. sc. phil. Helga E. Hörz, geb. Ivertowski, ist 1935 in Danzig geboren.

Nach Promotion und Habilitation 1974 Ord. Professorin für Ethik an der Humboldt Universität Berlin. Mitarbeit in zahlreichen UNO-Gremien. Wichtige Bücher: Frau als Persönlichkeit (1968, 2. Aufl. 1971, Japanisch 1972); Blickpunkt Persönlichkeit (1977); Hochschullehrbuch Ethik, Leiterin des AK (1986, 2. Aufl. 1989); Lexikon der Humansexuologie, Autorin und Mitherausgeberin (1990); Zwischen Uni und UNO. Erfahrungen einer Ethikerin (2009); Der lange Weg zur Gleichberechtigung (2010); Ist Egoismus unmoralisch? Grundzüge einer neomodernen Ethik (2013 mit H. Hörz) Mehr als 100 wiss. Beiträge in Büchern, Lexika und Zeitschriften, darunter neuere Artikel: Ethik als Entscheidungshilfe und humanistische Herausforderung (1999); Frauen-

rechte sind Menschenrechte (1999); Zur Evolution von Geschlechterrollen (Frau Musica Heute, 2005), Patriarchalische Machtstrukturen (2006); Zur gesellschaftlichen Determination von Ethik und Interesse (2006), Soziale Werte und moralisches Handeln (2007) Verheiratet seit 1954 mit dem Wissenschaftsphilosophen Herbert Hörz; 3 erwachsene Kinder und 7 Enkel.



Helga E. Hörz

Brot und Rosen

Von Anneke Ihlenfeldt

Das ist eine Geschichte, die ich für eine Konfirmandenfreizeit geschrieben habe. Thema war das Abendmahl und die Frage „Was ist wichtig?“.

„Und was soll ich da nun drauf schreiben?“ fragt Emma und schaut in die Gesichter um sie herum. Müde schauen die anderen Frauen sie an. Sie alle sitzen um ein Transparent. Dort stehen nur zwei Worte drauf: „We want ...“ Sie wollen es morgen mit zur Demonstration nehmen.

Alle schweigen. Es sind Frauen, die den Lärm der Wollfabriken kennen, in denen sie manchmal 60 Stunden in der Woche arbeiten. Für viel zu wenig Geld. Zum Sterben zu viel, aber zum Leben zu wenig. Die Frauen schweigen; keine traut sich, die andere anzuschauen.

„Mein Gott“, denkt Emma bei sich, „mein Gott, schau Dir doch diese Gesichter an. Grau und ausgezehrt. Wie wenig wir sind, mein Gott; und wir haben alle Angst: um unsere

Kinder und unsere Männer. Und morgen wollen wir trotzdem los? Wir gegen unsere Chefs? Gegen alle Wollfabrikanten. Wir sind doch so klein und so arm; wir wissen noch nicht mal, was wir wollen. Wir sind wirklich zum Gotterbarmen.“ So denkt Emma, während sie schweigt.

Plötzlich in die Stille hinein hören sie ein dumpfes Geräusch. Ein Magen knurrt laut. Sie fangen an zu kichern. Erst einige, leise, dann stimmen andere mit ein. Emma versucht sie zur Ruhe zu bringen. „Ihr seid albern!“ ruft sie. Aber dann prustet sie los. Lacht laut. Neben ihr sitzt ihre Freundin und Kollegin Janette. „Oh Gott, ich habe so einen Hunger“, lacht sie und wischt sich die Lachtränen aus den Augen. „Ich hätte so gern einmal soviel Brot, dass ich richtig satt werde.“ „Ich auch!“, sagt eine andere. „Ich auch!“. Also schreibt Emma: „We want bread.“ „Wir wollen Brot.“ „Das ist gut“, denkt sie bei sich. Aber da ruft eine andere Kollegin: „Nur Brot?!“ Dafür bete ich jeden Sonntag in der Kirche: „Unser täglich Brot gib uns heute.“

Die Kollegin ist ganz jung, vielleicht 14 Jahre. Eigentlich zu jung, um die schwere Arbeit an den Spinnmaschinen zu tun. Jetzt steht sie auf, und ihre Augen funkeln. „Ich will mehr als nur satt werden: Ich will Zeit, um mit Euch zu lachen. Einmal einen schönen Tag will ich haben. Ich will nicht nur immer kämpfen müssen. Ich will Geld haben, um mal auszugehen! Ich will mir ein Kleid kaufen können. Ein hübsches. Ach was, mehr: Her mit dem ganzen Leben! Ich will einen, der mir Rosen schenkt. Ich will Brot, ja klar. Aber gebt mir die Rosen dazu!“

„Sie hat recht, dafür lohnt es sich, auf die Straße zu gehen. Gott sei Dank.“, denkt sich Emma. Dann tunkt sie ihren Pinsel in den Rest der roten Farbe und schreibt „but roses too!“ Wir wollen Brot, aber Rosen auch.

Die Textilarbeiterinnen sind 1912 auf die Straße gegangen. Gegen Hungerlöhne, gegen die Bosse. 14.000 Menschen. Sie haben gesungen.

Brot und Rosen

Text: Peter Maiwald

Musik: R. Fresow

*Wenn wir zusammen gehen,
geht mit uns ein schöner Tag
Durch all die dunklen Küchen,
und wo grau ein Werkshof lag,
beginnt plötzlich die Sonne
uns're arme Welt zu kosen,
und jeder hört uns singen Brot und Rosen!*

*Wenn wir zusammen gehen,
kämpfen wir auch für den Mann,
weil ohne Mutter kein Mensch
auf die Erde kommen kann*

*Und wenn ein Leben mehr ist
als nur Arbeit, Schweiß und Bauch,
wollen wir mehr: Gebt uns das Brot,
doch gebt die Rosen auch.*

*Wenn wir zusammen gehen,
gehen uns're Toten mit
Ihr unerhörter Schrei nach Brot
schreit auch durch unser Lied.*

*Sie hatten für die Schönheit,
Liebe, Kunst, erschöpft nie Ruh.
Drum kämpfen wir ums Brot
und wollen die Rosen dazu.
Wenn wir zusammen gehen,
kommt mit uns ein bess'rer Tag.
Die Frauen die sich wehren,
wehren aller Menschen Plag.
Zu Ende sei, dass kleine Leute
schufteten für die Großen.*

Her mit dem ganzen Leben, Brot und Rosen!

Das Lied stammt aus dem Jahre 1912, entstanden bei einem Streik von 14.000 Textilarbeiterinnen in Lawrence, USA. Der Streik richtet sich gegen die Hungerlöhne und die Kinderarbeit. Dieser Streik, in dem Frauen besonders entschieden für ihre Interessen kämpften, wurde durch zahlreiche Lieder berühmt, die sie auf den Demonstrationen, vor den Werkstoren und in der Stadt sangen. Das Gedicht „Brot und Rosen“ geht auf ein Transparent der Arbeiterinnen zurück, auf dem stand: „We want bread and roses, too“. Die Worte Brot und Rosen wurden zum Motto der amerikanischen Frauenbewegung. <http://www.kampflieder.de>, Bekannte Interpretation: u.a. Kapelle Vorwärts / Ruhrchor

Anneke Ihlenfeldt,
*19.05.1978, studierte Biologie,
dann Theologie, war Vikarin in Ritterhude, absolvierte ein Sondervikariat für Unterricht an Berufsschulen, ist seit Februar 2016 Pastorin in der Ev.-Luth Georgs Kirchengemeinde Kirchweye-Westerwyhe, Uelzen, ist Mitglied des Vorstands BRSD, Mitglied bei verdi, verheiratet mit Florian Ihlenfeldt.



Anneke Ihlenfeldt

Arbeit macht Sinn – Anmerkungen zum biblischen Arbeitsbegriff

Von Barbara Rauchwarter

Biblische Aussagen über Arbeit nehmen die Bedingungen in den Blick, unter denen Menschen arbeiten und benennen die Mächte und Ziele, für die gearbeitet wird. Natürlich geschieht das vor einem gänzlich anderen Hintergrund als heute nach der Wandlung von der Agrar- zur Industriewirtschaft und jetzt beim Übergang zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. Trotzdem ist es lohnend, biblische Erfahrungen und Phantasiepotentiale in die heutigen Diskussionen einzuspielen, denn sie fragen nach dem sinnvollen Menschsein vor den Zielen der ökonomischen Effizienz und Bewertungen. Biblische Texte evaluieren die Würde des Menschen. (J.Ebach) Und die gewinnt er nicht nur aus seiner Arbeit, denn wie schnell würde das zu einer Leistungsbewertung und dem gefährlichen Recht des Stärkeren führen. Seine Würde gewinnt er aus seiner Gottesebenbildlichkeit – in jedem Menschen lebt „das von Gott“, wie die Quäker sagen.

Mit dem so genannten Schöpfungsauftrag macht Gott die Menschen zu Bündnispartnern: Menschen dürfen sich als MitarbeiterInnen an der Schöpfung Gottes verstehen, und dem Menschen wird Arbeit zugemutet, nämlich die Welt zu bebauen (hebr. *avad*) und zu bewahren, zu behüten (hebr. *schamar*). Beide Aufträge kennzeichnen Arbeit als ein Tun in Beziehungen.

Kain ist der Bebauer, der sich aber nicht als Hüter versteht. Der Brudermörder wird zur Rechenschaft gezogen und muss lernen, mit seiner Schuld zu leben. Vom Acker vertrieben, gründet er Städte, die immer auch

eine mörderische, lebensfeindliche Struktur haben. Seine Söhne arbeiten verändernd und gestaltend (*avad*) – Arbeit gegen widerständige Natur, und sie sind beteiligt an der Urgeschichte der Kultur und Zivilisation.

Diese mythische Geschichte ist also nicht von der Geschichte der Gewalt zu trennen. Die biblischen Aussagen lassen Arbeit im Gegensatz zu den Auffassungen der Antike in einem anderen Licht erscheinen, denn Gott selbst wird als Metallarbeiter, Weber, Töpfer, Käser, Hirte, Arzt bezeichnet. Arbeit ist also Schöpfungsprozess.

Der Lebenssinn nach antiken Philosophien ist die Muße, das Nichtstun. Arbeit ist Sklavensache, und auch das gestaltende Handwerk wird nicht hoch bewertet. Die antiken Schöpfungsmythen begründen die Erschaffung des Menschen damit, dass er den Göttern zu dienen und Arbeit für sie – auch an ihrer Stelle – zu leisten hat. Diese negative Sicht auf das Arbeiten aus Zwang setzt sich fort in den unterschiedlichen Sprachen: griechisch: *ponos* (die Last des Esels), lateinisch *labor* (das Wanken unter einer Last, auch Mühsal, Krankheit) *arebeit* (mittelhochdeutsch: Mühsal, Leiden), französisch *travail* (aus mittellateinisch: *tripalare* – einem Pferd die Beine zusammenbinden oder russisch: *rabota* (aus *rabu*=Sklave). Die hebräischen Grundworte nennen neben neutralen Begriffen Worte für mühselige Arbeit oder Zwangsarbeit und das Wort *melacha*. Es bezeichnet Gottes Schöpfungsarbeit, die schwer und komplex ist und von der Gott am siebten Tag ausruhen wird. Gottes Ruhe, in die er den Menschen einbeziehen will, ist Abschluss, nicht Gegensatz der Arbeit. Anders

als das Ideal der Muße in der Antike ist das Ziel der biblischen Aussagen nicht die Befreiung von der Arbeit, sondern die Befreiung vom Zwang zur Arbeit. Der Sabbat regelt zudem ökologische Verhaltensweisen – Brache und Schonung des Viehs: es gilt, nicht das Letzte herausholen zu wollen.

Die Bibel schildert viele prekäre Arbeitsverhältnisse, die den ursprünglichen Sinn zunichte machen.

Die Texte protestieren gegen Ausbeutung und Fremdbestimmung. Und damit erheben sie auch Einspruch gegen die Arbeitsverhältnisse im neoliberalen Wirtschaftssystem.

Das tut auch Papst Franziskus, wenn er anlässlich des Weltwirtschaftsforums in Davos urteilt: „Diese Wirtschaft tötet“ und das auch in der Enzyklika *Evangelii et Gaudium* (53) festschreibt. Der Papst vertritt Positionen der Befreiungstheologie, die ihre Argumente biblisch stützt. Er hat im Herbst vergangenen Jahres 200 Frauen und Männer von sozialen Bewegungen aus aller Welt zu einem Treffen im Vatikan eingeladen und vor ihnen gesprochen – was von manchen als „Spontane Enzyklika zu Armut und Umwelt“ gewertet wurde. Zum Thema Arbeit sagte er:

„Es gibt keine schlimmere materielle Armut, als die, sich das tägliche Brot nicht verdienen zu können und der Würde der Arbeit beraubt zu sein. Jugendarbeitslosigkeit, informelle Beschäftigungen und fehlende Arbeitnehmerrechte sind nicht unvermeidlich, sie ergeben sich aus einer zuvor getroffenen gesellschaftlichen Option, aus einem Wirtschaftssystem, das den Profit über den Menschen stellt, und wenn es um wirtschaftlichen Profit geht, sogar über die Menschheit.

Hier sehen wir die Auswirkungen einer Wegwerfkultur, die den Menschen als Konsumgut betrachtet, das benutzt und dann

weggeworfen werden kann.“ Mit dieser Analyse stimmt Franziskus auch Ilja Trojanow¹ zu, der diese Menschen auf den „spätkapitalistische Müllhalden, aus denen es keine Rettung gibt“ landen sieht.

Der Soziologe Richard Sennett² stellt in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung fest, dass die Arbeit im alten Kapitalismus immer einen Kontext hatte, einen sozialen Nährboden, innerhalb dessen sie sinnvoll erschien – eben ein Arbeiten in Beziehungen. Im neuen Kapitalismus gäbe es das nicht mehr. Sennett beschreibt diese Entfremdung als Verlust, das Arbeitsleben zu einer zusammenhängenden Erzählung zu formen. Damit meint er keinen Lebenslauf für Bewerbungszwecke, sondern das Gewahrwerden und Reflektieren von Lernerfahrungen und -prozessen, von Fort- und Rückschritten und die Mitteilung darüber.

Arbeit gehört zum Menschen, sie stellt ihn in einen Bezugsrahmen für sein Leben. Er soll verantwortlich gestalten können.

Der Papst wiederholt: „Heute fügt man dem Phänomen der Ausbeutung und Unterdrückung eine neue Dimension hinzu, einen anschaulichen harten Gradmesser für das gesellschaftliche Unrecht: alle, die nicht integriert werden können, die Ausgeschlossenen sind „Überflüssige“, sind Abfall. Das ist die Wegwerf-Kultur ... So etwas geschieht, wenn das Geld wie ein Gott im Zentrum eines Wirtschaftssystems steht und nicht der Mensch, die menschliche Person. Im Zentrum jedes gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Systems muss der Mensch stehen, Gottes Ebenbild, dazu geschaffen, dem Universum einen Namen zu geben. Wenn der Mensch zur Seite gerückt und die Gottheit Geld an seine Stelle gesetzt wird, geschieht die Umwertung aller Werte.“

- 1 Ilija Trojanow: *Der überflüssige Mensch*, Residenz Verlag 2013
- 2 Richard Sennett: *Zusammenarbeit – Was unsere Gesellschaft zusammenhält*; München – TB dtv 2014

daktik. 2012 ist ihr Buch „Genug für alle. Biblische Ökonomie“ im Wieser Verlag erschienen.



Barbara Rauchwarter

Barbara Rauchwarter, geboren in Hamburg 1942, ist evangelische Theologin und Germanistin. Sie lehrte an der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Wien in den Fächern Bibel, Theologie des Neuen Testaments und Fachdi-

Sozial-ökologische Gerechtigkeit: Die Bewahrung der Umwelt als soziale Frage*

Von Silke Ötsch

Welche Aspekte sozialer Gerechtigkeit sind heute und in Zukunft wichtig? Welche sind von besonderer Relevanz?

Gerechtigkeit wird häufig (berechtigterweise) unter dem Aspekt der Verteilung materieller Ressourcen oder von Chancengleichheit diskutiert. In der politischen Diskussion werden Umweltschutzmaßnahmen dahingegen in vielen Fällen als sozial diskriminierend dargestellt. Wirtschaftswachstum wird mit der Schaffung oder Erhaltung von Arbeitsplätzen gleichgesetzt und ausgespielt gegen Maßnahmen zum Umweltschutz. Umweltbewusster Lebensstil, etwa der Konsum von Bioprodukten, gilt als teuer. Begünstigte nutzen zudem das Argument des Umweltschutzes, um zunehmende Armut zu rechtfertigen. So empfahl etwa die Millionenerbin Fiona Swarovski angesichts der Wirtschaftskrise, die Leute sollten doch zu Hause Gemüse anbauen.

Die Debatte um Gerechtigkeit und Öko-

logie ist durchzogen von Vorurteilen, isolierten Analysen und Handlungsansätzen, die Diskussionen über Ursachen von Umweltschäden ausblenden. Wirkungen einzelner Maßnahmen werden nicht im Gesamtsystem betrachtet, so dass Politik, BürgerInnen und Wirtschaftstreibende Kompensationshandlungen durchführen, die das Problem nicht lösen, aber Energie binden. Angesichts der bedrohlichen Lage der Umwelt, ist es jedoch notwendig, die ökologische zusammen mit der sozialen Transformation prioritär anzugehen. Die weltweiten Ökosysteme sind im Bereich der Artenvielfalt, der Stoffkreisläufe von Phosphor und Stickstoff in hochriskantem Maße geschädigt (Rockström et al. 2009; 2015). Weitere Bedrohungen ergeben sich durch Klimawandel oder Abholzung. Verschiedene Gutachten gehen von der Möglichkeit des Aussterbens der Menschheit im kommenden Jahrhundert aus (Sommer/Welzer 2014, 27-37).

Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass ein umfassender gesellschaftlicher Wandel einsetzt, wenn Umweltschutz weiter ein Nischenthema der gebildeten Mittelschicht

bleibt. Insbesondere unter dem Aspekt der Umweltgerechtigkeit, bzw. der ökologischen Gerechtigkeit, ergeben sich viele Gründe, bislang wenig involvierte Personengruppen in das Projekt einer Transformation einzubeziehen. Ökologische Gerechtigkeit besteht in einer Gesellschaft – so die Definition nach Anton Leist (2007: 5) dann, „wenn alle ökologisch relevanten Güter und Lasten, Freiheiten und Pflichten aktuell und längerfristig gerecht unter den Beteiligten verteilt sind“ (mehr zu Definitionen s. Schlossberg 2009).

Derzeit bestehen große Ungleichheiten im Umweltverbrauch einerseits zwischen reichen und armen Ländern. So beträgt etwa der ökologische Fußabdruck von Afrika rund eineinhalb Erden, während der von Europa ca. viereinhalb und der Abdruck Nordamerikas fast sieben Welten umfasst (Zahlen von 2010; WWF et al. 2014: 34). Weniger thematisiert wird der Umweltverbrauch von Reichen und Armen innerhalb einer Gesellschaft. Um ökologisch gerecht zu leben, darf jeder Mensch etwas unter 7 kg CO₂ pro Tag ausstoßen. Eine Flugreise von Innsbruck nach London und zurück verbraucht beispielsweise 730 kg CO₂ (s. Verbrauchsrechner Klima ohne Grenzen 2015). Nach vorliegenden Studien verbrauchen Reiche (erfasst nach Einkommen) mehr Umwelt im Bereich der Mobilität (v.a. Flugkilometer), nutzen mehr Wohn- und Grundfläche, haben einen höheren Energieverbrauch. Dazu kommen indirekte Effekte von Kapitalanlagen, die Emissionen weiter überproportional erhöhen (Bogun 2012).

Auch aus sozialer Sicht liegt es auch im Hinblick auf die Leidtragenden von Umweltzerstörung nahe, Umweltgerechtigkeit stärker zu thematisieren. Besonders betroffen sind einerseits Arme in globaler Nord-Süd Perspektive. Unter Klimawandel

leiden beispielsweise v.a. die Region Südostasien oder Indien, und zwar durch Stürme und Verschiebungen des Monsuns, oder Bangladesh und die Inselstaaten des Pazifiks aufgrund von Überschwemmungen. Zunehmend viele Menschen sind von Dürren und Wasserknappheit auf der einen Seite und extremen Niederschlägen auf der anderen Seite betroffen. Auf Subsistenz angewiesene Kleinbauern verlieren ihre Existenzgrundlage, ziehen in Städte, was zu sozialen Konflikten führt (Santarius 2007).

Andererseits sind Arme auch in reichen Ländern besonders von Umwelteinwirkungen betroffen. Gründe sind v.a. die Belastung mit Lärm oder Umweltgiften aufgrund der Wohnlage oder am Arbeitsplatz. Außerdem können Arme weniger aufwenden, um nicht belastete Güter zu konsumieren. In reichen Ländern verfestigt sich Armut trotz Wirtschaftswachstum, so dass der Fahrstuhleffekt kein überzeugendes Argument gegen Umweltpolitik sein kann.

Welche Perspektiven für eine gesellschaftliche Transformation hin zu gerechten Verhältnissen seht ihr?

Die Umsetzung von umfassenden Umweltmaßnahmen braucht eine breite gesellschaftliche Unterstützung, damit die Bevölkerung die Maßnahmen nicht torpediert. Daher müssen neue Wege einer zugleich sozialen und ökologischen Transformation gesucht werden.

Dabei stellt sich zunächst die Frage, welche Institutionen nicht-nachhaltigen Umweltverbrauch verursachen. Für zentral halte ich: Konkurrenz und Profitlogik vor dem Hintergrund historisch gewachsener Herrschaftsbedingungen; auf materielles Reichtum abzielende gesellschaftliche Orientierungsmuster.

Zu 1) Konkurrenz und Profitlogik, die in kapitalistischen Wirtschaftsformen der Regelfall des Wirtschaftens sind, führen zu Vermarktlichungstendenzen auf Kosten von Mensch und Natur. Akteure (z.B. UnternehmerInnen) haben zwar Handlungsspielräume und können sich gegen die Marktlogik entscheiden, werden dafür im Regelfall aber wirtschaftlich im Gegensatz zur Konkurrenz bestraft. Durch Erwerbsarbeit beteiligen sich Menschen indirekt an ausbeuterischen Wirtschaftsformen, die sie aus ökologischen oder ethischen Gründen möglicherweise ablehnen würden. Ausbeutung von Mensch und Natur kann institutionell beschränkt werden, etwa durch Gesetze wie Verbote und/oder Besteuerung. Bislang waren diese institutionellen Maßnahmen jedoch nicht umfassend genug aufgrund von:

- Machtfragen (Einwirkung von z.B. Unternehmenslobbys);
- Zielkonflikten (z.B. Umweltschutz vs. Arbeitsplätze; Steuereinnahmen verbunden mit Wirtschaftswachstum) und als Argument vorgeschobenen Konflikten;
- fehlender internationaler Koordination und Standortkonkurrenz.

Zu 2) Die Motivation, weitreichende institutionelle Änderungen einzuführen, wird torpediert durch auf materielles Reichtum abzielende gesellschaftliche Orientierungsmuster. Thorstein Veblen (1899) hat dieses Phänomen als demonstrativen Konsum bezeichnet. Demnach demonstrieren Personen, die demonstrativ viel Ressourcen oder Arbeitsleistungen konsumieren, ihre gehobene soziale Position. Untere Klassen orientieren sich an der jeweils nächsthöheren, was einen permanenten Wunsch nach höherem Konsum auslöst. Wenn eine Gesellschaft materiellen Wohlstand mit Erfolg gleichsetzt, verfestigt dieses Ver-

halten und die Orientierung nach oben zugleich gesellschaftliche Hierarchien.

Allerdings zeigt die Glücksforschung, dass Menschen – sobald ein gewisser Grundlevel der Bedürfnisbefriedigung erreicht ist – interessiert sind, den eigenen Lebensstil aufrecht zu halten, sofern er dem der näheren sozialen Umgebung entspricht (Wilkinson/Pickett 2010). Unzufriedenheit und der Hang nach mehr materiellen Ressourcen setzt erst ein, wenn andere Menschen mehr haben, bzw. über Werbung oder Medien (v.a. Fernsehen) Minderwertigkeitsgefühle vermittelt werden (Layard/Neubauer 2009).

Maßnahmen für eine ökologische und soziale Transformation sollten folglich auf eine flache Verteilung materieller Güter abzielen. Das gilt sowohl für zwischen den Staaten, als auch innerhalb der Gesellschaften. Andererseits sollte die Konkurrenz- und Profitlogik schrittweise durch eine andere Logik ersetzt werden. Sinnvoll ist dahingehend eine umfassende demokratische Gestaltung der Wirtschaft, die nicht nur politische Repräsentation bedeutet, sondern auch Zugriff auf materielle Ressourcen und Wirtschaftsprozesse ermöglicht. Ich beziehe mich einerseits auf Nischenstrategien wie ökologisch und soziales Handeln in Genossenschaften oder selbstverwaltete Betriebe. Eine Stärkung des Sektors der Gemeingüter erlaubt ebenfalls eine gemeinschaftliche Gestaltung von Regeln des Wirtschaftens. Auf übergeordneter Ebene ist eine Stärkung des öffentlichen Sektors sinnvoll, von dem aus eine Steuerung und Koordination auf der Makroebene geleistet werden kann (z.B. über Umweltsteuern, ökologische Investitionsprogramme, Energie- und Agrarwende etc.).

Weitere Ansätze zur Transformation zielen auf eine Entkoppelung von Wirt-

schaftssystemen ab, z.B. die Bewegung der Ernährungssouveränität. Derartige Ansätze müssen jedoch politisch organisiert und mit genügend Macht ausgestattet sein, da Tätige anderenfalls Opfer aggressiver Strategien (wie Landgrabbing) werden können. Außerdem sollte in alternativen Projekten beachtet werden, dass Errungenschaften des Sozialstaats wie etwa Altersvorsorge an eine Beteiligung in der Arbeitswelt gekoppelt sind, so dass alternative Sicherungssysteme aufgebaut werden sollten.

Insbesondere vom Standpunkt globaler Umweltgerechtigkeit ist das Kriterium der Resilienz zu einzubeziehen, das die Widerstandsfähigkeit einer Region beschreibt. Kurz gesagt geht es um die Fähigkeit, Störungen und Krisen zu überstehen. In jüngeren Initiativen wie der Transition-Bewegung geht es insbesondere darum, lokale Wirtschafts- und Stoffkreisläufe aufzubauen, globale Abhängigkeitsketten zu durchbrechen. Tätigkeiten werden tendenziell von Weltmärkten und internationalen Unternehmen weg stärker auf die lokale Ebene verlagert, was einerseits Geldflüsse stärker bindet und kontrollierbar macht. Andererseits entstehen Beschäftigungsmöglichkeiten und lokal angepasste Problemlösungsstrategien, bzw. Möglichkeiten der Selbstversorgung. Im Gegensatz zur Ressourcenausbeutung internationaler Weltmärkte mit ihrer Arbeitsteilung, benötigen resiliente Systeme keinen permanenten Zufluss an Rohstoffen aus anderen Regionen, so dass die Ausbeutung von Umwelt insbesondere in armen Regionen eingegrenzt wird.

Literatur

Bogun, Roland (2012): *Konsum, Umweltverbrauch und soziale Ungleichheit – eine Frage*

„unseres Lebensstils“? Universität Bremen (artec-paper 179).

Klima ohne Grenzen (2015): <http://klimaohne-grenzen.de/kompensieren/detaillierte-co2-bilanz>

Layard, Richard; Neubauer, Jürgen (2009): *Die glückliche Gesellschaft. Was wir aus der Glücksforschung lernen können*. 2. Aufl. Frankfurt/Main: Campus-Verlag.

Leist, Anton (2007): *Ökologische Gerechtigkeit als bessere Nachhaltigkeit*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 24, S. 3–9.

Rockström, Johan/Will Steffen/Kevin Noone et al. (2009). *Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity*. In: *Ecology and Society*, Jg. 14, H 2, Artikel 32.

Rockström, Johan et al. (2015). *Homepage des Stockholm Resilience Centre*, www.stockholmresilience.org/21/research/research-programmes/planetary-boundaries.html (8.6.2015).

Santarius, Tilman (2007): *Klimawandel und globale Gerechtigkeit*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 24, S. 18–24.

Schlossberg, David (2009): *Defining Environmental Justice. Theories, Movements, and Nature*. New York: Oxford University Press.

Sommer, Bernd/Harald Welzer (2014). *Transformationsdesign*, München.

Veblen, Thorstein (2007 (1899)): *Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen*. Frankfurt: Fischer.

Wilkinson, Richard G.; Pickett, Kate (2010): *The spirit level. Why equality is better for everyone*. London, New York: Penguin Books. WWF, Zoological Society of London Global Footprint Network Water Footprint Network: *Living Planet Report 2014*.

*Eingangsstatement, Podium „Zukunft der Gerechtigkeit“ Sonntag, 20.09.15 (Ötsch, Russo, Weiß), ILRS Kongress Innsbruck, 18.-20

9.2015, ACUS Bundeskongress Innsbruck, 19.-20.9. 2015

Dr. Silke Ötsch, *1973, ist seit 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Universität Innsbruck. Ihre Forschungsgebiete sind Finanz- und Wirtschaftssoziologie (Schwerpunkt Steueroasen), Transformation und Architektursoziologie aus der Perspektive der politischen Ökonomie. Sie studierte Architektur an der Bauhaus-Universität Weimar und der Ecole d'Architecture de

Paris la Villette. Sie war an verschiedenen Universitäten und in Architekturbüros tätig und engagiert sich zivilgesellschaftlich vor allem bei Attac (wissenschaftlicher Beirat) und bei Transition Tirol.



Silke Ötsch

Bewegung in der bürgerlichen Parteienlandschaft

Der aufhaltsame Aufstieg der rechten Protestpartei AfD

Von Elmar Klink

Die rechtspopulistische Partei Alternative für Deutschland (AfD) hat sich in nur zwei Jahren seit ihrer Gründung im Februar 2013 von einer rechtsliberalen Anti-Euro-Splitterpartei zu einer ernstzunehmenden politischen Kraft am äußeren rechten Rand der bundesdeutschen Gesellschaft entwickelt. Dies weniger unter dem Aspekt einer bereits organisierten „sozialen Bewegung von rechts“, auf die sie freilich auch zielt und in ihrer Propaganda abhebt als vielmehr mittlerweile als Sammelbecken für alles, was sich am rechten politischen Rand konzentriert und positioniert. Dies wurde erst möglich, nachdem es zu einigen Klärungsprozessen in innerparteilichen Machtkämpfen zwischen einem sog. wirtschaftsliberal-konservativen, eurokritischen und einem rechtsnational populistischen Flügel gekommen ist, verkörpert jeweils in den Repräsentanten Bernd Lucke/H.-O. Henkel und Frauke Petry/Jörg Meuthen/Alexander Gauland. Den vor-

läufigen Abschluss dieser Auseinandersetzung bildete die deutliche Abwahl Luckes als Parteivorsitzender und der Austritt der meisten der Wirtschaftswissenschaftler wie Joachim Starbatty u. a. aus der AfD auf dem Essener Parteitag im Juli 2015 unter teils tumultartigen Szenen, was einer Parteihäutung gleichkam. Die Folge war die Wahl von Frauke Petry aus dem Gegenlager zu einer von zwei Sprechern der Partei. Die Düpierten gründeten sofort in Kassel die bislang unbedeutende Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA). Als weitere wesentliche Schübe in diesem Prozess kamen die ersten drei großen Wahlerfolge bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im Mai 2014 hinzu. Sie ermutigten den rechten Parteiflügel dazu, die schwelende Machtfrage zu stellen und führten zur Parteiübernahme durch diesen. „Der Geist der AfD ist im Flügel zuhause“ (B. Höcke). Zur Wiederholung der Erfolge mit nun noch deutlicheren Ergebnissen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt (24,3 %; 15 Direkt-Mandate, 25 Ab-

geordnete) kam es dann bei den Landtagswahlen im März 2016. Damit ist die AfD bereits in sechs Flächenstaaten mit stattlichen Abgeordneten-Fraktionen in deren Ländeparlamente eingezogen. Bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Bremen 2015 erzielte sie 6,1 bzw. 5,5 % (vier Mandate, davon bilden drei inzwischen eine ALFA-Gruppe) der Stimmen. Aktuell steht die AfD laut Infratest-Umfrage in Bremen bei 11 %. Erwähnt werden muss auch noch, dass bereits 2013 bei der Bundestagswahl der AfD mit 4,7 erreichten Prozent lediglich etwa 125.000 Stimmen fehlten, um da schon in den Bundestag einziehen zu können. Möglicherweise hätte das zu ihrer frühzeitigen Zerlegung geführt. Die AfD ist damit ein gesamtdeutsches, nicht nur ost-deutsches, aber auch ein europäisches Phänomen (FPÖ, Front National etc.).

Inzwischen existiert seit dem im April 2016 nachgeholten Parteitag in Stuttgart auch ein einheitliches Parteiprogramm von über 70 Seiten Umfang mit ausgewiesenen Schwerpunkten gegen den Islam und scharfen Restriktionen beim Thema Asyl und Zuwanderung, für mehr innere Sicherheit (Aufstockung von Justiz und Polizei) und eine erkonservative Familienpolitik (Drei-Kind-Politik). Die EU soll als Wirtschaftsgemeinschaft erhalten, der Euro abgeschafft werden. Über den Verbleib Deutschlands in der Eurozone soll es eine Volksabstimmung geben. Das Wort Sozialstaat wird man freilich vergeblich suchen, ist doch immer nur vom Rechtsstaat die Rede. Die Laufzeit von AKWs soll verlängert, die Wehrpflicht wieder eingeführt und die NATO deutschen Interessen angepasst werden. Im neuen Parteiprogramm zeigt sich, dass Nationalismus und Neoliberalismus politische Geschwister sind. Sowohl im nationalistischen als auch im neoliberalen Denken und Handeln geht es darum, die Gesellschaft

und die Menschen zu spalten und aufeinander zu hetzen. Es ist ein Horrorkatalog voller Angriffe auf den Sozialstaat, vor allem aber auf die Arbeitenden und Erwerbslosen. Entsprechend der neoliberalen Ideologie will die AfD staatliche Tätigkeiten auf ein Minimum reduzieren. Viele öffentliche Aufgaben will sie privatisieren, Regulierungen abbauen. Markt und Konkurrenz sollen es richten. Wer besonders auf öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Unterstützung angewiesen ist, hat das Nachsehen. Zu hoffen ist, dass sich die vielen ProtestwählerInnen aus diesen sozialen Milieus das Parteiprogramm einmal genauer ansehen. Sie werden feststellen, dass die AfD nichts für sie tun will, sondern lediglich für die in der Parteispitze (auch) vertretenen Eliten, Reichen und Unternehmer. So will die AfD das Renten-Eintrittsalter noch weiter anheben. Das Arbeitslosengeld I soll privatisiert werden. Wer dann nicht selbst vorsorgt, und zwar auf eigene Kosten ohne Arbeitgeberbeiträge, fällt rasch ins Nichts. Auch die arbeitgeberfinanzierte gesetzliche Unfallversicherung für alle Beschäftigten will die AfD faktisch abschaffen. Von wegen Protestpartei: Es soll wieder ein strenges Bankgeheimnis geben — die AfD ist also eine der Schutzmächte der Steuerbetrüger. Auch die Erbschaftssteuer will sie abschaffen. Die Reichen wird es freuen, den öffentlichen Haushalten in den Städten aber fehlt das Geld. Ebenso entfallen sollen die Einnahmen aus der Gewerbesteuer, die von den Kommunen erhoben wird. Das spüren alle BürgerInnen hautnah. Es zeigt sich schnell, dass die AfD die Interessen der Arbeitgeber, Unternehmer und Vermögenden vertritt. Dieser Partei geht es nicht um die „kleinen Leute“ und die Arbeitenden.

Was den gewaltigen Aufwind für die AfD noch zusätzlich beförderte, war die sich im zweiten Halbjahr 2015 schon abzeich-

nende Flüchtlings- und Asylsuchendenwelle aus Nordafrika und Nah-/Mittelost mit ausgewählten Zielen der Flüchtenden in den besonders als liberal und sozial geltenden Ländern Schweden und BRD. Die AfD griff gezielt eine wachsende Anti-bis stellenweise sogar Pogromstimmung gegen Flüchtlinge in Teilen der deutschen Bevölkerung auf und kanalisierte sie zu ihren Gunsten, indem sie sich als einzige politische Kraft darstellte, gegen mögliche Tendenzen von „Überfremdung“ und „Islamisierung“ mit den „richtigen Argumenten“ die oppositionelle Stimme zu erheben. Durch ihre brutale Rhetorik, deren Aussagen immer wieder Angriffe enthalten gegen Flüchtlinge und alle Anderen, die der AfD nicht in ihr Deutschtum passen, verbindet sie sich mit Pegida und anderen rechtsradikalen Protestbewegungen sowie den rechtsterroristischen Netzwerken. Die AfD gehört mit zu denen, die den mentalen Hintergrund liefern für die täglichen rassistischen Angriffe hierzulande. Nur zur Erinnerung: „In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden in Deutschland 319 Angriffe auf Asylunterkünfte registriert“ (junge Welt, 11.5.2016). Laut Süddeutscher Zeitung gab es im Jahr 2015 22.960 rechte Straftaten. „Der Großteil waren Propagandadelikte und Volksverhetzung. Aber es gab auch 1.485 Gewalttaten von rechts“ (SZ, 24.5.2016). Die Propaganda der AfD ist offensichtlich so erfolgreich, dass den bürgerlichen Parteien und selbst der Linken die WählerInnen in Scharen davon und zur AfD überlaufen. Die Zahlen der „Abtrünnigen“ gehen in die Zehnbis Hunderttausende. So erhielt am 13. März die AfD am Beispiel Baden-Württembergs (15,1 %) Zulauf von Nichtwählenden in Höhe von 209.000, von der CDU 190.000, Kleinparteien 151.000, SPD 90.000, Grüne 70.000, Linke 20.000 und FDP 18.000 (Wahlanalyse Infratest dimap).

Dies mag man noch weitgehend unter dem Aspekt von Protest- und Denkmittelwahl sehen. Aber es zeigt auch bereits, dass durch die AfD weitaus tiefgreifendere Bewegung in die Wählerinnenschaft gekommen ist und auch in die Parteien selbst. Sie sehen sich plötzlich mit dem Umstand konfrontiert, dass die bisher gebildete staatstragende Notmitte einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD gegen Kräfte von links wie rechts nicht mehr ausreicht, um die AfD von realistischen Optionen zur Regierungsmitverantwortung dauerhaft auszuschließen. Im Fall Sachsen-Anhalt bildete sich gar eine Not-Koalition aus CDU, SPD und Grünen, wobei die drittstärkste Kraft der Partei Die Linke ausgeklammert blieb und jetzt zusammen mit der AfD die Opposition darstellt. Mittlerweile existieren in der BRD zehn verschiedene Regierungskoalitionen, ein bis noch vor einigen Jahren in dieser polarisierenden Deutlichkeit kaum denkbare Phänomen. Gegenwärtige innerparteiliche Diskussionen wie etwa in der SPD zeigen, dass hinsichtlich der kommenden Bundestagswahl 2017 offenbar Not am Mann und der Frau ist. Die SPD tendiert im Bund bei Umfragen zurzeit gegen die 20-Prozentmarke, in Baden-Württemberg sank sie gar um die Hälfte auf einen 12 plus %-Status. Die SPD läuft akut Gefahr, von der AfD zur nur noch dritten Kraft gemacht zu werden. Lediglich die CSU darf in Bayern trotz des ermittelten Werts von derzeit 9 % für die AfD (lt. Hamburger Umfrageinstitut GMS vom 21.4.2016) weiter mit absoluter Mehrheit rechnen, getreu dem Wahlspruch von F. J. Strauß im bayerischen Landtagswahlkampf 1986, „rechts von der CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben.“

Vizekanzler Gabriel von der SPD betonte jüngst in einer Rede vor Parteivolk, die SPD, die in ihrer langen Geschichte endlich

im Staat angekommen sei, müsste doch wieder mehr darauf achten, weniger Staat zu sein und dafür mehr soziale Bewegung zu werden. Sie wird dies aber kaum schaffen, solange nicht z. B. die Schröderschen Ungerechtigkeiten der Agenda 2010 und des Hartz IV-Desasters komplett zurückgenommen werden. Und wie aktuell verlautet an einem Koalitions-Gesetzentwurf gebastelt wird, der vorsieht, Hartz IV-EmpfängerInnen ab 63 bei Strafe von Sanktionen in die benachteiligende Frühverrentung zu zwingen. Dies wird von vielen Wortführenden in der SPD wie z. B. der Arbeitsministerin Nahles noch immer als richtige Politik angesehen. Im Ruhrgebiet, einst SPD-Arbeiterstammland, ist die SPD zwar noch relativ stark, aber konservativ und weit von „Bewegung“ entfernt. Ihr unaufhaltsamer Abstieg setzte bereits 2005 ein. Seit 2009 hat sie insgesamt zwei Millionen AnhängerInnen ins Nichtwählenden-Lager verloren. Und Gabriel meint ja, man müsse dort hingehen, „wo es stinkt“. Seit Jahren schon bewegen sich die SPD und ihre RepräsentantInnen in einem schwankenden Dilemma zwischen Bewahrung und Modernisierung, zwischen den angestammten Pfeilern sozialer Tradition und Gemeinsinn und kultureller Neuorientierung bis hin zu neoliberaler Globalisierung (TTIP usw.). Aber auch der CDU ergeht es kaum anders. Nicht nur, dass sie personelle Verluste an die AfD zu verkraften hatte wie die des ehemals stellvertretenden AfD-Vorsitzenden H.-O. Henkel, AfD-Parteitheoretikers Gauland, baden-württembergischen AfD-Vorsitzenden und Co-Bundessprechers Meuthen oder des Geschichtslehrers aus Hessen, Fraktionsführers in Thüringen und AfD-Rechtsaußen Björn Höcke. Die Vergleiche der Märzahlen zeigen, dass die CDU weitaus stärker an die AfD verloren hat als andere Parteien. In Baden-Württemberg darf sie jetzt

sogar anstelle bisher der SPD den Juniorpartner für die Grünen abgeben. In Rheinland-Pfalz schaffte die CDU-Kandidatin Klöckner nach wahltaktischen Fehlern sozusagen im letzten Anlauf die erwartete Regierungsübernahme nicht. Es scheint dennoch mittlerweile fast keine Koalition mehr zu geben, die nicht geht, wenn es den Bürgerlichen darum zu tun ist, entweder die Linke oder die Rechte von Koalitionsbeteiligung fernzuhalten. Anything goes. Alle können mit fast allen. Die angestrebte „Mitte“ quillt über vor Andrang. Das öffnet z. B. Räume nach rechts, in die sich die AfD diese ausfüllend hineinbegibt.

Gleichwohl dürfte wenn, dann das Koalieren künftig mit der AfD, das zwangsläufig kommen wird, vorerst eher eine Domäne der CDU/CSU bleiben, frei nach dem Motto Machiavellis, wen du nicht schlagen kannst, mit dem verbündest du dich. Jüngste Verlautbarungen wie die des CDU-Fraktionsführers V. Kauder, nach 2017 keine große Koalition mit der SPD mehr anzustreben, deuten schon in die Richtung. Dazu passte dann auch die von Meuthen in Stuttgart in seiner Begrüßungsrede demagogisch signalisierte Positionierung „weg vom linksrotgrün verseuchten 68er-Deutschland, von dem wir alle die Nase voll haben.“ Genauso wie es eine Erwägung für die SPD werden könnte, mit der wieder zulegenden FDP, den Grünen und sogar der Linken Optionen für Regierungsbildungen ernsthafter auszuloten, wie das jetzt in Rheinland-Pfalz geschehen ist, im Vorfeld der Wahl in Sachsen-Anhalt erwogen wurde und in Thüringen bereits der Fall ist. Nicht heute oder morgen schon, aber absehbar, vor allem auch im Bund. Was diese Verlockung als Anpassung und Kompromiss dann für die Linke bedeuten könnte, ist wieder eine andere Frage, siehe etwa NATO, Militäreinsätze im Ausland oder Steuer- und Sozialpolitik.

Lange war es Strategie der bürgerlichen Parteien und im Schlepptau auch der Medien, die AfD zu ignorieren. Dann wurde sie in einem zweiten Schritt beschimpft und dämonisiert. Inzwischen will man sich mit ihr und ihren Positionen auseinandersetzen und künftige Schritte werden auf eine weitere Annäherung hinauslaufen. Der Vergleich sei gestattet mit den Grünen in Hessen. Dort wollte Holger Börner (SPD) am liebsten zuerst mit der Dachlatte gegen die ungezogenen grünen Umweltaktivisten vorgehen, schließlich kam es 1985 unter ihm zur Koalition mit den Grünen, vertreten durch ihren Realo-Sprecher Joschka Fischer, einem ehemaligen Frankfurter Straßen-Sponti, der der erste grüne Umweltminister in Turnschuhen wurde. Der Beginn grüner Integration und Anpassung. Heute koalieren in Hessen die kleineren Grünen mit der größeren CDU. Kanzlerin Merkel hält den derzeitigen Höhenflug der AfD noch naiv für ein vorübergehendes Phänomen, aber sie irrt sich auch schon bei anderen Phänomenen gehörig. Der „vorübergehende“ Charakter der AfD ist z. B. nicht vergleichbar mit dem Erscheinen der Piratenpartei vor wenigen Jahren auf der demokratischen Bildfläche. Nach anfänglichem medialen Interesse an ihnen als Quotenlieferant, immerhin war auf ihren Parteitag wenigstens noch „etwas los“, erlahmte dieses schnell, und man verfiel wieder ins Stadium des Ignorierens und Übergehens. Die Piraten dümpeln bei derzeit 1-2 % Stimmen bei Wahlen und fallen damit unter „Sonstige“ mit Resten an Abgeordneten wie noch in NRW. Aber die Piraten waren dezidiert eine sich als „basisdemokratisch“ verstehende Gruppierung, sie waren sozusagen die neue interessante „Internet-Partei“, was man beides von der AfD nicht behaupten kann. Man kann auch kaum behaupten, die AfD habe (bisher) einen nennenswerten sozialen Unterbau außer ihren

20.700 Mitgliedern. Veranstaltungen werden landauf landab eher seltener organisiert, der Kontakt zu ihrer „Basis“ ist eher begrenzt, sieht man mal von Pegida-AnhängerInnen ab, die eine sächsische Besonderheit darstellen, die in anderen großen Städten so nicht gegeben ist. Immerhin würden nach Repräsentativ-Befragung 25 % der Bevölkerung es gut finden, wenn die AfD an einer Regierung beteiligt wäre. Ebenso geht aus Umfragen hervor, dass $\frac{3}{4}$ ihrer Mitglieder nach wie vor eine Abgrenzung nach rechts wünschen. Die AfD bedient sich gleichwohl geschickt der so genannten neuen sozialen Medien, ist in ihnen stärker präsent als CDU oder SPD und ist deutlich strammer professionell organisiert als die Piraten. Etwa 20 % ihrer Wählerinnen kommen aus Splitterparteien, für die sie sich als eine Art „Staubsauger“ bis ganz nach rechts erweist, 30 % kommen aus dem Nichtwählenden-Reservoir, der Rest stammt von anderen Parteien. Anfang Mai stand sie bei der Wochenumfrage, was wäre, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, bei 15 Prozent und wäre damit drittstärkste Kraft.

Nun kann es für Religiöse SozialistInnen nicht darum gehen, sich den Kopf der bürgerlichen Parteien zu zerbrechen, wie sie mit der AfD künftig umgehen sollen. Von weiterer Ausgrenzung bis Integration wird es dabei sicher alle denkbaren Nuancen geben. Bisher flogen der AfD ihre Erfolge sozusagen wie die gebratenen Tauben ins Maul, sie brauchte dafür nur da zu sein als projizierte Protestfolie, um Zustimmung zu erhalten. Eine Frage wird sein, wie sich das längerfristig darstellt, wenn sie für ihren Erfolg auch praktisch etwas vorweisen und sich zumindest parlamentarisch „bewähren“ muss, ohne jedoch nennenswerte legislative Erfolge verbuchen zu können. Wie wird dieses Unterfangen andererseits auf ihre Abgeordneten zurückwirken? Mit der gegenwärtigen sehr restriktiven EU-Flüchtlings-

politik, die zu einem deutlichen Abschwelen der Flüchtlingswelle geführt hat (im April noch etwa 16.000 in Deutschland ankommende Flüchtlinge), ist der AfD in gewisser Weise einer ihrer selbstlaufenden Nährböden etwas entzogen worden. Sie hat daher geschickt ihre Hauptstoßrichtung schon vor dem jüngsten Parteitag auf das Thema des angeblich nur politischen Islam als Feindbild fokussiert. Es ist nach Eurokritik zu Beginn, dann Flucht das dritte Thema, mit dem sie derzeit weiter mobilisieren, populäre Stimmung machen und den Polit- und Medienkessel am Dampfen halten will. Die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten kommen diesem doppelbödigen Ansinnen zurzeit auch entgegen. AfD-RepräsentantInnen wie F. Petry, Beatrix von Storch, Alice Weidel oder Marcus Pretzell (MdB, vom rechten FDP-Rand kommend) werden zu bekannten TV-Talkrunden gebeten, dort ihre Vorstellungen zu verkünden. Bis auf die Linke haben alle Parteien inzwischen die Forderung nach einer Aufstockung von Polizei und Sicherheitskräften auf ihrer Agenda, was sich die AfD zumindest als kleinen Erfolg mit anheften kann. Sie hat an diesen beiden Punkten gemessen durchaus also in ihrem Sinn schon Positives zu verzeichnen. Was sie auch verstärkt weiter betreiben wird, ist ihre Forderung nach mehr plebiszitären Elementen in der Politik (Direktwahl des/der Bundespräsident/in/

en) bis hin zu Volksabstimmungen nach dem Schweizer Beispiel, was sie allerdings im bundesdeutschen Parteienfeld derzeit nicht gerade koalitionsfähiger, aber attraktiv für eine Parteien verdrossene Klientel macht. Der bayerische AfD-Landesverband vereinbarte auf einem eurokritischen Kongress der AfD Anfang des Jahres die erste länderübergreifende Kooperation als „Blaue Allianz“ mit der österreichischen FPÖ, deren Bedeutung und Einfluss weiter zunimmt. Die AfD und ihr massenhafter Zulauf ist noch ein Phänomen, ein Warnsignal, wenn man so will, das es zu erkennen gilt, wenn den Anfängen gewehrt werden soll.

Literatur/Quellen:

A. Häusler / R. Roeser: *Die rechten „Mut“-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der „Alternative für Deutschland“*.

Hamburg 2015

A. Häusler / F. Virchow (Hg.): *Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste - Abstieg der Mitte - Ressentiments. Eine Flugschrift*.

Hamburg 2016

Phoenix TV-Dokumentation: *Wofür steht die AfD?* April 2016

Phoenix Runde: *Populisten im Aufwind - wie reagieren die Volksparteien?* 4..5.2016

Alban Werner: *Was ist, was will, wie wirkt die AfD?* Köln 2015

„Lasst euer Licht leuchten vor den Leuten ...“

Das Servizio Cristiano in Riesi/Sizilien

Von Rafael Dreyer

Das Museum des Servizio Cristiano in Riesi ist eröffnet. Das Licht im Frühling auf dem Ölberg in Riesi ist so

gastfreundlich und wärmend, doch manchmal grell. Hier ein Bericht vom comitato generale des Servizio Cristiano.*

Jesus hat seinen Hörern in der Bergpredigt zugerufen: „Ihr seid das Licht der



Agape Zentrum Riesi

Welt. Es kann die Stadt, die auf einem Berge liegt, nicht verborgen sein.“ Der Servizio Cristiano liegt ja auf einem Berg, dem „Monte degli Ulivi“, und ist seit über 50 Jahren weit über die Grenzen der Stadt Riesi hinaus bekannt, als ein sichtbares Zeichen von Gottes neuer Welt, in der nicht mehr Gier und Gewalt herrschen, sondern in der die praktische Nächstenliebe wie ein Licht auf einem Leuchter hochgehalten wird, als Hoffnung inmitten einer alternden Gesellschaft, die von wirtschaftlicher Depression und einer massiven Abwanderung gekennzeichnet ist. Die Strahlkraft dieser diakonischen Einrichtung auf dem Berg zeigt sich auch in der Vielzahl der Unterstützer und Freundeskreise. z.B. in Deutschland, Frankreich und der Schweiz, von denen alljährlich einige Vertreterinnen und Vertreter zum Comitato Generale anreisen, um die Arbeit des Servizio Cristiano zu begleiten und zu unterstützen. Früher war ich Pastor der Waldensergemeinde in Riesi. Deshalb habe ich den Freundeskreis der Waldenserkirche in Rheinland und Westfalen zum ersten Mal beim diesjährigen Generalkomitee (vom 22.-26. April 2015) vertreten, als Nachfolger von Pastor Marco Sorg. Mit meiner Frau Esther und unserer Tochter Sara sind wir als Familie im Servizio Cristiano herzlich empfangen worden, besonders die vorzügliche Küche des Servizio Cristi-

ano hat uns wieder inspiriert. Wir haben die warmherzige Begegnung mit den Schwestern und Brüdern der Waldenserkirche und denjenigen des Servizio Cristiano genossen, ein frohes Wiedersehen, besonders auf dem sizilien-weiten Kirchentag, der Giornata del Protestantismo Siciliano, der wie jedes Jahr am 25. April, dem nationalen Feiertag, Gedenktag der Befreiung Italiens vom Faschismus, stattfand. Hier kamen aus allen Waldensergemeinden Gruppen angereist, z.T. mit großen Reisebussen, wie z.B. aus Palermo oder auch aus Enna, wo eine kleine Gemeinde erst seit einigen Jahren besteht. Auch die Adventistische Gemeinde aus Plaza Armerina und die Baptisten aus Catania gesellten sich dazu. Die Sonneneinstrahlung war an diesem Tag für mich um Mittag jedoch schon so grell, dass ich mir einen Sonnenstich holte, der erst nach einer Woche langsam nachließ.

Sieht man die Sonne als sizilianisches Markenzeichen an, so mischen sich wärmende und hoffnungsvoll-lichte Momente des evangelischen Zeugnisses in Riesi mit bisweilen grellen Störungen desselben: einerseits ist die finanzielle Lage des Servizio Cristiano dank der weiter stark ansteigenden Einnahmen aus den „Otto-per-Mille“-Mandats-Steuergeldern nicht mehr so prekär wie in der Vergangenheit, sondern steht auf solideren Füßen. So werden daher nun bald alle Gebäude auf dem Gelände renoviert sein und in neuem Glanz erstrahlen. Andererseits gestalten sich die Beziehungen zur öffentlichen Hand sehr zäh, was die Verzögerung der zugesagten Mittel für die pädagogischen Einrichtungen am Servizio Cristiano betrifft, und stören daher die Bilanzentwicklung empfindlich. Erwähnenswert und ermutigend ist die Eröffnung des gerade neu eröffneten Museums, das die Geschichte des Servizio Cristiano multi-



Eröffnungen des Museums

medial präsentiert, und das von der Stadt Riesi besonders gefördert wird.

Auch das Gästehaus, die Foresteria, verzeichnet im Vergleich zum Vorjahr wieder leicht ansteigende Buchungszahlen. Das zertifizierte biologische Olivenöl erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit, besonders im mitteleuropäischen Ausland, und ist jedes Mal innerhalb von vier Wochen nach der Ernte ausverkauft. Es konnten auch zwei Landstücke für den Ölanbau hinzugekauft werden mit einer Größe von über 9500 Quadratmetern und über 200 neuen Olivenbaumsetzlingen. Der Pioniergeist des Servizio Cristiano lockt weiterhin viele kirchliche Gruppen aus vielen europäischen Ländern nach Riesi, die sich zum Teil sehr tatkräftig auf freiwilliger Basis an der Ernte beteiligen. Ein bitterer Beigeschmack jedoch kommt vom Schädlingsbefall, der den gesamten Olivenanbau in Italien betrifft, und der zu einer Verminderung der Ölmenge führte.

Eine weitere grelle Störung des Zentrums kam im vergangenen Jahr durch Vandalismus: Böswillige Zerstörungen am Gebäude der Grundschule, später dann an der Wohnung des Direktors, wo auch Patronenhülsen von Schusswaffen gefunden wurden, und später durch einen Einbruch. Man hatte es auf die Wertsachen der jungen Freiwilligen abgesehen hatte. Auch viele

schlecht ausgeführte Renovierungsarbeiten durch Firmen aus Riesi haben der Leitung des Servizio Cristiano Kopfzerbrechen bereitet. Erfreulicherweise sollen sich der Kindergarten und die Grundschule im Hinblick auf Inklusion und individuelle Förderung der Kinder noch weiter entwickeln. Die Anmeldezahlen für Kindergarten und Schule sinken jedoch leicht, was auf lange Sicht wegen der ungünstigen demographischen Lage der Region zu Schwierigkeiten führen kann.

Auch im Bereich des Freiwilligen-Dienstes mischen sich ermutigende und bittere Erfahrungen. Auf der einen Seite leisten die ca. 10 jungen Freiwilligen die überwiegend aus Deutschland für ein Jahr nach Riesi kommen, einen wertvollen Dienst. Andererseits hat das Exekutivkomitee mit Unterstützung des Comitato Generale entschieden, die Zahl der ausländischen Freiwilligen um fünf Personen zu reduzieren, auch um ihnen einige italienische Freiwillige an die Seite zu stellen. Es sollen darüber hinaus für bestimmte Arbeiten bezahlte Kräfte neu eingestellt werden. Einer der Gründe für diese Reduzierung ist, dass die deutschsprachigen Freiwilligen sich nach Einschätzung der hauptamtlichen Mitarbeiter, die diese betreuen, nicht immer in ausreichendem Maße sprachlich im Zentrum integrieren und sich auch nicht alle genügend auf die erforderlichen Arbeiten einlassen oder mit dem Zentrum und seiner Mission identifizieren.

Auch wenn manch grelle Erfahrung in dieser sonnigen Stadt Riesi den Blick trüben und zu Kopfschmerzen führen kann, so gilt: Ein warmes und starkes Licht geht vom Servizio Cristiano aus, im Weitertragen der praktischen Liebe Gottes für alle, besonders für die Benachteiligten und Gedemütigten. Es ist ein wichtiges evangelisches Zeugnis, das nicht verborgen bleibt, Gott sei Dank!

*www.waldenser-freundeskreis.de

Vorsitzende: Pfarrerin Cordula Altenbernd, D-45259 Essen, Elsaßstraße 3–5, cordula.altenbernd@t-online.de

Rafael Dreyer, geb. 31.8.1972, leistete den Zivildienst mit Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in Rugby und Coventry (England) und absolvierte ein Studium in Modern European Studies am University College London, Abschluss B.A.Honours. Nach dem Studium der evangelischen Theologie in Berlin und Bonn und einer Zeit als Vikar in Bendorf/Rh. war er 2009-2011 Pfarrer der evangelischen Gemeinde der Waldenser und Methodisten in Palermo-Noce/Sizilien, danach zwei Jahre Pfarrer der Waldenser-Gemeinde in Riesi/Sizilien. Derzeit ist er Pfarrer der Ev. Kirchengemeinde Plettenberg, Mitglied im Regionalen Arbeits-

kreis MÖWe Südwestfalen und aktiv im Freundeskreis der Waldenserkirche e.V. in Rheinland und Westfalen. Sein Arbeitsschwerpunkt, auch als Referent der MÖWe, ist die interkulturelle Gemeindearbeit, „Gemeinsam Kirche Sein“, mit Flüchtlingen. Er ist Leiter der Steuerungsgruppe der Fairtrade-Stadt Plettenberg.

Verheiratet ist er mit Esther Afia, geb. Kwakyewaa, die in Ghana aufgewachsen ist. Die Tochter des Paares heißt Sara Ofeibea.



Rafael Dreyer

Zeugnis einer neuen Christologie im koreanischen Kontext

„Meet me in Galilee – trifft mich in Galiläa“

Von IN, Myung-jin

Ich wurde in eine koreanische Familie mit konservativen christlichen Werten geboren. Und ich wuchs in christlicher Kultur auf. Deswegen war es für mich nicht ungewöhnlich, dass ich davon träumte, einmal Theologie an einem theologischen Seminar zu studieren und Pfarrer zu werden.

Mein Traum war es, Gemeindepfarrer in einer großen Kirche mit vielen unterstützenden Mitgliedern zu werden. Ich stellte mir vor, auf der Kanzel zu stehen, die Predigt zu halten und dabei einen farbenfrohen Talar zu tragen.

Mein Plan verlief zunächst so wie ich es mir gewünscht hatte. Jedoch änderte sich das ein Jahr vor meinem Abschluss im Theologischen Seminar.

Im September 1970 verbrannte sich der junge Arbeiter Chun, Tae-il auf dem Pyung Hwa Markt in Seoul. Seine Tat war ein Protest gegen die schlechten Arbeitsbedingungen. Das rasante Industriewachstum in Korea geschah auf Kosten der Arbeiter und Arbeiterinnen, die in langen Arbeitszeiten für niedrige Löhne arbeiteten. Viele Menschen in Korea, ich eingeschlossen, waren vom Vorfall auf dem Pyung Hwa Markt geschockt. Auch an der Kirche ging das Geschehene nicht spurlos vorbei. Ernsthafte Fragen beschäftigten uns, wie zum Beispiel „Wer ist Jesus Christus für die Arbeiter?“ „Welche Bedeutung hat die Kirche für sie?“ „Wo war die Kirche, als der Vorfall geschah?“

Nach einem langen Gebet und vielen Überlegungen wurde mir klar, dass wir Jesus

Christus folgen sollten und dass wir – die Kirchenvertreter – ganz nah bei Jesus Christus sein sollten. Es stellte sich eine Frage: „Wo ist Jesus in unserer aktuellen Situation?“

Jesus ist in den verschiedenen Kirchen auf unterschiedliche Weise präsent. In der römisch-katholischen Tradition ist es die Eucharistiefeier, bei den Protestanten die Heilige Schrift, für andere wird Jesus durch die Kirche repräsentiert. Die Bibel sagt uns einfach und deutlich, wo Jesus ist. Im Markus-evangelium 16, 1-8 ist davon die Rede. Markus beendet seine Erzählung, indem er sagt: „... dass er vor euch hingehen wird nach Galiläa; dort werdet ihr ihn sehen, wie er euch gesagt hat ...“ Markus bezeugt Jesu Auffahren in den Himmel 40 Tage nach seiner Auferstehung aus dem Grab. Am Ende des Evangeliums lädt Markus seine Leser ein, nach Galiläa zu kommen. Dorthin wo Jesus ist und wo sie ihn treffen können.

Wo war Galiläa in den 1970ern in Korea?

Ich kam zu dem Entschluss, dass Jesus in der armen Vorstadt Guro war. Dort arbeiteten viele Menschen in Überstunden und für niedrige Arbeitslöhne und verhalfen Korea damit maßgeblich zu seiner wirtschaftlichen Entwicklung.

Nach meinem Abschluss zog ich also nach Guro, dorthin wo die leidenden Arbeiter wohnten. Dort lebte ich mehr als 40 Jahre lang mit ihnen. Am Anfang begann ich, selbst in einer Fabrik zu arbeiten und teilte mein Leben mit den Arbeitern. Um meine Familie zu unterstützen, arbeitete ich – wie die anderen auch – 12 Stunden täglich und ohne Pausen. Dieses eine Jahr in der Fabrik änderte mein Leben erneut. Die Erfahrungen, die ich während meiner Zeit als Arbeiter gesammelt hatte, öffneten mir die Augen und machten es mir möglich, die Bibel aus ganz anderen Perspektiven zu sehen. „Liebe deinen Nächsten“

bedeutet nicht, den Armen etwas zu geben oder etwas für sie zu tun. „Liebe deinen Nächsten“ bedeutete für mich, genauso zu sein wie die Armen und mit ihnen unter den gleichen Bedingungen zu leben.

Durch Jesus Christus wurde Gott Fleisch, in seiner Gestalt kam er als Mensch auf die Welt. Deswegen wollte ich den Hunger der Arbeiter, ihre Leiden und ihre Tränen teilen. Ich wollte ihnen meine Nächstenliebe nicht aus der Ferne schenken, sondern unter ihnen sein und sie mit ihnen teilen.

Nach meiner Arbeit in der Fabrik begann ich meinen Dienst in der Yeungdeungpo Urban Industrial Mission (UIM), wo ich 13 Jahre lang arbeitete. Meine Arbeit dort war eher einfach.

Wir aßen mit den Arbeitern und lebten mit ihnen zusammen. Wir schrien, lachten und ärgerten uns mit ihnen, und wir gaben alles was in unserer Macht stand, um sie aufzuwecken. Es war „gemeinsames Leben“, wie es Bonhoeffer einmal sagte. Wir waren nicht „für das Minjung (Volk) da“, nein, wir waren „das Minjung selbst“ und teilten unser Leben mit ihnen.

Als einige von ihnen ins Gefängnis kamen, folgte ich ihnen dorthin. Ich wurde viermal inhaftiert und verbrachte insgesamt drei Jahre hinter Gittern.

In dieser Zeit hat sich mein Blick auf die Welt maßgeblich erweitert. Ich verstand, dass die Angelegenheit oder das Problem eines Arbeiters nicht sein eigenes Problem war, sondern dass dieses Problem die sozialpolitische Struktur betraf. Wenn sich diese Struktur nicht änderte, würde die Situation jedes Einzelnen unverändert bleiben.

Ich lernte, dass der wesentliche Grund für ungleiche Strukturen und Ungerechtigkeit angesprochen werden musste. Es reicht nicht aus, Nächstenliebe zu praktizieren – so wichtig dies auch ist.

In der koreanischen Gesellschaft damals

wurden Liebe und Barmherzigkeit willkommen geheißen; die Forderung nach Gerechtigkeit bereitete den Menschen jedoch Unwohlsein.

Wenn man damit beginnt auf die strukturellen Gründe für Ungerechtigkeit hinzuweisen, wird man von den Privilegierten der Gesellschaft kritisiert und unterdrückt.

Zu jener Zeit bezeichnete mich die koreanische Diktatur als Kommunist und Unruhestifter. Jesus forderte mit seinen Worten „liebe deinen Nächsten“ auch die Gerechtigkeit für andere. Und dafür wurde er kritisiert und bedroht.

Während dieser Zeit erlebten wir eine erstaunliche Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter und ihrer Anführer. Und schließlich wurde die koreanische Gesellschaft Zeuge des Verfalls der Diktatur durch die Macht des Volkes.

Wie war dies möglich? Wer machte dies möglich?

Ich bezweifle nicht, dass Jesus unter den armen Arbeitern war. Er gab ihnen Kraft, er befreite viele von ihnen aus der Knechtschaft und schenkte ihnen Freiheit. Viele Christen, die an der Bewegung beteiligt waren, würden meine Lebenserfahrungen teilen. Sie würden sagen, dass sie Jesus in der Fabrik, im Elendsviertel oder im Gefängnis getroffen haben. Jesus war zu dieser Zeit dort.

Wir in Korea erlebten Markus Kapitel 16. Die Minjung-Theologie entwickelte sich aus diesem Verständnis und aus diesen Erfahrungen.

1980 wurde ich vom koreanischen Geheimdienst verhaftet, da mir unterstellt wurde, ich hätte dem Oppositionsführer Kim, Dae-jung geholfen. 60 Tage lang wurde ich im Keller des Geheimdienstgebäudes gefoltert. Als ich dachte, ich würde sterben, bereitete ich mich auf den Tod vor und sprach mein letztes Gebet. Der Geheimdienst entschied

sich jedoch, mich des Landes zu verweisen, und ich ging ins Exil nach Australien. Somit musste ich die Yeungdeungpo UIM nach 13 Arbeitsjahren verlassen.

Die Galilee Church – eine Glaubensgemeinschaft, die Jesus Christus folgt

Ich blieb zwei Jahre in Australien. 1986 kehrte ich nach Korea zurück und gründete eine neue Gemeinde: die „Galilee Church in Seoul“. Ich hatte den Traum, eine Glaubensgemeinschaft zu gründen, die Jesus folgen würde, wo immer er auch sein sollte. Das war der Grund warum ich der Kirche den Namen „Galiläa“ gab. Sie befindet sich in Gurodong, im selben Stadtteil, in der auch die Yeungdeungpo Urban Industrial Mission liegt.

Es gab noch einen anderen Grund warum ich meinen Kirchendienst begann. Es war eine Art Hausaufgabe von der Industrial Mission. Nach der Reformierung der ungerechten Strukturen erwartete ich eine gleichberechtigte und gerechte Gesellschaft. Jedoch wurde mir klar, dass ein solcher Wandel nicht automatisch geschieht. Es war nicht nur die Gesellschaft, die sich verändern musste – jede einzelne Person musste zum Wandel beitragen. Solange dies nicht bei den Menschen ankam, konnte die Reform nicht vollendet werden. Das ist eine geschichtliche Lektion, die uns der Kommunismus und der Sozialismus im letzten Jahrhundert gelehrt hat. Es reicht nicht aus, nur die Strukturen zu ändern, auch jedes Individuum muss sich ändern.

Eine neue Frage stellte sich mir: Wie könnte ich jede einzelne Person ändern, sodass unsere Gesellschaft endlich gleichberechtigt und gerecht wird, wie wir es uns schon so lange erträumten?

Ich dachte, dass einzig das Evangelium den Menschen verändern könne. Also gründete ich eine Kirchengemeinde.

Christliche Verantwortung in der Gesellschaft

Während meiner 28 Dienstjahre in der Galilee Church – von 1986 bis 2014 – gab es drei große Geschehnisse, die ich nicht erwartet hätte.

1. 1987 wurde die „Nationale Front für die Demokratisierung Koreas“ gegründet, die sich gegen den Militärdiktator Chun, Doohwan stellte. Ich wurde zum Sprecher der Nationalen Front berufen, und die Galilee Church unterstützte mich dabei, indem sie eine Vertretung für mich einstellte. Dadurch konnte ich mich ganz meiner Arbeit in der Bewegung widmen. Alle wussten, dass das Amt des Sprechers – für das ich berufen wurde – ein sicherer Grund war, verhaftet zu werden. Die Mitglieder der Nationalen Front für die Demokratisierung kamen aus fast allen Gesellschaftsschichten. So gab es dort Menschen aus der Oppositionspartei, Studenten, Bauern, Arbeiter, Jugendliche, Anwälte, Frauen, Buddhisten, Katholiken, Protestanten usw.

Diese Nationale Front führte die Juni-Revolution 1987 an und setzte der 28 Jahre dauernden Diktatur ein Ende. Ich stand im Zentrum der Bewegung und konnte eine der wichtigsten Rollen dort ausüben. Es war jedoch nicht nur mein Verdienst – auch die Mitglieder der Galilee Church trugen zum Erfolg bei, da sie mich in allem was ich tat, unterstützen.

2. Das zweite Ereignis, das ich nicht erwartet hatte, geschah zu Zeiten des Regimes von Präsident Kim-Young-sam. Während dieser Zeit gab es viele Versuche, die Regierung zu reformieren, und ich wurde dazu eingeladen, mich am Prozess zu beteiligen. Zwar kündigte ich meine Stelle als Gemeindepfarrer nicht, jedoch saß ich trotzdem in der Präsidialen Kommission – zum Beispiel in der Verwaltungskommission, um mich für eine Gesetzesänderung und die Änderung der Re-

gierungsvorschriften einzusetzen. Ich war zusätzlich Mitglied im Arbeits- und Führungskomitee, das sich mit der Umgestaltung des Arbeitsrechtes beschäftigte, und ich nahm an der Präsidialen Kommission zur Globalisierung teil, die sich für die gerechte Behandlung der Arbeitsmigranten einsetzte. Schließlich war ich Mitglied im Nationalen Antikorruptionskomitee, um unsere Gesellschaft von der Korruption zu befreien. Ich glaube daran, dass all diese Aufgaben ein Teil von Gottes Mission und meinem Dienst als Pfarrer sind.

3. Das dritte Geschehnis, das mich überraschte, war die Berufung als Vorsitzender der Ethikkommission der Grand National Party im Jahr 2004. Nachdem ich den Posten anfangs abgelehnt hatte, nahm ich ihn schließlich doch an. Zwei Jahre lang war ich – ein Pfarrer – also Vorsitzender der Ethikkommission. So etwas gab es in der Geschichte der koreanischen Politik und Kirche bis dahin noch nie. Wie Sie sich vorstellen können, löste dies eine große Debatte über die Frage aus, ob diese Position für einen Gemeindepfarrer angemessen sei. Außerdem war die Grand National Party nicht nur eine konservative Partei, sondern auch ein Vermächtnis des Militärregimes. Einige Menschen glaubten, ich würde die Demokratiebewegung damit verraten. Unter der Bedingung, kein Mitglied der Partei zu werden, nahm ich die Aufgabe an, und die Galilee Church unterstützte mich auch dieses Mal wieder dabei.

Ich hatte natürlich meine eigene theologische Meinung zur „christlichen Verantwortung in der Gesellschaft“. In Matthäus 5, 13 sagt Jesus: „Ihr seid das Salz der Erde“. Christen sollten kein Teil einer Ideologie oder einer konservativen oder fortschrittlichen Partei werden. Wann immer es jedoch einer Reform bedarf, sollten wir die Rolle des Salzes einnehmen. Dann können wir wirklich alle Aspekte der Gesellschaft ändern und sie

gut und gerecht machen. Zu jener Zeit war die Grand National Party korrupt und benötigte dringend dieses Salz, von dem ich eben sprach. Ich glaube, Gott hat mich in dieser Situation dazu berufen, das Salz zu sein. Gottes Mission umfasst weit mehr als nur den Dienst in der Kirche. Wissen Sie, was schließlich mit der Oppositionspartei geschah? Sie erlangte das Vertrauen der Menschen wieder und wurde später zu einer regierenden Partei.

Mit Jesus Christus in der Gemeinde leben

Während der 28 Jahre im Dienste der Galilee Church, stellte sich mir ständig die Frage „Wo ist Jesus jetzt, hier bei uns?“. Zusammen mit der Gemeinde hielten wir uns an dieser Frage fest und versuchten, unseren Alltag mit Jesus zu leben. Ich werde nun ein paar unserer Erfahrungen mit Ihnen teilen.

1. Eine der wichtigsten Routine-Situationen im täglichen Leben ist das Essen. Ich fragte „Wo ist Jesus, wenn wir essen?“ Ich bin der Meinung, wir sollten zusammen mit Jesus essen. Nicht nur unsere Familie sollte am Esstisch sitzen, auch Jesus sollte bei uns sein. Wie kann Jesus Christus zusammen mit uns essen? Es ist einfach: man lädt die armen Menschen zum Essen ein; diese Menschen sind der heutige Jesus. Die Bibel sagt deutlich, dass die Armen um uns herum Jesus sind. Matthäus 25,40: „Wahrlich ich sage euch: Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“

Die Herausforderung ist es aber, wie wir die armen Menschen jeden Tag zum Essen bei uns einladen sollen. Dies ist jedoch auch ganz einfach. Besteht meine Familie aus vier Mitgliedern, dann sind es zusammen mit Jesus fünf Personen, die mitessen. Also werden die Kosten für eine Mahlzeit an die Armen gespendet. Die Mitglieder der Galilee Church spenden diese sogenannten „Essenskosten für

Jesus“ und mit dem gesammelten Geld werden fast jeden Sonntag 160 Mahlzeiten an bedürftige Menschen aus der Umgebung verteilt.

2. Schon seit 23 Jahren unterstützt unsere Kirche Arbeitsmigranten. In den besten Zeiten trafen sich bis zu 800 ausländische Arbeiter in der Galilee Church. Heute kommen jeden Sonntag noch etwa 200 von ihnen. Wir unterstützen sie bei unterschiedlichsten Dingen, egal welcher Religion sie angehören. Wir kümmern uns um die Kranken, geben den Hungrigen Essen und schließen Freundschaften mit den Einsamen. Ganz gleich, ob sie uns fremd sind, denn Jesus war auch ein Fremder. Außerdem unterstützen wir sie in ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und faire Löhne. Wir haben nie jemanden dazu bringen wollen, den christlichen Glauben anzunehmen. Als manche von ihnen bereit waren und uns darum baten, eine eigene Gemeinde zu gründen, unterstützen wir sie dabei, Pfarrer aus ihren Heimatländern nach Korea einzuladen. Deshalb feiern diese ethnischen Gruppen ihre Gottesdienste in der eigenen Sprache. Geleitet werden sie von Pfarrern aus Indonesien, der Mongolei, Pakistan und von den Philippinen. Sie dürfen die Räumlichkeiten unserer Kirche benutzen, und manchmal werden sie von uns finanziell unterstützt. Wir sind froh, bereits 830 Arbeitsmigranten getauft zu haben. Viele von ihnen haben nach der Rückkehr in ihre Heimat dort christliche Gemeinden gegründet. So gibt es zum Beispiel eine Kirche in Ulaanbaatar, der mongolischen Hauptstadt, die den Namen Galilee Church trägt. Des Weiteren wurden 14 Kirchen in Indonesien und in anderen Teilen Asiens gegründet. Eine gibt es sogar in Pakistan. Die meisten dieser Kirchen stehen weiterhin in Kontakt mit unserer Galilee Church in Seoul und haben eine gute Beziehung zueinander. Für unsere Kirchenmitglieder war dies ein Prozess, in dem sie

lernten, wie man Jesus in unserer heutigen Zeit begegnen kann.

3. Im 5. Buch Mose 16, 11 steht: „Und sollst fröhlich sein vor dem Herrn, deinem Gott, du und dein Sohn, deine Tochter, dein Knecht, deine Magd und der Levit, der in deinem Tor ist, der Fremdling, der Waise, und die Witwe, die in deiner Mitte sind ...“

Wenn Christen feiern, dann kann diese Feier nur dann ein wahres freudvolles Ereignis sein, wenn Arme, Waisen, Witwen, Fremde und Sklaven eingeladen wurden. Dies ist unsere heilige Verantwortung, die wir als Christen tragen. Deswegen habe ich meine Kirchenmitglieder dazu ermutigt, ihren Segen – an Geburtstagen, Hochzeiten, Feiertagen oder sogar bei Beerdigungen – mit anderen zu teilen. Die Mitglieder der Galilee Church haben Geschenke von diesen Ereignissen gespendet, um von dem Geld Kühe für arme Bauern, Kriegsweisen und Witwen in Vietnam zu kaufen. Eine Kuh kostet ungefähr 500 US-Dollar. Wir sind durch diese Spenden in der Lage, pro Jahr etwa 50 Kühe zu kaufen – bis heute wurden insgesamt 800 Kühe verteilt. Unsere Unterstützung der Menschen in Vietnam ist auch ein Heilungsprozess von den Einsätzen der koreanischen Soldaten im Vietnamkrieg. Auf diese Weise erinnern wir uns der Allgegenwärtigkeit Jesu unter uns.

4. Eine ernsthafte Sünde, die wir koreanischen Christen in der heutigen Zeit begehen, ist die Anbetung von Geld anstelle von Gott. Ein Nebeneffekt davon ist am Egoismus der Familien anstelle der Nächstenliebe zu erkennen. Seine eigenen Kinder zu lieben, bedeutet für Koreaner fast das gleiche, wie Gott zu dienen. Der geistige Kampf, den wir in der Galilee Church kämpfen, richtet sich gegen Materialismus und extremen Egoismus. Um diese Aspekte unseres Lebens zu überwinden, unterstützen wir einige Kinder in Nordkorea. Im Geiste haben die Mitglieder unserer Kir-

che ein unterernährtes Kind in Nordkorea adoptiert. Dies führte dazu, dass für bereits 500 nordkoreanische Kinder eine Patenschaft übernommen wurde, durch die die Kinder monatlich unterstützt werden. Ich habe meine Gemeindemitglieder dazu bestärkt, an ein Kind in Nordkorea zu denken, wenn sie ihr eigenes Kind anschauen. Und ich habe ihnen gezeigt, wie man dieses nordkoreanische Kind auf praktische Weise unterstützt. Es ist wichtig, ein Herz für die Kinder in Nordkorea zu haben. Dank Gottes Gnade sind wir in der Lage, pro Monat 5000 US-Dollar an die Kinder zu spenden.

5. Als Kirche können wir die Umweltkrise, mit der wir konfrontiert sind, nicht ignorieren. Dieses Problem betrifft viele Kirchen auf der Welt. In Römer 8,19 steht: „Denn das ängstliche Harren der Kreatur wartet auf die Offenbarung der Kinder Gottes“. Den Planeten zu erhalten und ihn zu schützen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der zukünftigen Generationen. Im Jahr 1982 begann die Galilee Church sich für Umweltthemen einzusetzen und war damit die erste Kirchengemeinde in Korea. Ich habe die Mitglieder dazu ermutigt, sich den Problemen und Aufgaben zu stellen und sie als Teil ihrer Mission anzuerkennen. Daher haben wir die sogenannte „CO₂-Kollekte“, die andere Kirchen nicht haben. Die Gemeindeglieder versuchen, Wasser, Strom, Gas und Benzin zu sparen und geben das dadurch gesparte Geld als CO₂-Kollekte. Somit konnten wir bisher jedes Jahr 20 000 US-Dollar sammeln. Mit diesem Geld wurden jedes Jahr 2000 Bäume in verwüsteten Regionen der Mongolei gepflanzt. Die Gemeindemitglieder mit ihren Kindern haben bei den Pflanz-Aktionen teilgenommen und sind Zeugen der positiven Veränderungen geworden: Wälder entstehen, und die Seen des Landes können sich wieder erholen. Wir haben die zurückgewonnenen Grünflächen „Galilee Forest“ genannt. Einige Buddhisten

und NGOs haben uns bei der Arbeit geholfen. Im Jahr 2015 wurden wir dafür mit dem Nationalen Verdienstorden der Mongolei ausgezeichnet.

Missionsarbeit sollte sich nicht außerhalb unseres Alltags abspielen. Ich habe meine Gemeinde dazu angehalten, Gottes Mission in ihren Alltag zu integrieren. Diese Aufgabe war erfolgreich, da wir zusammen in der Bibel lasen. Wir haben uns auf das Leben Jesu konzentriert und versucht, dort zu sein, wo Jesus heute sein würde. Für mich besteht die Aufgabe eines Gemeindepfarrers darin, die Gemeindeglieder erkennen zu lassen, wo Jesus ist, sie zu ihm zu führen und zusammen mit Jesus zu leben und zu arbeiten. Ein Pfarrer muss seine Gemeinde vor die Aufgabe stellen, Jesus im täglichen Leben zu begegnen. Diese Hinführung zu Jesus sollte detailliert geplant sein. Meine Erfahrung hat mir gezeigt, dass jene, die Jesus in ihrem täglichen Leben begegnen, viel glücklicher darüber sind, ein Teil von Gottes Mission zu sein. Ich habe miterlebt, wie positiv sich meine Gemeinde verändert hat.

Kooperation – Interreligiöser Dialog – Trilaterale Mission

Ich persönlich war während meiner 28-jährigen Dienstzeit in der Galilee Church auch an anderen Projekten beteiligt. Dies ist bei anderen Pfarrern in Korea wohl nicht der Fall. Trotz häufiger Kritik bin ich davon überzeugt, dass Gott mich berufen hat, diese wichtige Aufgabe der Mission auszuführen. Glücklicherweise bin ich in der Lage, diese Mission auch nach meiner Pensionierung noch auszuführen.

Zum einen arbeite ich weiter mit dem Korean Sharing Movement zusammen und kümmere mich um humanitäre Hilfe für Nordkorea. Diese Bewegung ist eine der wichtigsten Nichtregierungsorganisationen Koreas, deren Mitglieder bekannte Reprä-

sentanten der koreanischen Gesellschaft sind. Als einer der Co-Präsidenten dieser Bewegung habe ich schon einige Reisen nach Nordkorea unternommen. Dabei habe ich einige besondere Aufgaben ausgeführt, die mir von der Regierung gegeben wurden. Dies fand vor allem während meiner Zeit als Berater für Wiedervereinigungsfragen unter der Regierung von Lee Myung-bak statt.

Eine meiner weiteren Aufgaben ist die Arbeit mit dem Fernsehen, Radio, Zeitungen und Magazinen. Auf Anfrage der Massenmedien äußere ich mich zu sozialen Themen. In der koreanischen Kultur ist es für einen Pfarrer nicht leicht, politische Themen zu kommentieren. Zusammen mit einem buddhistischen Mönch habe ich eine Sendung im buddhistischen Radio. In der Fernsehsendung „Oh my God“ arbeite ich mit einem katholischen Priester und einem buddhistischen Mönch zusammen. Wir sprechen über unterschiedliche gesellschaftliche Belange und tauschen dabei unsere verschiedenen religiösen Perspektiven aus. Das ist in Korea ganz neu.

Als ich noch Pfarrer der Galilee Church war, lud ich einmal einen buddhistischen Mönch in unseren Gottesdienst ein. Im Gegenzug dazu wurden ich und ein paar meiner Gemeindeglieder an Buddhas Geburtstag zum buddhistischen Tempel eingeladen. Dort verbrachten wir eine schöne Zeit zusammen. Obwohl ich für diesen Besuch kritisiert wurde, kann ich als der erste Pfarrer verzeichnet werden, der den interreligiösen Dialog in Korea initiierte.

Als letztes komme ich nun zu der Partnerschaftsarbeit. Das Yeungdeungpo Presbytery hat eine trilaterale Partnerschaft mit der Evangelischen Kirche der Pfalz und dem Volta Presbytery der Presbyterian Church of Ghana. Die Erfahrungen, die ich während der vielen Begegnungen machen durfte, waren für mich sehr wertvoll. Diese

trilaterale Partnerschaftsarbeit ist eine neue Art der Mission in der heutigen, sich verändernden Welt. Unsere Partnerschaft wird in der Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen und wird damit zum Verständnis der modernen Missiologie beitragen.

Lassen Sie mich abschließend Folgendes hervorheben:

In der heutigen Zeit befinden sich viele Kirchen auf der ganzen Welt in einer Krise. In Korea sorgen wir uns sehr um die abnehmende Anzahl von Mitgliedern. Meiner Meinung nach ist jedoch der Verlust des Einflusses der Kirche auf die Gesellschaft noch bedenklicher. Was ist der Grund dafür? Wir müssen an die Grundaussagen der Kirche denken: „ubi Christus, ibi ecclesia – wo Christus ist, dort ist die Kirche“

Wo ist Jesus heute?

Die Kirche und die Theologie müssen eine Antwort auf diese Frage haben. Dies ist die einzige Möglichkeit, wie wir die Krise überwinden können, die wir gerade erleben.

Vielen Dank!

Übersetzung aus dem Englischen:

Sophie Dauenhauer

Text bei Marianne Wagner M.A., Pfarrerin für Weltmission und Ökumene der Evange-

lischen Kirche der Pfalz (Prot. Landeskirche), Missionarisch Ökumenischer Dienst (MÖD.) Westbahnstr. 4, 76829 Landau, Tel. 0049 6341 928911

IN, Myung-jin, Jahrgang 1945, ist Pfarrer der PCK. Die von ihm gegründete Galilee-Kirchengemeinde widmete sich als eine der ersten in Korea der Arbeit mit Migranten, entwickelte ein klar sozialdiakonisches Profil und ist heute das Dach der koreanischen sowie vier weiterer internationaler Gemeinden (Indonesien, Mongolei etc.).



IN, Myung-jin

Pfarrer IN erwarb einen Bachelor-Abschluss der Hanshin Universität, ein Diplom des Presbyterian College and Theological Seminary Seoul (PCTS) einen Dokortitel des Theologischen Seminars San Francisco und erhielt eine Zusatzausbildung für Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen an der Soongshil Universität. Im Jahr 2015 verlieh ihm das PCTS die Ehren doktorwürde. Er erhielt zahlreiche Auszeichnungen.

Interview mit Enrique M. Jaramillo Garcia und Übersetzung

Peru – das Leben auf der Straße ist die Hölle

Von Helmut Kaiser

Wie kann man sich das Phänomen der Straßenkinder und -jugendlichen erklären?

Das Phänomen der Straßenkinder ist vor allem ein städtisches Problem und tauchte in England im 19. Jahrhundert auf dem

Höhepunkt der Epoche der industriellen Revolution auf. Das erste Kind, das auf der Straße lebte, war Oliver Twist. Charles Dickens schrieb einen Roman über ihn.

In Peru tauchte dieses soziale Phänomen etwa in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts auf, als Folge der Einwanderungswelle

wegen der Landflucht. So bildeten sich später dann Armenviertel wie Cerro San Cosme, Cerro El Agustino, etc.

Die ersten Straßenkinder tauchen in dem Viertel von La Parada auf, in dem Bezirk von La Victoria. In ihrer Mehrheit waren dies Kinder von Migranten aus den Anden und von Familien, die unter vielen Entbehrungen zu leiden hatten und ihre grundlegenden Bedürfnisse nicht befriedigen konnten. Wie schon immer standen die Einwohner Limas und die peruanische Gesellschaft diesen Kindern und Jugendlichen gleichgültig und diskriminierend gegenüber und bezeichneten sie als „Aasgeier“. Die Bezeichnung „Aasgeier“ gab man diesen Kindern, da sie um Obst baten, um sich zu ernähren und in den Straßen des Viertels schliefen, wo immer Kriminalität und Prostitution regierten.

In den 90er Jahren, mit der Anwendung der neoliberalen Politik und durch die politische Gewalt¹, erhöhte sich die Zahl der Straßenkinder als Folge des Bruchs von sozialen und emotionalen Verbindungen der Kinder und Jugendlichen zu ihren Familien. Sie machten die Straßen der Hauptstadt Lima zu ihrem täglichen Lebensraum.

In diesen Jahren wurden die wesentlichen Parks und Straßen des historischen Zentrums von Lima von Hunderten von Kindern und Jugendlichen eingenommen. Alle gaben sich dem Konsum von psychoaktiven Substanzen hin, zuerst dem Inhalieren von Klebstoff, besser bekannt als Terokal, später dann dem Konsum der Kokain-Basispasta, Marihuana und Kombinationen davon. Und um zu überleben, verfielen sie in nicht soziale Verhaltensweisen wie Überfall, Raub und einige Mädchen und Heranwachsende der Prostitution.

Diese Kinder und Jugendlichen kommen zu 99,9% aus sehr armen und zerstörten Haushalten vom Rande der Gesell-

schaft Limas, das heißt von Bezirken der Peripherie. Sie wurden sowohl von der Gesellschaft als auch von den staatlichen SozialarbeiterInnen Piranhas genannt, weil sie in Gruppen stahlen oder Überfälle verübten.

Was sind die Motive, weswegen diese Kinder und Jugendlichen auf der Straße leben? Warum verlassen sie ihre Familien?

Der Hauptgrund, warum sich die Kinder und Jugendlichen entscheiden, ihr Heim zu verlassen und auf die Straße fliehen, besteht in der Mehrheit der Fälle darin, dass sie Opfer von familiärer Gewalt wurden und im Fehlen von emotionalen Bindungen an die Mutter oder den Vater, wenn es ihn denn gibt. In der Mehrheit sind es Kinder aus zerrütteten Familienverhältnissen mit nur einem Elternteil. Diese Familien leben in extremer Armut und in Elend an der Peripherie der Stadt.

Viele der Väter oder Mütter dieser Kinder haben nicht die notwendigen ökonomischen Ressourcen, um die Basisbedürfnisse ihrer Kinder zu befriedigen. Daher fliehen diese in einem Akt der Befreiung von zu Hause, was in metaphorischen Termini wie das Fegefeuer ist, und leben schließlich auf der Straße, was die Hölle ist, und in der sie dem Konsum von psychoaktiven Substanzen und nicht sozialen Verhaltensweisen ausgesetzt sind.

In anderen Fällen fliehen die Kinder von zu Hause, weil sie vom Stiefvater oder einem nahen Familienangehörigen vergewaltigt wurden, oder weil es an den notwendigen Ressourcen fehlt, um sich zu ernähren, zur Schule oder zum Arzt zu gehen.

Die große Mehrheit dieser Kinder hat „toxische“ Familien, das heißt, viele von ihnen (Vater, Mutter, Stiefvater oder Stiefmutter) sind im informellen Sektor beschäftigt oder als Drogenkleindealer tätig. In anderen Fällen sind sie wegen verschiedener Delikte

im Gefängnis. Diese Kinder leiden unter der Tatsache, dass sie Kinder der Ungleichheit, der Armut, des ausgeschlossen Seins und der Gewalt sind.

Leben auf der Straße heißt Leben in der Hölle. Können Sie diese Hölle etwas näher beschreiben?

Wenn ich in metaphorischer Weise behaupte, dass die Kinder, Jugendlichen und andere von der Gesellschaft ausgeschlossene Minderheiten auf den Straßen der Hauptstadt Lima wie in der Hölle leben, so deshalb, weil es in den Straßen Limas, diesem verborgenen, perversen und gewalttätigen Gesicht der Stadt, alle möglichen Gattungen von organisierten Netzwerken der Kriminalität (Lumpen, etc.) gibt, die den Kindern Drogen anbieten und sie so Schritt für Schritt zu unangepasstem Randverhalten wie Überfällen, Raub, Ausbeutung der Kindersexualität, Bettelei, etc. drängen.

Außerdem haben sich in verschiedenen Zonen des historischen Zentrums von Lima und peripheren Vierteln Zonen der sozialen Apartheid herausgebildet, in denen menschliche Ghettos in heruntergekommenen Häusern existieren und skrupellose Menschen den Kindern und Jugendlichen schmutzige Zimmer vermieten, wo sie sich durch Drogen berauschen und sich sehr prekären sozialen und sexuellen Praktiken hingeben, so als wäre es Sodom und Gomorra.

Ein Kind, das von zu Hause flieht, weil es dort eine Form von Fegefeuer erlebt, wo es nur Gewalt, Mangel an Nahrung und hauptsächlich das Fehlen von Zuneigung gibt, endet in der Hölle, auf der Straße, wo man den Tod auf Raten kauft. Das alles passiert angesichts der Gleichgültigkeit der für das Kinder- und Jugendwohl Zuständigen innerhalb des Staates und der Regierung, die weit davon entfernt sind, eine Sozialpolitik mit dem Blick auf deren Rechte zu ent-

werfen und die sie nur mit Gewalt und ohne Mitleid verfolgen.

Aktuell werden in den Straßen von Lima diese kleinen Höllen jeden Tag mehr, wo die Kinder und Jugendlichen der Subkultur der Straße ausgesetzt sind, die voll ist von Gewalt und Gleichgültigkeit, und wo die Würde des Menschen allmählich zerstört wird. ***Durch ihr familiäres und auch durch das Leben auf der Straße sind diese Kinder und Jugendlichen traumatisiert. Wie wirkt sich das auf die psychische Gesundheit aus?***

In der Tat, Kinder, die auf der Straße leben, und je länger sie auf der Straße leben, zerstören ihre psychische Gesundheit durch den Konsum von psychoaktiven Substanzen. Dies verursacht schwere, fast irreparable Schäden wie z.B. Aggressivität, gewalttätiges Verhalten, Intoleranz, Misstrauen gegenüber fremden Menschen. Die Mehrheit leidet an Schlaflosigkeit, Ängsten und an Depressionen, und es mangelt ihnen an sozialer und emotionaler Intelligenz.

Wenn sie nicht bei Zeiten von einem Spezialisten für psychische Gesundheit, wie einem Psychologen oder Psychiater, behandelt werden, werden viele von ihnen beinahe irreversibel „verrückt“ und irren ziellos durch die Straßen der Weltstadt angesichts der Gleichgültigkeit des Staates und selbst der Zivilgesellschaft.

Aus unserer Erfahrung können diese Kinder gerettet werden, wenn sie noch nicht völlig den Drogen verfallen sind, und das geschieht mittels sozialer Praktiken, die auf dem Binom Erziehung und Arbeit basieren. Denn die Arbeit und die Erziehung sind es, die das Lebens dieser Jugendlichen organisieren.

Viele Kinder, die auf der Straße leben, arbeiten auch. Der Aspekt der Kinderarbeit wird kontrovers diskutiert. Im vergangenen Jahr verabschiedete die Regierung von Bolivien ein Gesetz, das unter bestimmten Um-

ständen die Kinderarbeit erlaubt. Dieses Gesetz soll dazu beitragen, die Kinder vor Ausbeutung und Gewalt zu schützen. Jegliche Arbeit, welche die Kinder ausüben, muss auf ihrer freiwilligen Entscheidung beruhen. Die Bedingungen der Arbeit müssen ihre menschliche Würde, ihre Gesundheit und das Recht auf Bildung respektieren.

Wie ist die rechtliche Situation der arbeitenden Kinder in Peru? Was ist ihre Meinung zur Kinderarbeit?

Die Kinderarbeit in Peru und in ganz Lateinamerika ist ein kontroverses und ambivalentes Thema. Es gibt zwei Positionen:

1. Die repräsentativsten Organisationen, welche die Ausrottung und Abschaffung der Kinderarbeit fordern, sind die ILO und die UNICEF. Sie investieren viele Dollar für dieses Ziel, und sie haben Abkommen mit den Staaten, wie in diesem Fall mit Peru, unterzeichnet. Ich beziehe mich dabei auf die Abkommen 138² und 182³. Bei dem Thema denken z. B. ILO und UNICEF an die schlimmsten Formen der Kinderarbeit wie sexuelle Ausbeutung und Rekrutierung von Kindern für den Krieg. Für uns sind dies Vergehen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit und keine schlimmeren Formen von Kinderarbeit.

2. Die andere Position, der ich mich anschließe, ist die kritische Wertschätzung der Arbeit, denn bedenken wir, unsere Kulturen sind Kulturen der Arbeit. Wir leben mit der Arbeit und durch die Arbeit, d. h. eine würdige, freie und befreiende Arbeit, und als Gegensatz dazu die krankmachende, Profit orientierte Arbeit, in der sich der Mensch dem Menschen unterordnet. Diese Form der Arbeit kam im 15. Jahrhundert vom alten Europa nach Lateinamerika angeschwemmt. Unserer Ansicht nach ist die Arbeit eine Aktivität, die in den Menschen Ideen und Wissen erzeugt. So gesehen ist die Arbeit nichts Schlechtes, im Gegenteil, sie

ist eine Aktivität, die dem Menschen Würde verleiht. Trotzdem, in Peru und Lateinamerika ist die Kinderarbeit nicht Teil ihrer Erziehung und ihrer umfassenden Entwicklung, sondern die Kinder arbeiten, um schon früh Verantwortung zu übernehmen, was eigentlich Aufgabe von uns Erwachsenen ist – dies angesichts der Situation von Ungleichheit, Armut und ausgeschlossen Sein, in der Tausende von Familien leben. Trotzdem ist das Kind, das arbeitet freier, unabhängiger, verantwortungsbewusster und sorgsamer im Umgang mit dem Geld, das es im Schweiß seines Angesichts verdient.

Wie bereits gesagt, aus unserer Position heraus befürworten wir das Binom von Erziehung und Arbeit als Instrument, welches die Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Menschen fördert. Im Falle der Straßenkinder und -jugendlichen ist eine würdige, freie und befreiende Arbeit ein wichtiger Struktur gebender Faktor für ihr Leben. Zweifellos ist das Binom Erziehung und Arbeit von großer Bedeutung für die Entwicklung des Menschen.

In Bolivien haben es die arbeitenden Kinder geschafft, sich in das legale Regime zum Schutz der Arbeit der Kinder zu integrieren, ohne dabei die Bildung zu vernachlässigen. Im Fall von Peru sind die Gesetze bestrafend, weil nur versucht wird die Kinderarbeit auszuradieren. Wir fragen uns, warum schaffen wir nicht zuerst die Situation von Ungleichheit, Armut und ausgeschlossen Sein ab, in der die Familien versuchen zu überleben angesichts der Gleichgültigkeit von Regierenden und Geschäftsleuten, die außerhalb dieses Zusammenhangs leben? Außerdem ist in der Kosmvision unserer andinen und amazonen Kultur die Arbeit etwas Feierliches, ein Ritual, eine Ehrung der Mutter Erde.

Deshalb fördern wir die produktive

Selbstaussübung von ökonomisch rentablen, sozial gerechten, ökologisch ausgewogenen Aktivitäten, wobei die Natur respektiert und verteidigt wird, für ein gutes Leben.

Unser Ziel ist es, mittels des Binoms Erziehung und Arbeit beizutragen, gute Produzenten und Staatsbürger hervorzubringen, die sich ihrer Rechte und Pflichten bewusst sind und es verstehen, sich am demokratischen Leben der Gemeinde und des Landes zu beteiligen.

Die Regierung von Ollanta Humala⁴ spricht viel über eine Politik der sozialen Einbindung, einer Politik zugunsten der Armen. Was macht die aktuelle Regierung zugunsten der Kinder und Jugendlichen, die auf der Straße leben?

In der Tat, als Ollanta Humala Präsidentschaftskandidat war, traf er sich mit Straßenkindern und -jugendlichen im Haus von Magdalena del Mar⁵ und versprach, falls er die Wahl gewinnen würde, sich dem Problem der Straßenkinder zu widmen.

Einmal dann an der Macht, wie alle Kandidaten, die an die Regierung kommen, vergessen sie ihre Versprechen.

Ja, es stimmt, dieses Regime propagiert die soziale Einbindung der Armen, aber ihre Sozialpolitik hat assistenzialistischen Charakter. Sie demobilisiert und ist konformistisch. Eine Ausnahme ist das Programm Beca 18⁶, das die jugendlichen Schulabgängern und die Absolventen des Freiwilligen Militärdienstes unterstützt.

Meiner Ansicht nach kann man nicht von einer sozialen Einbindung der Armen sprechen, wenn die Regierung das neoliberale Wirtschaftsmodell aufrechterhält, da genau diesem Modell der soziale Ausschluss der Armen inne wohnt. Diese Sozialpolitik ist in etwa nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Für Kinder, die auf der Straße leben,

gibt es keine Programme, die daran orientiert wären, sie aus der Marginalität und dem ausgeschlossen Sein zu retten. Infolgedessen kommen die Straßenkinder und -jugendlichen in dem nationalen Aktionsplan für Kinder und Heranwachsende 2012 - 2021⁷ überhaupt nicht vor.

Sicher, es gibt das Programm Yachay. Dieses Programm wendet sich an Kinder und Jugendliche mit hohem sozialen Risiko und die unter schwierigen Bedingungen leben (arbeitende Kinder, bettelnde Kinder, Jugendliche von Banden, arme Kinder, etc.) Ein Ziel dieses Programms ist die Ausrottung und Abschaffung der Kinderarbeit. Es existiert in 22 von 24 Regionen des Landes.

Um zu präzisieren, für Straßenkinder gibt es kein Programm, welches sich an der Entwicklung ihrer Kapazitäten und Fähigkeiten orientiert und noch viel weniger ein System mit betreuten Wohnungen, wo sie würdig leben und ein Lebensprojekt entwerfen können, um so das Leben auf der Straße, den Konsum von psychoaktiven Substanzen und marginale Verhaltensweisen endgültig aufgeben zu können.

Anmerkungen des Übersetzers Helmut Kaiser:

1 *Extreme Armut, soziale Ungerechtigkeit, Marginalisierung und Perspektivlosigkeit waren für einen großen Teil der peruanischen Bevölkerung wesentliche Gründe für den von 1980 bis 2000 andauernden bewaffneten internen Konflikt zwischen den Militärs und staatlichen Sicherheitskräften auf der einen, und Guerilla-Organisationen auf der anderen Seite. Diese 20 Jahre politisch motivierter Gewalt stehen für das finsternste Kapitel in der Geschichte Perus und forderten ca. 70 000 Tote.*

2 *Das ILO-Abkommen 138 regelt das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung und verpflichtet die unterzeichnenden Staaten, eine innerstaatliche Politik zu*

verfolgen, die die tatsächliche Abschaffung der Kinderarbeit sicherstellt.

- 3 Das ILO-Abkommen 182 behandelt das Verbot und die unverzüglichen Maßnahmen zur Beendigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit.
- 4 Ollanta Humala ist seit 2011 Präsident. Ursprünglich mit einem linken Programm angetreten, bewegte sich die Regierung immer weiter nach rechts und verfolgt eine neoliberale Politik. Wegen geplanter Bergbauprojekte, die die Umwelt gefährden und die Lebensgrundlagen der indigenen Bevölkerung bedrohen, kommt es immer wieder zu Protesten. Sicherheitskräfte gehen dabei oft mit exzessiver Gewalt gegen Demonstrierende vor, wobei es auch schon mehrere Tote gab. Oft werden auch Menschenrechtsvertreter bedroht und willkürlich inhaftiert.
- 5 Eine Einrichtung der Straßenkinder-Hilfsorganisation Generación, wird für Aktivitäten wie Besprechungen und Veranstaltungen genutzt.
- 6 Richtet sich an Jugendliche, die gute schulische Leistungen haben, eine akademische Laufbahn einschlagen wollen, jedoch nicht über ausreichende finanzielle Mittel verfügen; bezieht sich auch auf Jugendliche, die den Freiwilligen Militärdienst abgeschlossen haben.
- 7 Das Ziel des nationalen Aktionsplanes für Kinder und Heranwachsende 2012–2021 ist es, in der öffentlichen Agenda der Aufmerksamkeit für Kinder und Jugendliche durch eine kontinuierliche und effiziente Politik Priorität einzuräumen, vor allem im Bezug auf ihr Recht auf Gesundheit und Bildung.

April 2015

Enrique M. Jaramillo Garcia ist Erzieher, Lehrer für Sozialpolitik, Universitätsdozent und Vorsitzender der Straßenkinder-Hilfsorganisation

Asociación Niños del Rio (Vereinigung der Kinder vom Fluss) in Lima. Die Asociación Niños del Rio und Generación sind zwei kämpferische Nichtregierungsorganisationen, die sich in Lima für die Rechte und Belange der Straßenkinder

und -jugendlichen einsetzen. Mit Zuneigung, Kompetenz und großem Engagement werden die Kinder und Jugendlichen auf dem Weg zu einem unabhängigen menschenwürdigen Leben begleitet und unterstützt. (nähere Informationen bei Helmut Kaiser: kaiserhel@t-online.de)

Peru-Solidaritätskomitee München, Mittelamerika-Sekretariat e. V.

(Konto: Santander Bank

IBAN: DE52 5003 3300 1342 3779 00

BIC: SCFBDE33XXX

Stichwort: Peru, Straßenkinder

(Spendenquittungen auf Wunsch möglich)

Ich bin 59 Jahre, von Beruf Krankenpfleger. Ich engagiere mich in der Lateinamerika- und Griechenland-Solidarität sowie beim ökumenischen Helferkreis Asyl in Putzbrunn bei München.



Enrique M. Jaramillo Garcia



Helmut Kaiser

Zum Tod des Politikers und Publizisten Willy Spieler*

Gelebter religiöser Sozialismus

Von Matthias Hui

Christsein verstand Willy Spieler sein Leben lang als etwas Politisches. Mitte der sechziger Jahre wurde ihm bewusst: „Ich fahre auf dem falschen Dampfer.“ Er war Stifts-Schüler in Engelberg, Justudent an der Universität Zürich, Oberleutnant der Schweizer Armee, Zentralpräsident des damals ganz katholisch geprägten Schweizerischen Studentenvereins. Diese frühen Lebensstationen deuteten noch nicht darauf hin, dass am 25. Februar – im Alter von 78 Jahren – ein Politiker mit wegweisenden Visionen und ein Mensch mit radikalem Glauben an eine gerechtere Welt sterben würde.

1965 wagte Spieler den Schritt in die SP. Im katholischen Milieu seiner Herkunft fand er für die Umsetzung seiner Erkenntnisse aus der Rechtsphilosophie und der katholischen Soziallehre keinen Platz mehr. Als Sozialdemokrat suchte er seine Aufgabe vor Ort. Von 1982 bis 1990 war er Gemeinderat und Fürsorgevorstand in Küsnacht, einer Goldküstengemeinde mit fortschrittlicher Sozialpolitik. Von 1991 bis 2001 war er Zürcher Kantonsrat, die letzten fünf Jahre präsidierte er die SP-Fraktion. Dort erhoffte man sich von ihm angesichts des neoliberalen und nationalkonservativen Gegenwinds mehr Grundsatzpolitik – und bekam sie. Auch bedeutende Teile des heutigen Parteiprogramms der SP tragen seine Handschrift. Als Anwalt der «Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche» führte er das Wort zugunsten einer Umgestaltung der Wirtschaft, die immer im Dienst des Menschen stehen und schliesslich den Kapitalismus überwinden soll.

Er war ein Debattierer, leidenschaftlich

und ernsthaft, angriffig, aber nie verletzend. Auch Kontrahenten brachten ihm Respekt entgegen. Seine feine, elegante Stimme, sein jugendlich wacher Gesichtsausdruck, seine irgendwo zeitlos sich treu bleibende, glaubwürdige Erscheinung bleiben in Erinnerung. Auch persönlich entdeckte er immer wieder neue Horizonte – nicht zuletzt mit seiner Partnerin der letzten fünfzehn Jahre, der Psychotherapeutin und Künstlerin Yvonne Haeberli, und mit seinen Söhnen und Enkeln.

Hierzulande sind Intellektuelle rar, die eine Kritik an der Religion – gerade als Auseinandersetzung mit erstarrten patriarchalen Machtapparaten – zu verknüpfen vermögen mit einer aus den Tiefen der religiösen Tradition schöpfenden Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen, die Menschen in Abhängigkeit und Armut halten. Spieler hat, gerade im linken Spektrum, Zeichen gesetzt: als brillanter Verfechter einer öffentlichen Theologie, als Zeuge eines aufgeklärten Glaubens an einen befreienden Gott, als Wegbereiter einer alle Grenzen überschreitenden Ökumene.

Spierer setzte den Weg von Leonhard Ragaz fort, dem 1945 in Zürich verstorbenen religiösen Sozialisten und Theologen des Reiches Gottes. 1977 übernahm er die Redaktion der von Ragaz über Jahrzehnte geprägten Zeitschrift «Neue Wege», rettete sie vor dem Untergang und führte sie ins 21. Jahrhundert. An Herzblut, Scharfsinn und der Gabe, Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu finden, mangelte es ihm nie.

Seinen letzten Beitrag in den „Neuen Wegen“ widmete er vor kurzem der Freundschaft zwischen dem Religionsphilosophen Martin Buber und Ragaz. Es erstaunt nicht,

dass er sich für ihre auch im Dialog entwickelten Verbindungslinien zwischen Judentum und Christentum, menschenfreundlicher Religion und genossenschaftlichem Sozialismus begeisterte. Ihr Erbe aus düsteren Zeiten ist hochaktuell. Daran schliesst sich nun das entschiedene Einstehen für eine Politik der Menschlichkeit an, das uns Willy Spieler hinterlässt.

**Wir danken Luzi Bernet von der Neuen Züricher Zeitung (NZZ) für freundliche Erlaubnis zur Wiedergabe des Nachrufs vom 2. März 2016.*

Matthias Hui, geboren am 4. Dezember 1962 in Wetzikon/Zürich, Studium der Theologie in

Zürich, Berlin/DDR und Bern, 1994 bis 1998 Co-Leiter des Rehabilitationszentrums Star Mountain der Herrnhuter Brüdergemeine in Palästina, 1999 bis 2012 Mitarbeiter der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn im Bereich Ökumene, Mission und Entwicklung; seit 2013 Co-Redaktor der „Neuen Wege“ und daneben Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisation humanrights.ch.



Matthias Hui

Lebenslauf

Nicht mit dem Strom schwimmen

Von Willy Spieler (6.8.1937-23.2.2016)

Der Apostel Paulus hat uns die doppelte Mahnung hinterlassen, „nicht mit dem Strom“ zu schwimmen (Röm. 12,2) und so in der Welt zu leben, „als gingen wir nicht in ihr auf“ (1 Kor. 7,31).



Willy Spieler†

Umgetrieben hat mich die Sache, um die es hier geht, schon als Kind, das Ungleichheiten und Armut in seiner Nähe nicht ertrug. Dass Dienstmädchen nicht mit uns am Tisch essen durften, empörte mich. Später habe ich das „Nolite confirmari huic mundo“ ins Politische übersetzt. Die Suche nach dem Reich Gottes prägte auch mein Verhältnis zur Kirche. Der Fastenopfer-Kalender hat mich

einmal mit dem Wort zitiert: „Ich möchte überall für das Reich Gottes eintreten, warum nicht auch in der katholischen Kirche?“

Geboren wurde ich am Freitag, dem 6. August, im Schicksalsjahr 1937, als mit dem Sieg des Faschismus in Spanien die Zeichen endgültig auf Krieg standen. Am Tag meiner Geburt beschoss Francos Artillerie Spaniens Hauptstadt. Später, am Ende des Zweiten Weltkriegs, ist der 6. August zu einem besonderen Schicksalstag geworden, zum Hiroshima-Tag, einem Mahnmal der Weltgeschichte.

Nach Berichten meiner Mutter habe ich mir sehr viel Zeit bis zu den ersten eigenständigen Gehversuchen gelassen. Hingegen sei ich schon nach dem ersten Lebensjahr bei bester Sprechlaune gewesen. Auf gemeinsamen Spaziergängen mit anderen Müttern und ihren etwa gleichaltrigen Kleinkindern soll klein Willy dadurch aufgefallen sein, dass er als einziger ‚wie ein Buch‘ geredet, aber auch

als einziger keinen Schritt ausserhalb des Ausgehewagens getan habe.

Bis Ende 1945 wohnten meine Eltern und ich am Rathausplatz von Glarus, wo mein Vater, der auch schon Willy hiess, im selben Haus eine Arztpraxis führte. Den Arztberuf hatte bereits sein früh verstorbene Vater Ferdinand ausgeübt. Dieser Ferdinand war auch der erste Regierungsrat der von ihm mitgegründeten Katholischen Volkspartei des Kantons Glarus und damit der Stolz der Familie, die sich seit der Einwanderung des Schreinergeresellen Josef Spieler aus dem Vorarlbergischen im Jahr 1760 zielstrebig in akademische Berufe und höhere politische Ämter emporgearbeitet hatte. Meine Vorfahren väterlicherseits waren demnach an der Schlacht bei Näfels 1388 nicht beteiligt – oder dann auf der ‚falschen‘ Seite. Keinen solchen ‚Migrationshintergrund‘ hatte die Mutter meines Vaters, Hedwig, geborene Aebli aus Näfels, deren Stammbaum bis zum berühmten Landamman Aebli zurückreicht, dem unsere Schweizergeschichte die Kappler Milchsuppe zuschreibt.

Meine Mutter Margrit stammte aus dem zürcherischen Hombrechtikon, wo ihr Vater eine Weinhandlung betrieb, unterstützt von seiner Frau, meiner Oma Elsy. Ich habe als Kind ungezählte Wochen bei meinen Großeltern in Hombrechtikon verbracht. Ich sehe mich mit ihnen auf einem abendlichen Waldspaziergang in der Nähe des Lütelsees. Ein riesengrosser Feuerball versinkt hinter dem Wald. Die unglaubliche Schönheit dieses Sonnenuntergangs leuchtet in unser Innerstes, als ein ‚tremendum et fascinosum‘, in dem Schauern und Sehnen zusammenkommen.

Meine Eltern sind eine ‚Mischehe‘ eingegangen, wie das Unwort hiess. Das kostete die katholisch-konservative Familie meines Vaters und die protestantisch-freisinnige meiner Mutter einige Überwindung. Am

Karfreitag versprühte der eine Grossvater in Mitlödi Gülle über seine kleine Wiese, um gegen die Ketzer zu demonstrieren, während der andere Grossvater in der Kirche Hombrechtikon den für ihn wichtigsten Feiertag in Gehrock und Zylinder beging. Mama unternahm alles, um mich so katholisch wie ihr möglich zu erziehen. Selbst Dienstmädchen mussten katholisch sein, um meine ‚Einkirchlichung‘ so früh wie möglich in die Wege zu leiten. So war ich mit sieben Jahren bereits Ministrant in Glarus. Als ich sehr viel später meine Mutter fragte, warum sie mich partout so katholisch erzog oder erziehen liess, meinte sie, das habe sie halt am Traualtar versprochen. Meine katholische Identität war offenbar das Produkt einer Nötigung.

An meiner Wiege wurde die Internationale nicht gesungen, weder von der einen noch von der anderen Familie. Aber mein Kinderzimmer bot mir einen politischen Logenplatz erster Güte. Vor mir lag das imposante Rathaus, aus dem am ersten (nicht verregneten) Sonntag im Mai, die Magistraten unter Glockengeläute wie in einer Prozession zur Landsgemeinde schritten, voran der Landesweibel mit dem goldenen Landeschwert. Prägendes Ereignis ist der 8. Mai 1945. Diesmal läuten die Kirchenglocken den Frieden ein. Nie mehr habe ich eine derart gelöste, jubelnde und tanzende Menge erlebt, wie an jenem Abend unter meinem Fenster am Rathausplatz.

Vater war ein erfolgreicher Arzt. Er hielt nur wenig von der Schulmedizin und verliess sich lieber auf seine intuitive Fähigkeit, die richtigen Diagnosen zu stellen. So heilte er unzählige Patientinnen und Patienten, die zuvor zwischen Haus-, Spital- und Spezialärzten hin und her geschoben worden waren. Der Neid der Kollegen bestätigte das Wort vom ‚ältesten Glarner‘. Von „neidischen Intrigen“ sprach auch das ‚Glarner Volksblatt‘

nach Vaters Tod. Meine Eltern zogen die Konsequenzen. Sie erwarben sich in Zürich das Haus Seefeldstrasse 19, richteten dort Wohnung und Praxis ein und bezogen es im Januar 1946. Es war für mich die Vertreibung aus der Kindheitsheimat, schon fast ein ‚Kulturschock‘.

Beheimatet fühlte ich mir nur gerade in der Pfarrei St. Anton, wo ich als Ministrant ‚anerkannt‘ wurde, obschon hier ein höheres Mindestalter gegolten hätte. Ich nahm aber nicht nur den Altardienst ernst, der für mich meistens für die Frühmesse morgens um 7 Uhr angesetzt wurde. Als mich auf einem Opfersäcklein der Caritas ein ausgemergeltes Kind anblickte und ich den Satz las: „Was ihr dem Geringsten meiner Brüder tut, das habt ihr mir getan“ (Mt. 25,40), leer-te ich kurz entschlossen meine Sparbüchse. Das hätte ich nicht tun dürfen, meinten meine Eltern. Es sei ja schon gut, was Jesus sage, aber ‚zuerst müsse man gelebt haben‘. Ich wusste keine Antwort, aber war so traurig wie der reiche Jüngling.

Zur Qual wurde mir der Volksschulunterricht ab der 4. Klasse. Ich konnte den Lehrer nicht ertragen, der Schulkinder vor der Klasse bloßstellte, sie bei Rechenfehlern solange in den Arm klemmte, bis das richtige Resultat herausgequetscht oder herausgequietscht war, oder Aufsätze schlicht als ‚blöd‘ niedermachte und sein Verdikt mit Zitaten garnierte, bis das allgemeine Gelächter den Betroffenen die Schamröte ins Gesicht trieb. Hinzu kam, dass er mich seine Abneigung gegen Katholisches spüren liess.

Ich reagierte mit Lernverweigerung, sodass auch meine Noten in den Keller fielen. Lieber spielte ich Fussball mit meinem italienischen Freund und Klassenkameraden Edi Perlungher. Beim Besuch von Länderspielen half ich stets den ausländischen Mannschaften‘, mit der Masse ‚Hopp Schwyz‘ zu brüllen hielt ich weder für interessant noch

für gerecht. Ich begeisterte mich für internationale Radrennen, insbesondere für den zweimaligen Tour-de-Suisse-Sieger Gino Bartali, der seine Blumensträusse jeweils der Muttergottes am nächst gelegenen Marienaltar weihte. Gerne ging ich auf Fischfang am Utoquai zwischen Bellevue und Zürichhorn, auch wenn Petri Heil sich nur auf ein paar Leugeli beschränkte. Hinzukam eine grosse Modelleisenbahn, für die sich auch meine Mitschüler interessierten, die ich ganz gern herumkommandierte. Nicht zu vergessen mein kleiner Glatthaar-Fox Peterli von Sonnhöhenblick, der ebenso gern im Mittelpunkt stand wie sein junges Herrchen. Mein autonomes Freizeitprogramm wurde nur noch von den Ferien mit meinen Eltern übertroffen. Höhepunkt war die erste Begegnung mit dem Meer im

Sommer 1948 im bretonischen La Baule, „nicht als ein blosses Schauspiel, sondern vielmehr als eine Offenbarung des wahren Lebens der Natur“, um Marcel Proust zu zitieren.

Etwa zur selben Zeit nahmen mich meine Eltern mit auf ihre erste Autoreise nach dem zerbombten Deutschland. Ich erinnere mich an Städte wie Köln und Mannheim, die endlose Trümmerhaufen gigantischen Ausmasses waren. So also sahen die Folgen des totalen Krieges aus! Das Entsetzen übertrug sich auf die Angst vor dem Kommunismus, zumal die Sowjetunion seit April 1949 auch über die Atombombe verfügte. Schon an Weihnachten 1948 erschreckte mich ein Gespräch am Christbaum, das Vater mit Opa Wettstein führte. Die beiden fragten sich, ob wir nächstes Jahr noch Weihnachten feiern dürften, oder ob die ‚Russen‘ dann schon ‚da‘ seien. Ihre Panzer könnten in nur zwei Tagen bis zur Schweizer Grenze vorrücken.

So beschäftigt ich war, so ganz ohne Schularbeit konnte es nicht weitergehen. Ich wollte ans Gymnasium, obschon oder gerade weil

der Lehrer meinte, es mir ausreden zu müssen. Da bot sich in der 6. Klasse ein Ausweg an: die Stiftsschule Engelberg, deren Pforte ich am 26. September 1949 durchschreite, bange, was mich erwartet. Das Selbstvertrauen ist nach den letzten Primarschuljahren reichlich angeschlagen. Schon bald werde ich in eine Kutte eingekleidet und freue mich an diesem neuen Statussymbol. Schwer fällt mir dagegen das detailgenau geregelte Internatsleben nach dem Rhythmus des Benediktinerklosters. Mama bessert das ungewohnte Essen mit Sonderrationen auf, die sie dem Wäschesack beifügt, und die ich mit meinen Klassenkameraden teile. Ich merke, wie verwöhnt ich bin.

Die schulischen Leistungen wurden immer besser. Latein liebte ich über alles. Die Klarheit dieser Sprache brachte Ordnung in den Kopf. In der dritten Klasse begann der obligatorische Griechischunterricht. Griechisch war „diese geheimnisvolle, alte Sprache“, von der Hermann Hesse schreibt, dass man sie „nicht lernte, um Geld zu verdienen oder um die Welt reisen zu können, sondern nur um mit Sokrates, Plato und Homer bekannt zu werden“. Wie hasse ich doch dieses Nützlichkeitskalkül, das heute mit der Ökonomisierung der Bildung einhergeht, systemkonforme Fachidiotie fördert und systemkritische Emanzipation verhindert.

Ab der fünften Klasse hießen wir ‚Rhetoriker‘. Der effektvolle Auftritt war alles; dass einer gegen seine eigene Überzeugung überzeugend auftreten konnte, galt als besondere Leistung. Engelberg diente auch der Einübung in den politischen Katholizismus. Allgegenwärtig war das Phänomen, das später einmal „Anti-Sozialismus aus Tradition“ (Bensberger Kreis 1976) genannt wurde. Dem Sozialismus fehle die Religion, die für die Verwirklichung des Gemeinwohls notwendig sei, lese ich in einem Typoskript ‚Apologetik‘, das uns als Lehrmittel diene.

Wir durften auch nur katholische Zeitungen lesen, die natürlich Zeitungen der katholischen Partei waren. Meine Eltern hatten mir schon seit der 1. Klasse die Neuen Zürcher Nachrichten abonniert. Nicht nur Adenauer, Schuman und de Gasperi galten als grosse ‚christliche Staatsmänner‘ in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich und Italien, auch die Diktatoren Franco in Spanien und Salazar in Portugal wurden kritiklos der katholischen Sache zugeschlagen.

Die Pubertät liess mir die Enge des Internatslebens immer drückender erscheinen. Sexualfeindliche Tabus waren allgegenwärtig. Sie regten die Phantasie in einer Art und Weise an, dass die fromme Absicht in ihr Gegenteil verkehrt wurde. Mein Widerstand war nicht so intellektuell, wie ich mir einbildete, sondern kam schlicht aus dem Bauch. Im Rückblick bewundere ich die damaligen Patres, die uns in ihrer Selbstlosigkeit im Einsatz für das Reich Gottes beispielhaft vorangingen, ganz anders und im Letzten doch vergleichbar meinen älteren Freundinnen und Freunden aus der religiös-sozialen und aus der kommunistischen Bewegung.

Ich verliess Engelberg in Richtung Luzern, wo ich die Kantonsschule besuchen durfte, deren Lehrplan weitgehend mit jenem von Engelberg identisch war. Wichtiger noch als das Gymnasium wurde für mich die Schülerverbindung *Semper Fidelis*, der ich als Senior im Semester der Fahnenweihe 1956 vorstand. Ja, ich war ein ‚fröhlicher Scholar‘, die Jahre in Luzern erfüllten wohl die glücklichste Zeit meines Lebens. Mich interessierten die sprach- und geisteswissenschaftlichen Fächer, insbesondere die Philosophie, die wir ‚ad mentem divi thomae‘ verinnerlichten. Die Matura bestand ich im Juni 1957. Der Unterrichtsstoff, der da zu bewältigen war, erinnerte mich an ein Zitat von Paul Valéry: „Le diplôme est l’ennemi mor-

tel de la culture.“ Das Wort sollte mich noch weiter verfolgen. Ich habe in Zürich Jus studiert, sehr à la carte, wie das Testatheft zeigt. Mich interessierten die philosophischen, die weltanschaulichen Fragen hinter dem Recht. Meine erste Seminararbeit galt dem „Widerstandsrecht“. Sie ist geprägt vom Kalten Krieg. Der Kampf für die Freiheit sollte mein Lebensziel sein. Im Frühjahr 1959 unterzog ich mich dem nicht nur körperlichen Drill der Offiziersschule, die uns auch geistig indoktrinierte. Selbst die Feldprediger hatten uns vornehmlich von einer atomaren Aufrüstung der Schweizer Armee zu überzeugen. ‚Lieber tot als rot‘ hiess die angeblich Gott wohlgefällige Devise. Ich wurde mit den Jahren Oberleutnant bis zur üblichen Ausmusterung, wenn auch mit Gewissenskonflikten, da ich bald einmal meine pazifistische Seite entdeckt und entwickelt hatte. Peider Ruepp, ein lieber Freund aus Engelberger Kollegiumszeiten leistete mir als Abteilungskommandant seine honorige Hilfe, sodass ich meine WK- und EK-Zeiten schadlos überstand.

Der sehr bürgerliche Freiheitsbegriff in der Stimmung des Kalten Krieges Ende der 1950er Jahre war auch an der Uni Zürich, vor allem in der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät allgegenwärtig. Ich konnte mich damit nicht zufrieden geben und suchte weiter. Hoch im Kurs unter den katholischen Studierenden der Philosophie und der Theologie stand damals das ‚Institut Supérieur de Philosophie‘, nach seinem Gründer auch Institut Cardinal Mercier genannt, im belgischen Löwen. Ich besuchte es im Wintersemester 1959/60 und im abschliessenden Sommersemester. ‚Foi chrétienne et pensée contemporaine‘ war das grosse Thema, das uns frei von Apologetik nahegebracht wurde, allerdings auch die angelernten scholastischen Versatzstücke in Frage stellte.

Nach Zürich zurückgekehrt, kniete ich mich erneut in eine Seminararbeit, diesmal über das „Toleranzproblem der katholischen Kirche“, wie ich es mit zunehmendem Befremden über das fehlende Verständnis des vorkonziliaren Lehramtes für die Religions- und Gewissensfreiheit auf 200 Seiten ausbreitete. Professor Werner Kägi war so angetan, dass er mich ermutigen wollte, die Arbeit als Dissertation einzureichen. Aber ich hatte Höheres im Sinn, das im ersten Anlauf „Die erkenntnistheoretischen Grundlage des Naturrechts“ hiess und unter wandelndem Titel mich schliesslich als „Der Grund des Rechts“ beschäftigte. Befriedigt haben mich meine Resultate nie. Tausende von Seiten sowie unzählige Notizen und Exzerpte schlummern in meinen Ordnern. Hinzu kam eine zunehmende Entfremdung gegenüber meinem verhinderten Doktorvater Werner Kägi, der immer fassungsloser feststellen musste, dass sein einstiger Lieblingsschüler neue Wege nach politisch ‚links‘ einschlug und sich dabei erst noch auf seine rechtsphilosophischen Erkenntnisse berief.

Meine politische ‚Konversion‘ war aber nicht nur eine intellektuelle Wende oder gar ‚Kopfgeburt‘, sondern hatte auch einen Erfahrungshintergrund. Als Jubelseniore der Akademischen Verbindung Turicia im Wintersemester 1960/61 und besonders im Jahr darauf als Zentralpräsident des damals noch katholischen Schweizerischen Studentenvereins lernte ich die Innenausstattung des politischen Katholizismus kennen. ‚Christliche Politik‘ erschien mir immer deutlicher als ‚Leerformel‘, die zwar substanzlos, aber trotzdem oder gerade deshalb emotional wirksam war, wenn es galt, die praktizierenden Gläubigen als ‚acies ordinata‘ für Gott und Vaterland in Stellung zu bringen und den alten ‚Antisozialismus‘ zu pflegen. Als ich am 1. Juni 1965 den Schritt in die SP wag-

te, wurde ich über Nacht vom gefeierten StVer zur verfeimten Unperson. Meine Jahre im StV und für den StV waren trotz allem keine verlorene Zeit, sondern ein Lernprozess, der für mich wichtiger wurde als das Studium. Ich wäre ohne meine damaligen Erfahrungen und Reflexionen vielleicht nie ein Linker geworden. Dass es mir zusammen mit meinem Vizepräsidenten, dem späteren

CVP-Bundesrat Flavio Cotti gelungen ist, den Weg für die Aufnahme von Studentinnen in den StV zu ebnen sei nur nebenbei bemerkt.

Fortsetzung folgt

Leserbrief

Liebe Kollegen,
beim Lesen des letzten CuS-Heftes bin ich an einer Bemerkung von Jens-Eberhard Jahn hängen geblieben. In seinem Text zum Thema „Was bedeutet politisch ‚links‘ ...“? schreibt er auf S. 40: „... Stellungnahmen wie die Erklärung der Generalversammlung des Reformierten Weltbundes in Accra von 2004 weisen das kapitalistische Wirtschaftssystem unmissverständlich zurück und fordern die Kirchen auf, ein Bündnis für Gerechtigkeit zu schließen ... All diese Stellungnahmen und Prozesse kommen aber weder bei den Ortsgemeinden noch bei den Kirchenleitungen in ausreichendem Maße an ...“ Dieser letzte Satz trifft den Nagel auf den Kopf und deckt sich vollständig mit meiner eigenen Wahrnehmung. Der angesprochene Tatbestand hat mich persönlich veranlasst, mich nach der Verabschiedung in den Ruhestand mehr und mehr von meiner Kirche zu entfernen.

Als früherer Referent für Gemeindeentwicklung in der EKHN wäre ich aber auch heute noch sehr daran interessiert, mich an Entwicklung und Umsetzung von Gemeindekonzeptionen zu beteiligen, in denen biblische Leitbil-

der wie Jes 58 oder die Bergpredigt die Richtung vorgeben. Es wäre im Übrigen schön, wenn in CuS hin und wieder Ortsgemeinden vorgestellt würden, die auch gegenwärtig im Geist dieser Leitbilder leben und arbeiten. Ich selber war als junger Pfarrer tätig in einer Neubausiedlung. Organisiert als Teampfarramt, orientierten wir uns seinerzeit stark an Ernst Lange und Alfred Butenuth und wurden dabei wie sie theologisch unterstützt durch Helmut Gollwitzer. Das Konzept der Ladenkirche am Brunsbütteler Damm in Berlin wäre es wert, auf seine Relevanz für heutige Gemeindegearbeit befragt zu werden. Bei einem CuS-Projekt zu diesem Thema wäre ich als Mitstreiter ansprechbar.

Freundliche Grüße und Schalom
Georg Pape

G. Pape, Pfarrer i. R., systemische Organisationsentwicklung und -beratung, Coaching – Supervision – Psychotherapie, 1. Vorsitzender LebensAlter e.V. Schillerstraße 2, 65462 Ginsheim-Gustavsburg, Tel.: 06144-4058670, e-mail: pape.georg@web.de, www.projekt-lebensalter.de

REZENSIONEN

Historische Verantwortung. Zum Genozid am armenischen Volk vor dem und im I. Weltkrieg

Von Elmar Klink

1. Heinrich Vierbücher: *Was die kaiserliche Regierung den deutschen Untertanen verschwiegen hat: Armenien 1915. Die Abschachtung eines Kulturvolkes durch die Türkei.* Bremen 2004; 103 S.
2. Eduard Bernstein / Otto Ummid: *Armenien, die Türkei und die Pflichten Europas.* Bremen 2005; 159 S., hrsg. von Helmut Donat.
3. Yetwart Ficiçyan (Hrsg.): *Der Völkermord an den Armeniern im Spiegel der deutschsprachigen Tagespresse 1912-1922.* Mit e. Nachwort von Wolfgang Gust. Bremen 2015; 447 S., (alle drei Donat-Verlag).

Europas Umgang mit den in seine Mitte drängenden Flüchtlingstrecken verweist auch auf ein zumeist vergessenes und verdrängtes historisches Ereignis von mehr als regionaler Tragweite, das wieder stärker ins Blickfeld gerückt ist: der Völkermord des türkischen Reiches an weit über 1 Million christlichen Armeniern in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum furchtbaren Höhepunkt im I. Weltkrieg, der sich 2015 zum 100. Mal jährte.

Heute wird die Türkei vor allem von der deutschen Kanzlerin Merkel wieder als verlässlicher Bündnispartner angesehen im Kampf um die Sicherung an Europas „Außengrenzen“ gegen Menschen auf der Flucht wegen Krieg, Verfolgung und existenzieller Not. Dass der EU-Aspirant Türkei keine Muster-Demokratie ist, im Land keine unabhängige Justiz existiert, die Presse- und Meinungsfreiheit stark eingeschränkt ist, die politische Opposition und die starke kurdische Minderheit im Land unterdrückt, verfolgt und bekriegt wird, spielt menschenrechtlich offenbar kaum eine Rolle, wird in Verhandlungen allenfalls staatsrational „angesprochen“, weder kritisiert noch be- oder angeklagt. Mehr noch: ziemlich ungehindert betätigt sich die hoch gerüstete Türkei als zweitstärkste militärische Landmacht der NATO hinter den USA in der umkämpften Kriegs- und Bürgerkriegsregion Nah-/Mittelost nicht nur als Europas neuer ambitionierter „Grenzpolizist“ (gegen Milliarden schweren Sold!), sondern auch Krieg führende Regionalmacht gegen die Kurden im Nordirak mit eigenen Hegemonial-Zielen





eines neuen türkischen Groß-Sultanats und der Verhinderung eines Kurdenstaats.

Schon einmal war während des millionenfachen Massakers an Armeniern 1915/16 die Türkei Verbündeter des Deutschen Kaiserreichs im Krieg, das darum auch eine Mitschuld daran trifft, weil die bekannten Gräueltaten nicht verhindert, sondern begünstigt, gedeckt und verschwiegen wurden. Das imperiale Osmanen-Reich kämpfte seit der Zeit des „Großen Koalitionskriegs“ (Schlacht am Kahlenberg bei Wien 1683) vor allem an seinen vorgeschobenen westlichen Balkangrenzen gegen seinen einsetzenden, unaufhaltsamen Zerfall im Kampf und Gezerre von Ländern wie Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland um Einfluss und Vormachtstellung. Die hinter der Südgrenze Österreich-Ungarns beginnende Region unter osmanischer Herrschaft entwickelte sich nach dem Abfall oder der Lostrennung von nationalen und ethnischen Regionen in Kriegen zum berühmtesten instabilen Balkan-Pulverfass, in dem mit dem Sarajewo-Attentat im August 1914 auch der Erste Weltkrieg ausgelöst wurde. Dem unmittelbar voraus gingen 1912 der erste und 1913 der zweite Balkankrieg, durch welche die Osmanen bedeutende Gebiete an ihrer Westgrenze abtreten mussten und für immer verlo-

ren. Nach dem Weltkrieg war das einst mächtige Osmanische Reich auf den Rest von Istanbul und Anatolien reduziert, ein für den Westen unliebsamer Machtkonkurrent in der Ägäis, an Bosporus, Mittel- und Schwarzes Meer und in Nahost auf ein geschwächtes Macht-Rudiment zurecht gestutzt.

Das armenische Volk hingegen fristete ein immer wieder von türkischen Bedrohungen und Übergriffen geprägtes Dasein in Ost-Anatolien. Nicht gerade eine wirtliche und fruchtbare Landschaft mit wenigen größeren Städten wie Trapezunt (Trabson), Erzerum, Kharput, Diyarbakr und Wan, rauen Hochebenen und tiefen, oft flusslosen felsigen Schluchten. Nach Seite 60 ist im erstgenannten Buch eine faksimilierte Karte eingefaltet. Ihr ist zu entnehmen, wo genau die künftige großräumige staatliche Heimstatt der Armenier liegen sollte, und was am Ende für die Armenier herauskam und nicht einmal der neu gebildete Völkerbund zu verhindern wusste. Ein erweitertes sicheres Refugium war dem zwischen 1918 und 1920 zum Teil bereits in einer russisch-armenischen Republik lebenden und auf der Ententeseite stehenden, armenischen Volk im Friedensvertrag von Paris-Sèvres (1920) zugesichert worden und sah sogar einen Zugang zum Schwarzen Meer vor. Die jungtürki-

schen Machthaber widersetzten sich erfolgreich dem Vorhaben, so dass dieser und weitere begünstigende Pläne bald fallengelassen wurden. Stattdessen wurde das armenische Volk 1923 bei der Konferenz von Lausanne, die das Ende des Griechisch-Türkischen Kriegs besiegelte, von den Entente-mächten im Stich gelassen und dem „Wohlwollen“ der siegreichen Kriegspartei Türkei überantwortet. Das östliche Armeniengebiet war bereits im Zuge des Vertrags von Moskau (1921) zwischen der Türkei und Sowjetrußland als sowjetische Teilrepublik installiert worden und stellte ein eingezwängtes kleines Binnenland ohne Küstenzugang um die Metropole Eriwan dar. Bis heute leugnen sowohl die offizielle türkische Geschichtsschreibung als auch jeweilige türkische Regierungen den fotografisch (z. B. durch den Schriftsteller Armin T. Wegner) dokumentierten wie ausführlich faktisch erwiesenen Völkermord, dem insgesamt zwischen 800.000 bis 1,5 Mio. Menschen, fast 2/3 der Vorkriegs-Bevölkerung, zum Opfer fielen, der erste größere Genozid des 20. Jahrhunderts. Man verteidigt nach wie vor die brutalen Deportationen („Umsiedlungen“) mit ihren dezimierenden Todesmärschen, wüsten Vertreibungen, willkürlichen Tötungen und abscheulichen Massenhinrichtungen mit notwen-

digen nationalen Sicherungsmaßnahmen. Die Armenier werden des Verrats beschuldigt, es wird in völliger Verdrehung der Machtkonstellationen auf die Beteiligung einiger tausend armenischer Freiwilliger auf russischer Seite im gescheiterten türkischen Kaukasusfeldzug 1914/15 verwiesen und der Vorwurf erhoben, dass armenische Massaker an Muslimen verübt wurden. Sofern solche überhaupt stattfanden (siehe dazu W. Gust im dritten Buch), standen sie vereinzelt in keinem Verhältnis zur Dimension dessen, was die Türken dann anrichteten. Sühne oder Wiedergutmachung finden nicht statt. Nach dem jüdischen und jetzt Syern war das armenische das am weitläufigsten durch Flucht und Vertreibung schon früh über einzelne europäische Länder verstreute Volk (geschätzt: 700.000, dazu 100.000 Waisenkinder). Und die Türkei hat ihren bis heute uneingestanden und unaufgearbeiteten großen Anteil daran.

In wortgewaltiger, fast beschwörender Sprache mit bildreichen Wendungen schildert der rheinische Gewerkschaftsfunktionär und aktive Friedenskämpfer Heinrich Vierbücher (1893-1939) im ersten Buch quasi als Zeitzeuge, der er 1915 und 1916 als verschiedene Gegenden des Landes bereisender Dolmetscher war, einzelne Er-





eignisse und Vorfälle jener Jahre. Wobei ihm gewiss auch zusätzliche Augenzeugen-Berichte persönlich zugetragen worden sein dürften. Historisch beleuchtende Abschnitte wechseln sich ab mit den Schilderungen schlimmster mordlustiger Rasereien gegenüber Männern, Frauen und Kindern, wie an jenem Ort der Kemach-Schlucht im oberen Euphrattal, der „Teufelsschlucht“, wo die türkische Todesfurie schändend, vergewaltigend, blindwütig tötend und mordend besonders bestialisch wütete. Ganze Gruppen von ArmenierInnen wurden vom türkischen Militär und seinen Helfern einfach in den tiefen Abgrund gestoßen. Dass dies nicht „Auswüchse“ oder gar „spontane Ausbrüche“ irgendeines türkischen Volkszorns waren, wird von Vierbücher eindeutig nach- und zurückgewiesen. So schreibt er im Abschnitt „Mordgeist“: „Am 21. April 1915 muß von der türkischen Regierung der Beschluß zur Ausrottung des armenischen Volkes gefaßt und der entsprechende Befehl an die Militär- und Zivilbehörden ergangen sein“ (S. 46/47).

Der Text ist 1930 erstmals erschienen und Vierbüchers einzige größere Schrift. Zu anderen selbst nicht bezeugten Begebenheiten zitiert er aus zuverlässiger Quelle etwa des Theologen und Vorsitzenden der Deutsch-Armenischen Ge-

sellschaft, Johannes Lepsius, der während des Krieges beim Auswärtigen Amt gegen die „Christenmassacres“ scharf protestierte. Lepsius hatte damals schon früh eine umfangreiche, dokumentarisch eindeutig belegende Sammlung diplomatischer Aktenstücke aus dem Zeitraum 1914-1918 i. A. des Auswärtigen Amtes herausgegeben, die ebenfalls im Donat-Verlag noch mal neu erschienen ist. Im anhängenden Beitrag „Die Armenienmassaker im Spiegel der deutschen und internationalen Friedensbewegung 1895 bis 1933“ (S. 77-103) rezipiert der Verleger, Helmut Donat (*1947), selbst, wie in der deutschen pazifistischen und republikanischen Presse (Weltbühne, Friedenswarte, Das Andere Deutschland) das Thema nachhaltig aufgegriffen und politisch dazu von einzelnen Friedensorganisationen Stellung bezogen wurde. Daneben berichtet er einige wichtige Stationen aus Vierbüchers aktiver Vita, die unter politischer Verfolgung durch die Nazis mit seinem frühen Tod unter ungeklärten Umständen plötzlich endete. Vierbücher sprach türkisch und arabisch, verweigerte sich im sog. Ruhrkampf 1923 dem wesentlich von deutschen Industriellenkreisen um die Stinnes & Co. mit inszenierten und forcierten „passiven Widerstand“ gegen die französischen Besatzer, die zu Recht auf Erfüllung

der Reparationsleistungen bestanden. Durch seine stattliche körperliche Erscheinung und sein imposantes Auftreten als überzeugender Redner bei Friedens-Versammlungen und Kongressen, trug Vierbücher maßgeblich mit dazu bei, dass der „Westdeutsche Landesverband“ der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) mit Fritz Küster und Heinz Kraschutzki zur bedeutendsten Kraft der Friedensbewegung in der Weimarer Zeit wurde. Vierbüchers stellenweise sehr nahegehegender Tatsachen-Report ist kein Geschichtsbuch, wohl aber erfährt der/die Lesende aus den in einzelnen Kapiteln erzählten faktenreichen Begebenheiten viel darüber, was die betroffenen Menschen damals an Furchtbarem erleben und erleiden mussten, und wer die offiziellen Schuldigen und Verantwortlichen dafür waren. Das lexikalische Buch „Gesichter des Bösen. Verbrecher und Verbrechen des 20. Jahrhunderts“ (Donat-Verlag, Bremen 2015), nennt hier besonders das diktatorisch regierende Triumvirat aus den Militärs Ahmet Cemal, Ismail Enver und dem Politiker Mehmet Talât sowie die Militärs Mustafa Kemal („Atatürk“) und Nureddin Ibrahim Konyar.

Rechtzeitig zum 90. Jahrestag erschien das zweite hier kurz zu besprechende Buch, das eine andere Intention der Information und Kritik verfolgt.

Es enthält Themenbeiträge und dokumentierte zeitgeschichtliche Reden zur Armenienfrage von Eduard Bernstein (in einer Berliner Volksversammlung, Juni 1902, Bild am Seitenrand), Otto Umfrid (Stuttgart, 1896) und Georg Gradnauer, SPD-Reichstagsmitglied, 1918/19 sächsischer Innen- bzw. Justizminister (Deutscher Reichstag, März 1902). Wiederrum steuerte der Verleger, Historiker und Publizist Helmut Donat selbst einen einführenden Beitrag „Völkermord und Zivilcourage – ein deutsches Problem?“ (S. 7–18) sowie biografische Anmerkungen und Skizzen zu Gradnauer, Bernstein und Umfrid bei (S. 81–116). Die übrigen Beiträge von Steffen Reiche (Pfarrer, Handwerker, SDP/SPD-Mitgründer zur DDR-Wende 1989/90), Gunnar Heinsohn (Professor für Sozialpädagogik, Uni Bremen) und Otto Luchterhandt (Jurist, Experte für Osteuropa Recht) stehen im Kontext einer damals einsetzenden politischen Armenien-Debatte im Zuge einer Petition, die eine Berliner „Arbeitsgruppe Anerkennung“ in der Armenien-Frage am 13. April 2000 an den Deutschen Bundestag gerichtet hatte. Donat greift kritisch kommentierend einige bezeichnend ausweichende bis exemplarisch den an sich eindeutigen Sachverhalt relativierende Antworten darauf von Bundestagsabgeordneten wie Wolfgang Ger-





hardt (FDP), Gernot Erler (SPD) und Cem Özdemir (Grüne) auf. Des Weiteren finden sich im Buch Redetexte und sachverständige Expertisen zu einer möglichen Resolution zur Armenienfrage im Deutschen Bundestag. Nach wie vor ist der Begriff ‚Völkermord‘ für das, was vor über 100 Jahren geschah, in den dortigen Fraktionen umstritten. In der Liste der Autoren-Vitae wurde offenbar jene über Otto Umfrid (1857-1920) vergessen. Umfrid war süddeutscher evangelischer Pfarrer, zeitweilig Stadtpfarrer von Stuttgart, Redner und Schriftsteller, schloss sich bereits 1894 der Deutschen Friedensgesellschaft an. Er verfasste zahlreiche Artikel und Schriften, siehe: *Arbeiter-Evangelium*, 1893; *Friede auf Erden*, 1898; *Recht, Gewalt und Zukunftskrieg*, 1900; (1914, zusammen mit anderen warrend), *Der deutsche Wehrverein – eine Gefahr für das deutsche Volk*.

Im dritten, erst jüngst erschienenen Buch, werden in etwa 180 ausgewählten Artikeln, Berichten und Reportagen, darunter welche von Paul Rohrbach, Armin T. Wegner (Bild am Seitenrand), Alfred Kerr, Franz C. Endres, Max Roloff aus damals wichtigen Tages- und Wochenzeitungen wie vorwärts, *Vossische Zeitung*, *Rheinisch-Westfälische Zeitung*, *Neue Zürcher*, *Grazer Tagblatt*, *Nationalzeitung*, *Berliner Mor-*

genpost, *Frankfurter Zeitung*, *Dresdner Nachrichten*, *Chemnitzer Tageblatt*, *Hamburger Nachrichten*, *Leipziger Volkszeitung*, *Schwäbischer Merkur*, *Münchner Neueste Nachrichten* u. a. m. Meinungsbilder, Einschätzungen, Kommentierungen und Standpunkte zur Thematik deutlich, die in vier Bereiche untergliedert wird: Die armenische Frage vor dem Ersten Weltkrieg, Der Erste Weltkrieg und der Völkermord an den Armeniern, Ende des Ersten Weltkriegs und das Schicksal der Armenier und Der Talaat Pascha-Prozess und weitere Attentate in Berlin, insgesamt aus einem Zeitraum von 10 Jahren 1912 bis 1922. Daraus ergibt sich ein umfassender Überblick über Entwicklungen, Abhängigkeiten, Verflechtungen, Interessen, Streitpunkten, Kontroversen der Beteiligten in der damaligen Zeit, was diese akribische Sammlung äußerst verdienstvoll macht. Im Nachwort nimmt der Journalist, Auslandskorrespondent und zeitweilige Spiegel-Redakteur W. Gust Stellung „Wider die Legende von den armenischen Gräueltaten“ (S. 425-437). Ein Personenregister erleichtert die Orientierung. Man erhält so beim Lesen allmählich einen genauen Einblick darin, wie die Ereignisse damals von welcher Seite gesehen, gewichtet und bewertet wurden.

Die drei Bücher stellen wich-

tige Beiträge und Informationsgaben zur Armenien-Diskussion dar und ergänzen die an sich schon sehr reichhaltige und kaum noch zu überschauende Literatur um allerdings originelle Texte und Quellen, die anderswo in der historischen Fachliteratur kaum zu finden sein dürften. Daneben, dies sei auch einmal lobend angemerkt, bemühte sich der

renommierte wie bewährte kleine Bremer Friedens- und Kulturverlag (mehrere hundert Verlagstitel) mit dem Segelschiff als Logo des Ossietzky-Preisträgers Helmut Donat, wiederum drei bibliophil sehr ansprechend gestaltete, gebundene und zudem erschwingliche Buchausgaben zu präsentieren.

Bremen, 20.4.2016

Der Friedenssonntag

Von Reinhard Gaede

Karlheinz Lipp: Der Friedenssonntag im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Ein Lesebuch. Verlag Traugott Bautz, Nordhausen 2014, ISBN 978-3-88309-908-8

Der Friedenssonntag gilt dem Autor als Symbol des Friedens generell.

Erste Aktivitäten für einen Friedenssonntag gab es in Großbritannien seit den 1840er Jahren, Jahrzehnte später folgten dann zaghafte Versuche in Deutschland. Die Freie Evangelische Gemeinde Königsberg und das Reichsland Elsass-Lothringen gaben ein Beispiel. Ihren Aufrufen, Berichten und Reden widmet der Autor je ein Kapitel. Die Pazifistin Elisabeth Friedrichs aus Königsberg informierte über die Geschichte des Friedenssonntags, besonders in Großbritannien, würdigte die Initiativen der Quäker und gab methodische

Hinweise für Feiern. In der Freien Ev. Gemeinde Königsbergs wurde der erste Friedenssonntag Deutschlands am 13. Dez. 1908 gefeiert. Dokumentiert ist die Predigt von Dr. Max Friedrichs. Ebenso der offene Brief der Deutschen Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Königsberg, „an die Geistlichkeit aller Konfessionen“, einen „Weltfriedenssonntag“ am 3. Advent zu begehen. Den Kriegsdienst zu verweigern, kam den Mitgliedern bei Beginn des Ersten Weltkriegs nicht in den Sinn.

Vor dem Krieg warnte die Redaktion des Evangelisch-Protestantischen Kirchenboten für Elsass-Lothringen 1913, indem sie den „Ausschuß des Bundes der Evangelischen Kirchen Frankreichs“ unterstützte: „Welche Greuel träten da zutage, wie würden Tausende und Abertausende hingeschlachtet ... Ganz sicher würde durch einen solchen Krieg nicht Friede geschaffen, son-

inz Lipp



enssonn
ch und
r Repub
esebuch



dern nur Grund zu neuem Zwist gelegt.“ Solche „systematische Ausübung von Gewalttätigkeit, wie es der Krieg ist“, würden den „Absichten Gottes direkt ins Gesicht“ schlagen. (55) Christus würde aufs Neue gekreuzigt. Der Quellenband dokumentiert Beispiele für friedentheologische Einstellung im Elsass: Pfarrer K. A. Busch erinnerte im Kirchenboten an die Wehrdienstverweigerung der alten Kirche: „aber die Kirche ward Welt und segnete den Krieg ... die Liebe flüchtete sich ins Kämmerlein“ (59) Auch der Präsident des Direktoriums der ev. Landeskirche Friedrich Curtius warb für den Friedenssonntag und für Verständigungs-Politik. Am 24. Nov. 1913 beschloss das Direktorium „zur Förderung der Friedensbestrebungen“, am 2. Advent außer bei Dank und Fürbitte für die Erhaltung des Friedens auch in der Predigt einzutreten. Aber damals war – so Friedrich Curtius 1920 – der Einfluss der Alldeutschen und der deutsche Militarismus schon stark. Die Berliner Friedenspfarrer Walther Nithack-Stahn, Hans Francke und der badische Pfarrer Hermann Maas informierten über diese Initiativen und warben für diese Idee. Ebenso der Thüringer Friedenspfarrer Ernst Böhme in seiner Schrift ‚Die Unterlassungssünde der Kirche‘ 1920.

Wie schon im Buch des Au-

tors über den Friedenskampf der religiösen Sozialisten 1919-33 werden die Initiativen des Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands in einem Kapitel besonders gewürdigt. Ihre Pfarrer versuchten, in den Hochburgen der Bewegung Baden und Thüringen, Friedensgottesdienste verbindlich für alle Gemeinden festzulegen. Der zweite Advent oder ein Sonntag nahe dem Ersten Mai wurde vorgeschlagen, um die Verbindung von sozialer Gerechtigkeit und Frieden zu betonen. Aber die Anträge auf den Landessynoden wurden immer wieder abgelehnt. Emil Fuchs (Bild am Seitenrand), damals Pfarrer in Eisenach, begründete auf dem Thüringer Landeskirchentag 12.-24. Mai 1927 den Antrag seiner Fraktion: Frieden entspricht dem Willen Gottes und der christlichen Liebe. Das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit sollen Christen zuerst erstreben. Noch nie gab es so viel Hass und Kampf auf der Welt. Gerade deshalb sollte jedem Pfarrer die „Pflicht auferlegt“ werden, mit seiner Gemeinde einen Friedenssonntag zu begehen. Pfarrer Dr. Hans Müller erinnerte an die Schuld der Kirche wegen ihrer Verherrlichung des Krieges. Demgegenüber erinnerte Emil Fuchs an das Beispiel der 3000 Quäker, die wegen Kriegsverweigerung in englischen Gefängnissen saßen.

Auch das Wirken des Weltbunds für Freundschaftsarbeit der Kirchen steht mit einem Kapitel im Vordergrund der Quellen-Auswahl. Der Weltbund, hervorgegangen aus den deutsch-britischen Freundschafts-Beziehungen seit 1908, hatte vom 1.-3. August 1914 ca. 100 Vertreter von Kirchen aus aller Welt eingeladen. Der Beginn des Ersten Weltkriegs unterbrach den Einfluss dieses Friedenskongresses, doch blieben die Kontakte der ökumenischen Organisation mit pazifistischer Ausrichtung erhalten. Während der Weimarer Zeit engagierte sich der Weltbund immer wieder für einen Friedenssonntag. Besonders aktiv waren die Ortsgruppen Nürnberg (Pfr. Christian Geyer), Heidelberg (Pfr. Hermann Maas), Danzig (Pfr. Vorweg). Gedacht wird auch des Franziskanerpaters Theophil Ohlmeier vom Friedensbund Deutscher Katholiken.

Unermüdlich während seines ganzen Lebens wirkte Friedrich Siegmund-Schultze (Bild am Seitenrand) (1885–1969) für den Frieden und den zum Frieden mahnenden Sonntag. In seiner Zeitschrift ‚Die Eiche‘ sowie einem Sonderdruck gab er 1930 einen Überblick über Feiern in europäischen Ländern sowie Australien, Japan und China und in den deutschen Ländern und Städten. Eine Initiative des Weltbunds für einen Friedenssonntag 1928

wurde von den Kirchen leitenden Gremien boykottiert. Als geeigneten Termin im Blick auf Lesungen empfahl er den zweiten Advent. Das Ev. Zentralarchiv Berlin nannte 27 Zeitungen, die seine Übersicht rezensierten und kommentierten. In der ‚Zeitschrift für Religion und Sozialismus‘ begrüßte Pfarrer Heinz Kappes, Karlsruhe, den Bericht und erklärte, Friede und Gerechtigkeit gehören zusammen mit dem Hinweis auf das Reich Gottes, weswegen auch die Feiern zum 1. Mai zugleich Friedensfeiern sein sollten.

Ebenso äußerte sich J. Raphael, Leiter der jungjüdischen Pazifisten im Dormunder Generalanzeiger vom 9. Nov. 1930.

Unterstützt wurde er auch von Pfr. Albrecht Gubalke, Sanghausen, in seinem Blatt ‚Die Unruhe‘. Aus dem liberal-demokratischen Lager sind Artikel von Ferdinand Justus Laun, Gießen-Okarben, (Christliche Welt) und Johannes Herz, Leipzig, (Evangelisch-Sozial) in den Quellenband aufgenommen. Ebenfalls im Dortmunder Generalanzeiger kritisierte Auguste Kirchhoff jenen Frankfurter Pastor, der in seiner Predigt Jesus am Maschinengewehr sah als typisch für altheidnische Vorstellungen von einem Kriegsgott und berichtete über F. Siegmund-Schultzes Schrift. Der Aufruf der Deutschen Vereinigung des Weltbundes nannte Wahrheit, Ge-



Siegmund-Schultze

DIE EICHE

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIALE UND
INTERNATIONALE ARBEITSGEMEINSCHAFT

19. Jahrgang Nr. 1

1. Vierteljahr 1931

Rundschau.

rechtigkeit und Liebe als christliche Friedensidee und Voraussetzung für einen wirklichen Frieden im Gegensatz zu beklagten Versailler Friedensvertrag. Den Geist Gottes in „diesen schwachen Bemühungen“ sah auch die Herrenhuter Brüdergemeine, um die „verbindende Macht der Liebe Christi zu bezeugen“. F. Siegmund Schultzes Bericht im Jahr 1931 spiegelt zwar die Hoffnung, dass sich die Idee allmählich durchsetzt, berichtet aber zugleich über Pessimismus wegen nationalistischer Bestrebungen und Enttäuschung über die Rolle des Völkerbunds bei der Abrüstungsfrage. Im Bericht 1932 ist von nationalsozialistischen Äußerungen die Rede, welche junge Pfarrer eingeschüchtert hätten. „Einen „Vorgeschmack des Dritten Reiches hat der religiös-sozialistische Pfarrer Harry Truckenbrodt in Thüringen erlebt, weil fünfzig „Deutsche Christen“ seine Gottesdienste in der Adventszeit und auch Weihnachten gestört hatten. Überliefert wird im Quellenband die Rede von Sup. Diestel im neuen Medium Radio am 2. Advent 1931. Hervorgehoben sind die Namen der Friedensprediger: Pfr. Wilhelm Mensching, Petzen, Versöhnungsbund, Lic.

Wielandt, Berlin, Pfr. Kühne, Hermanswerder, Sup. Ungnad, Strausberg (Mark), D. F. Siegmund Schultze, Görlitz, Pfr. Ritzhaupt, Erfurt, Pfr. Holtz, Prof. D. Lang, Pfr. Kawerau, Pfr. von Broecker, Halle, Gen. Sup. D. Stoltenhoff, Prof. D. Dr. Stählin, Pfr. Radecke, Lic. Menn, rheinische Provinzialgruppe des Weltbunds, Sommer, Mann, Wallau, Ortsgruppe des Weltbundes Frankfurt, Pfr. Maas, Heidelberg, Pfr. Nold, Nördlingen, Pfr. Veit, Nürnberg, Dr. Alo Münch, München, Karl Müller Wittenberg. Hervorgehoben werden auch die Kreuzritter neben dem Weltbund. Außer dem Quellen- und Literaturverzeichnis ist ein Personenregister dem Band beigegeben.

Dem Autor, der sich für die historische Friedensforschung schon große Verdienste erworben hat, ist es zu danken, dass Friedensbestrebungen, die seit der Machtergreifung Nazis jäh ein Ende fanden, gewürdigt werden. So bekommen die Gemeinden die Chance, der Zeugen des Friedens an ihrem Ort zu gedenken und ihrem Beispiel zu folgen. „Gedenkt an Eure Lehrer, die euch das Wort Gottes gesagt haben, ihr Ende schaut an und folgt ihrem Glauben nach!“ (Hebr. 13,7).

Für eine arme und dienende Kirche

Von Franz Segbers

Norbert Arntz, *Der Katakomben-*

pakt. Für eine dienende und arme Kirche, Kevelaer 2015, 223 Seiten, Preis: 12,95 Euro

Mit Papst Franziskus hat sich die Lage der Christenheit grundsätzlich geändert. Sein Name ist Programm: Die armen Fratelli im Hochmittelalter stehen für eine Kirche der Armen. Norbert Arntz zeichnet kundig die Entwicklungslinien und Kämpfe um eine arme und dienende Kirche nach – von den ersten Anfängen im Vorfeld des Zweiten Vatikanischen Konzils, der Verabredung von rund vierzig Bischöfen für eine Kirche der Armen im sog. Katakombenpakt, dem Kampf gegen die Theologen und Bischöfe, eine Kirche der Armen sein zu wollen und schließlich mit der Wahl des jetzigen Papstes den Durchbruch. Das Christentum ist zu einer Religion der Armen geworden. Gerade für die römisch-katholische Kirche war es schmerzlich, dieser globalen Veränderung kirchlich und theologisch nachzukommen, hatte sie doch ihr kirchliches Zentrum im politischen und ökonomischen Zentrum, dem reichen globalen Norden, während das theologische Zentrum am Rande liegt, bei den Armen im globalen Süden. Norbert Arntz hat ein wunderbares Buch vorgelegt. Er nimmt den Leser, die Leserin mit auf die Reise zu einer Kirche, die sich ihren Ursprüngen immer mehr nähert. Die Schlusskapitel mar-

kieren diesen Prozess: Rückkehr zu den Quellen, die Umkehr zur „Samaritischen Kirche“, die Umkehr zur Kirche als Volk Gottes. Hier geschieht nichts weniger als eine kulturelle und theologische Ent-Imperialisierung der Kirche.

Was Norbert Arntz detailreich am Beispiel Lateinamerikas nachzeichnet, ist ein globaler und ökumenischer Prozess. Dieser Blick reizt, in andere Weltregionen zu schauen, aber auch andere Kirchen in den Blick zu bekommen. Spannend wäre ein Folgeband, der diese ökumenische Perspektive aufgreifen würde. Dann würde deutlich werden, dass wir uns in einer kirchengeschichtlichen Wendezeit befinden. Die Kirchen entdecken sich erstmals wirklich weltweit als globale, universelle und katholische Kirchen der Armen. Der Aufbruch in der römisch-katholischen Kirche ist ökumenisch eingebettet. Diese Anmerkungen sind keine Kritik; sie beschreiben die Umkehr, die den reichen Kirchen im globalen Norden bevorsteht. Norbert Arntz hat für die römisch-katholische Kirche diesen Aufbruch zu einer dienenden und armen Kirche am Beispiel des Katakombenpaktes überaus kundig, ermutigend und inspirierend nachgezeichnet.

NORBERT

Der Katakombenpakt

Für eine arme Kirche



BUNDESNACHRICHTEN

Einladung zur Jahrestagung

9.-11. Sept. 2016 Schloss Hersberg 1, 88090 Immenstaad/Bodensee. Die Tagung steht unter dem Thema: „90 Jahre BRSD – 90 Jahre für Frieden und Gerechtigkeit“. Zu Gast sind wir bei den Pallotinern. Die Ordensgemeinschaft versteckte und rettete 1945 Angehörige aus Kreisen des Widerstandes vor der SS, <http://www.hersberg.de> – 10 Einzelzimmer und 13 Doppelzimmer sind vorhanden, (subventionierte) Teilnahmegebühr: EZ

140, DZ 120 € pro Person. Es gilt die Reihenfolge der Anmeldungen, dann wird Weiteres bekannt gegeben. Ein TOP bei der Mitgliederversammlung: Wahl des Vorstands.

Beim Festival „Weite Wirkt“ der Ev. Kirche von Westfalen, 6.-8. Mai 2016, Gerry-Weber-Stadion Halle, Westf., hatten wir einen Stand im Themenbereich: Glaube befreit zu solidarischem Handeln weltweit. Tausende evangelische Christinnen und Christen aus aller Welt waren eingeladen zu Diskussionen, Konzerten, Be-

gegnungen. Mit dabei: über tausend Engagierte aus der Flüchtlingshilfe. Auch mehr als 500 Geflüchtete waren im Stadion. Ein Zeichen: Nach Verfolgung und Not sind sie willkommen.



BRSD, Stand „Weite wirkt“

ACUS, unsere Schwester-Organisation in Österreich, hat gegen „Entrechtung“ und „Schickanierung von Schutz suchenden Menschen“ protestiert. In einer Presseerklärung vom 23.04. 2016 sagt der Bundesvorsitzende Dr. Matthias Lauer: „Wir brauchen jetzt ein deutliches Signal der gesellschaftlichen Einheit mit Flüchtenden, eine starke gemeinsame Stimme dafür, dass der Anpassung an die Politik der FPÖ und Orbáns kein Raum mehr gegeben wird und Österreich ein Land der Solidarität und Menschenrechte sein muss.“

Bilder und Fotos

Ingelore & Reinhard Gaede	1, 81, 82
Winfried Eisenberg	9
Ulrich Peter	15
Helga Kohne	20
Stefan Meißner	24
Theodor Weißenborn	26
Helmut Donat	30
Elmar Klink	33
Helga Hörz	37
Anneke Ihlenfeldt	38
Barbara Rauchwarter	41
Silke Ötsch	45
Rafael Dreyer	51–53
In, Myung-jin, Foto: Corinna Waltz	60
Enrique M. Jaramillo Garcia	65
Helmut Kaiser	65
Matthias Hui	67
Willy Spielert, Neue Wege	67
Verlag Helmut Donat, Bremen	74–76
Wikipedia	77–78
Verlag Traugott Bautz, Nordhausen	79
Ökumenisches Archiv, EKD	81
Topos plus Verlagsgemeinschaft, Kevelaer	83
Fokke Bohlens	84

Autorinnen und Autoren

Dr. Winfried Eisenberg

Wellbrockerweg 61
32051 Herford

Helmut Donat

Borgfelder Heerstraße 29,
28357 Bremen

Rafael Dreyer

Königstr. 12
58840 Plettenberg

Prof. Dr. Helga Hörz

Hirtschulzstr. 13
12621 Berlin

Matthias Hui

puncto Pressebüro
Optingenstrasse 54
CH-3013 Bern

Anneke Ihlenfeldt

Kirchberg 3
29525 Uelzen-Kirchweyhe

Dr. In, Myung-jin

93 Samal-ro, Guro-gu
KR-Seoul City

Helmut Kaiser

Neubiberger Str. 50
85640 Putzbrunn

Elmar Klink

Thielenstr. 13/14
28215 Bremen

Helga Kohne

Berliner Str. 16
32052 Herford

Dr. Stefan Meißner

Im Schlossgarten 10
76872 Minfeld

Dr.-Ing. Silke Ötsch

Schneebuggasse 43
A-6020 Innsbruck

Dr. Ulrich Peter

Nicolaistr. 48a
12247 Berlin

Barbara Rauchwarter

Brühler Strasse 16/4
A-2340 Mödling

Prof. Dr. Franz Segbers

Nonnbornstr. 14a
65779 Kelkheim

Theodor Weißenborn

Kirchstr. 18
54568 Gerolstein-Gees

Rainer Wilmer

Nordring 12
32257 Bünde

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Wir danken unseren Autor(inn)en für ihre ehrenamtliche Mitarbeit. Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für Leser(innen)briefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte und Bilder folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine Internetbilder (!), da sie nicht den Anforderungen des Offsetdrucks entsprechen. Im Notfall als scanfähiges Foto per Post.
Adresse: cus@brsd.de oder reinhard-gaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist, oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, Ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1/1980)

Abonnements:

Per Post:
BRSD, Michael Distelrath
Görlinger Zentrum 3, D-50829 Köln

Per Telephon:
02 21/9 99 02 30

Per E-Mail:
m.distelrath@netcologne.de

Bezugspreise (inkl. Versand):

Inland € 20,- pro Jahr · Ausland € 30,-, pro Jahr
Förderabonnement € 25,- oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.

KD-Bank · IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10
BIC GENODED1DKD

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam